

Die Revolution
ist großartig,
alles andere
ist Quark.

Beschlussbuch

Bezirkskonferenz
25.–26. Juni 2016
HVHS Springe



JUSOS

Bezirk Hannover

Beschlussbuch zur Bezirkskonferenz 2016

Herausgeber*innen:

Jusos in der SPD

Bezirk Hannover

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Redaktion und Umsetzung:

Theresa Abend und

Florian W. Kolb

Stand:

21. Dezember 2016

Inhaltsverzeichnis

Leitbeschlüsse	5
Satzung des Bezirkes Hannover der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos)	6
Arbeitsprogramm Jusos 2016: Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!	12
Beschlüsse	21
A – Arbeit	22
Für einen besseren Jugendarbeitsschutz!	22
Erhalt des eigenständigen Berufsbildes der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege	24
Kündigungsrecht reformieren	25
Meine Arbeitsplatzsuche darf nicht an der Sprache scheitern	26
Übernahme der Kosten von niedersächsischen Lehrkräften bei Klassenfahrten	27
My degree is not worthless. Mi título no sirve para nada. Benim derecesi degersiz degildir.	28
AF – Asyl- und Flüchtlingspolitik	29
Online-Einreiseverfahren für Asylantragssteller*innen	29
Schutzlosigkeit beenden	32
E – Europa, Internationales und Intergalaktisches	33
Weltraumpolitik voranbringen – wissenschaftlich, nachhaltig, internationalistisch	33
Global denken – Global mitverhandeln	36
Europa muss zusammenwachsen	38
Solidarität mit Israel – Gegen jeden Antisemitismus und Antizionismus!	39
Antrag für die sofortige Unterbrechung der TTIP- und CETA-Verhandlungen in ihrer jetzigen Form	43
Liebe kennt keine Grenzen – auch nicht beim Visum	45
Europäische Solidarität leben	47
F – Feminismus	48
Gelebter Feminismus	48
Umfassende Gleichstellung nicht-heteronormativer Lebensweisen	54
„Wer hat Angst im Dunklen?“ – Angsträumen entgegentreten	55
Abschaffung der Menstruationssteuer – Stop taxing my period	57
Solidarität mit Orlando, jetzt müssen Taten folgen	58
Wie wir gendern – Unser gemeinsamer Kampf für eine menschliche Gesellschaft	59
I – Inneres und Antifaschismus	65
Faschismus oder Nationalsozialismus? – Let’s say it right!	65
Unerwünschten Hilfssheriffs Grenzen aufzeigen – „Bürgerwehren“ strafrechtlich sanktionieren	68
Abschaffung des Blasphemie-Paragrafen	69
J – Jugend- und Familienpolitik	70
Finanzielle Benachteiligung von alleinerziehenden Elternteilen beenden	70
Mehr Gesundheit, weniger Leistungsdruck! – Schulsport soll endlich wieder Spaß machen	71
„Politik geht jede*n etwas an!“ - Pimp My Participation	72

O – Organisation	73
Gelebter Feminismus – auch auf Parteitag	73
Abhaltung einer Urwahl für das Amt der*des Parteivorsitzenden	75
Ortsvereine stärken – für dauerhafte Basisbeteiligung!	76
Liebe SPD, bitte unterstütze deine Ehrenamtlichen	78
Unsere zentralen Forderungen an das Bundestagswahlprogramm der SPD 2017	79
S – Sonstiges	82
Krankheit darf nicht Armut heißen	82
Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung	84
Kommunale Grundversorgung sichern	85
Distanzierung von der Exzellenzinitiative	86
#NichtMeinGesetz – für wirkliche Inklusion!	87
U – Umwelt und Verbraucher*innenschutz	91
Besteuerung von Plastiktüten	91
Dienstwagen sinnvoll besteuern – Klimaschutz von allen einfordern	92
Verbraucher*innen-Schutz stärken – Schriftliche Benachrichtigung vor Ablauf von Kündigungsfristen	93
Wahlen	94
Bezirksvorstand	95
Bundesausschuss	99
Weitere Wahlen	99

Leitbeschlüsse

Satzung des Bezirkes Hannover der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos)

Beschlusnummer 2016.SE

Antragsteller*innen Satzungserarbeitungskommission

1 Präambel

2 Im Bekenntnis zu Demokratie, Pluralismus und den Grundwerten des demokratischen Sozialismus, im
3 Streben nach einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, die es allen Menschen auf dieser Welt
4 ermöglicht, unabhängig von religiösen, ethnischen oder kulturellen Unterschieden, in einer intakten
5 Umwelt und ohne ökonomische Zwänge zu leben, in der Verpflichtung dieser Ziele und im Bewusstsein
6 der dafür notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen als Grundlage für Frieden und Gerechtigkeit
7 geben sich die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Bezirk Hannover diese Satzung.

8 Teil I: Allgemeine Vorschriften

9 § 1 [Eingliederung]

10 Die JungsozialistInnen (Jusos) im Bezirk Hannover bilden eine Arbeitsgemeinschaft gemäß § 10 des
11 Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) im Bezirk Hannover. Sie führt
12 politische Bildungs- und Informationsarbeit durch. Es finden die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der
13 JungsozialistInnen in der SPD Anwendung.

14 § 2 [Mitgliedschaft]

15 (1) Den Jusos gehören alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bis zum Alter von
16 35 Jahren an.

17 (2) Ebenfalls Mitglieder sind alle Jusos, die über eine Juso-Mitgliedschaft gemäß § 10a Absatz 3 des
18 Organisationsstatuts der SPD verfügen. Juso-Mitglieder haben aktives und passives Wahlrecht in den
19 Mitgliederversammlungen und können alle Funktionen im Verband übernehmen.

20 (3) Die Juso-Mitgliedschaft ist gegenüber den SPD-Unterbezirken oder dem Juso-Bundesverband zu er-
21 klären, die dann das Aufnahmeverfahren gemäß § 3 des Organisationsstatuts der SPD einleiten.

22 (4) Juso-Vorstände auf allen Ebenen dürfen keine Maßnahmen treffen oder dulden, die eine Ungleich-
23 behandlung von Juso-Mitgliedern zu SPD Mitgliedern unter 35 Jahren beinhalten. Entsprechende Rege-
24 lungen sind nichtig. Ausnahmen sind die Delegiertenberechnung für Konferenzen und die Vertretung
25 der Jusos in Parteivorständen.

26 § 3 [Wahlen]

27 Wahlen erfolgen nach den Vorschriften der SPD-Bundeswahlordnung.

28 § 4 [Quotierung]

29 (1) Mindestens 40 % der Mitglieder eines Vorstandes oder einer Delegation müssen Frauen sein. Bei der
30 Feststellung der mindestens zu wählenden Frauen ist aufzurunden, es sei denn, die Zahl der Frauen,
31 die einem Vorstand oder einer Delegation angehören müssen, würde mehr als die Hälfte betragen.

32 (2) Gelingt es nicht, die entsprechenden Plätze mit Frauen zu besetzen, verringert sich die Gesamtzahl

33 des Gremiums bzw. der Delegation, bis die Quote erfüllt werden kann.

34 (3) Die Quotierung eines Vorstandes muss auch im Rahmen von Kooptierungen eingehalten werden.

35 **§ 5 [Beschlussfähigkeit; Beschlüsse]**

36 (1) Ein Gremium, das sich aus gewählten Personen zusammensetzt, ist beschlussfähig, wenn mindes-
37 tens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

38 (2) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, soweit die Satzung nichts Anderes bestimmt.

39 **§ 6 [Satzungsverstöße]**

40 Bestehen Zweifel, ob ein Beschluss eines Gremiums gegen die Satzung verstößt, so entscheiden die
41 zuständigen Gremien des SPD-Bezirktes über dessen Gültigkeit.

42 **§ 7 [Gremienarbeit]**

43 Grundsätzlich tagen die Gremien offen für die Mitglieder der jeweiligen Gliederung. Das jeweilige Gre-
44 mium kann aus wichtigem Grund die Verbandsöffentlichkeit ausschließen.

45 **Teil II: Organe**

46 **§ 8 [Gliederung]**

47 Der Bezirk Hannover gliedert sich in die Unterbezirke Göttingen, Northeim-Einbeck, Holzmin-
48 den, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Schaumburg, Region Hannover, Nienburg, Diepholz, Celle,
49 Uelzen/Lüchow-Dannenberg, Lüneburg und Landkreis Harburg. In den Unterbezirken können sich ört-
50 liche Arbeitsgemeinschaften frei gründen.

51 **§ 9 [Organe der Unterbezirke]**

52 (1) Organe des Unterbezirks sind die Unterbezirkskonferenz und der Unterbezirksvorstand. Als wei-
53 teres Organ können die Unterbezirkssatzungen einen Unterbezirksausschuss oder Unterbezirksbeirat
54 vorsehen.

55 (2) Die Unterbezirkskonferenzen sind grundsätzlich Vollversammlungen aller Mitglieder des Unterbe-
56 zirks. Wenn in einem Unterbezirk mehr als 250 Mitglieder gemeldet sind, kann die Satzung des Unter-
57 bezirks stattdessen eine Delegiertenkonferenz vorsehen.

58 (3) Der Unterbezirksvorstand besteht aus einer oder einem Vorsitzenden und ihren oder seinen Stell-
59 vertreterInnen. Die Satzung des Unterbezirks kann vorsehen, dass stattdessen eine quotierte Doppel-
60 spitze, weitere Spezialisierungen des Vorstandes oder ein gleichberechtigter SprecherInnenrat gewählt
61 werden. Bei SprecherInnenräten muss die Satzung festlegen, in welcher Form die Unterbezirkskonfe-
62 renz die VertreterInnen gegenüber dem Juso-Bezirk und der SPD wählt. Die Unterbezirksvorstände sind
63 mindestens jährlich zu wählen.

64 (4) Die Unterbezirksbeirat oder Unterbezirksschüsse sind die höchsten beschlussfassenden Gre-
65 mien zwischen den Unterbezirkskonferenzen. Sie können alle organisatorischen und inhaltlichen Be-
66 schlüsse fällen, wenn diese nicht ausdrücklich anderen Organen zugeordnet sind. Sie sind Vollver-
67 sammlungen der Mitglieder des Unterbezirks.

68 (5) Die Wahl von Ehrenvorsitzenden ist auf allen Ebenen untersagt.

69 **§ 10 [Organe des Bezirkes]**

70 Organe des Juso-Bezirktes sind die Juso-Bezirkskonferenz, der Juso-Bezirksvorstand und der Juso-
71 Bezirksbeirat.

72 **Teil III: Die Juso-Bezirkskonferenz**

73 **§ 11 [Allgemeines]**

74 (1) Die Bezirkskonferenz ist das höchste Organ des Juso-Bezirk.

75 (2) Sie setzt sich aus insgesamt 60 von den Juso-UB-Konferenzen gewählten Delegierten zusammen. Die
76 Verteilung der Mandate erfolgt nach folgendem Schlüssel: Jeder Unterbezirk erhält vorab 2 Mindest-
77 mandate; die verbleibenden Delegiertenmandate werden anteilig der SPD-Mitglieder unter 35 Jahren,
78 für die in den vergangenen vier Quartalen Beiträge abgerechnet worden sind, auf die Unterbezirke auf-
79 geteilt.

80 (3) Die Bezirkskonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung.

81 **§ 12 [Delegierte]**

82 (1) Die Delegierten sind jedes Jahr neu zu wählen. Sie sind dem Bezirksvorstand spätestens vier Wochen
83 vor der Bezirkskonferenz mitzuteilen.

84 (2) Die Unterbezirke haben sicherzustellen, dass die Delegationen quotiert zur Bezirkskonferenz anrei-
85 sen.

86 (3) Bei einer nicht-quotierten Delegation stimmt die Bezirkskonferenz über die Anerkennung der Dele-
87 gierten ab.

88 (4) Delegiertenmandate können darüber hinaus nur aberkannt werden, wenn die Voraussetzungen für
89 die Ausübung eines passiven Wahlamtes bei den Jusos nicht oder nicht mehr gegeben sind.

90 **§ 13 [Einberufung]**

91 (1) Die Bezirkskonferenz wird vom Bezirksvorstand einberufen.

92 (2) Die ordentliche Bezirkskonferenz findet einmal im Jahr statt, spätestens 14 Monate nach der letzten
93 vorangegangenen ordentlichen Bezirkskonferenz statt.

94 (3) Die Bezirkskonferenz muss zusammentreten, wenn dies der Bezirksvorstand mit Drei-Viertel-
95 Mehrheit seiner Mitglieder oder der Bezirksbeirat mit der Mehrheit seiner Mitglieder so beschließt.

96 (4) Lädt der Bezirksvorstand satzungswidrig nicht ein, so kann jeder Unterbezirk beim SPD-Bezirk die
97 Einberufung beantragen.

98 **§ 14 [Ankündigung; Einladung]**

99 (1) Der Termin und der voraussichtliche Ort sowie die voraussichtliche Tagesordnung sind drei Monate
100 vorher bekanntzugeben; im Falle einer Einberufung gemäß § 13 Abs. 3 beträgt die Frist vier Wochen.

101 (2) Eine schriftliche Einladung geht an die Delegierten, die Unterbezirksvorstände, die Mitglieder des
102 Bezirksvorstandes und die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Bezirksbeirates.

103 (3) Die Ladungsfrist beträgt vier Wochen.

104 **§ 15 [Anträge]**

105 (1) Anträge an die Bezirkskonferenz sind spätestens vier Wochen vorher dem Bezirksvorstand zuzu-
106 leiten. Sämtliche Anträge sind zwei Wochen vorher an die Delegierten und Unterbezirksvorstände zu
107 verschicken.

108 (2) Anträge mit satzungsänderndem Charakter sind spätestens 6 Wochen vorher dem Bezirksvorstand
109 zuzuleiten.

110 (3) Bei einer Einberufung der Konferenz gemäß § 13 Abs. 3 sind die in Absatz 1 genannten Fristen an-
111 gemessen zu verkürzen.

112 (4) Die Geschäftsordnung muss die Möglichkeit vorsehen, Initiativanträge während der Konferenz zu
113 stellen.

114 **§ 16 [Aufgaben]**

115 (1) Die Bezirkskonferenz hat folgende Aufgaben:

- 116 1. Beratung und Beschlussfassung über ein Arbeitsprogramm für die Juso-Arbeit im Bezirk
- 117 2. Beratung und Beschlussfassung über die an sie gestellten Anträge
- 118 3. Wahl des Bezirksvorstandes
- 119 4. Wahl der Bundesausschussvertretung und deren Stellvertretung des Bezirksvorstandes
- 120 5. Wahl der Delegierten zur Juso-Bundeskongress
- 121 6. Nominierungen
- 122 7. Entlastung des Bezirksvorstandes
- 123 (2) Die Organe des Bezirks sind der Bezirkskonferenz gegenüber rechenschaftspflichtig.

124 **Teil IV: Der Juso-Bezirksvorstand**

125 **§ 17 [Mitglieder]**

126 Der Bezirksvorstand besteht aus einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden und einer durch die
127 Bezirkskonferenz festzulegenden Anzahl von stellvertretenden Vorsitzenden. Die oder der Vorsitzen-
128 de vertritt den Vorstand nach außen. Der Bezirksvorstand ist ein kollegiales Gremium, er regelt seine
129 Geschäftsverteilung in seiner Geschäftsordnung die den Unterbezirken zur Kenntnis gegeben wird.

130 **§ 18 [Aufgaben]**

131 (1) Der Bezirksvorstand koordiniert die Arbeit der einzelnen Gliederungen im Juso-Bezirk Hannover,
132 organisiert politische Bildungsarbeit im Bezirk, moderiert die inhaltlichen Diskussionsprozesse, leitet
133 die Geschäfte des Bezirks, führt die Beschlüsse der Bezirkskonferenz und des Bezirksbeirats aus und
134 vertritt den Bezirk in der Öffentlichkeit und gegenüber der SPD.

135 (2) Die Beschlüsse des Bezirksvorstandes sind zu protokollieren.

136 (3) Der Bezirksvorstand sorgt für eine gleichmäßige Aufgabenverteilung unter den Mitgliedern.

137 (4) Aus seiner Mitte kann der Bezirksvorstand dem Bezirksbeirat eine Geschäftsführung zur Wahl vor-
138 schlagen.

139 **Teil V: Die Juso-Bezirksbeirat**

140 **§ 19 [Mitglieder]**

141 (1) Der Bezirksbeirat besteht aus den jeweiligen Vorsitzenden beziehungsweise SprecherInnen der Un-
142 terbezirke oder den gewählten VertreterInnen.

143 (2) Jeder Unterbezirk benennt unter Angabe einer Reihenfolge bis zu zwei StellvertreterInnen. Vertre-
144 terIn im Bezirksbeirat und 1. StellvertreterIn eines Unterbezirks müssen quotiert bestimmt werden.

145 (3) VertreterInnen und StellvertreterInnen müssen ihren Unterbezirksvorständen angehören und dür-
146 fen nicht Mitglieder des Bezirksvorstands sein.

147 (4) Die Mitglieder des Bezirksvorstandes nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bezirks-
148 beirates teil.

149 **§ 20 [Organisation]**

150 (1) Der Bezirksbeirat wählt aus seiner Mitte quotiert zwei SprecherInnen für die Dauer von einem Jahr.
151 Scheidet eine Sprecherin/ein Sprecher vor Ablauf dieser Zeit aus dem Bezirksbeirat aus, so ist eine
152 neue Sprecherin/ein neuer Sprecher bis zur nächsten turnusmäßigen SprecherInnenwahl zu wählen.

153 (2) Die SprecherInnen berufen nach Absprache mit dem Bezirksvorstand die Sitzungen ein. Eine Einbe-
154 rufung hat zu erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder oder der Bezirksvorstand dies verlangen.

155 (3) Einladungen gehen schriftlich an die Mitglieder des Beirats und die Mitglieder des Bezirksvorstandes.
156 Die Ladungsfrist beträgt regulär zwei Wochen.

157 **§ 21 [Aufgaben]**

- 158 (1) Die Arbeit des Bezirksbeirates soll der Vernetzung der Arbeit der Unterbezirke dienen.
159 (2) Der Bezirksbeirat hat folgende Aufgaben:
160 1. Erfüllung und Konkretisierung der von der Bezirkskonferenz vorgelegten Beschlüsse
161 2. Kontrolle der Arbeit des Bezirksvorstandes
162 3. Beratung des Bezirksvorstandes bei grundlegenden Beschlüssen
163 4. Austausch über Aktionen und Veranstaltungen der Unterbezirke
164 5. Besetzung der Bundeskommissionen und -projektgruppen
165 (3) Der Bezirksbeirat kann vom Bezirksvorstand die Unterrichtung über dessen Beschlüsse verlangen.
166 (4) Die Beschlüsse des Bezirksbeirates sind zu protokollieren.

167 **Teil VI: Einbeziehung von Projektgruppen**

168 **§ 22 [Projektgruppen]**

- 169 (1) Projektgruppen sind
170 a. die Juso-Hochschulgruppen und
171 b. die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden.
172 (2) Alle Projektgruppen haben in ihrer politischen Arbeit die Grundwerte der Jusos zu fördern. Dies gilt
173 insbesondere für die Verbandssäulen Feminismus, Sozialismus und Internationalismus.
174 (3) Sollte eine Projektgruppe sich in einer Art politisch betätigen, die nicht vereinbar mit den Grundwer-
175 ten der Jusos ist, gilt dies als Auflösungsgrund.

176 **§ 23 [Juso-Hochschulgruppen]**

- 177 (1) Die Leitlinien der Juso-Hochschulgruppen regeln Mitgliedschaft, Rechte und Pflichten der Hochschul-
178 gruppen.
179 (2) Der Juso-Bezirksvorstand kann mindestens eineN VertreterIn der Juso-Hochschulgruppen koop-
180 tieren. Jeder Juso-Unterbezirksvorstand, in dessen Zuständigkeitsbereich mindestens eine Hochschul-
181 gruppe tätig ist, kann eineN VertreterIn der Juso-Hochschulgruppen kooptieren. Gibt es mehrere Hoch-
182 schulgruppen in einem Unterbezirk oder im Bezirk, so können die Vorstände gemäß Satz 1 und 2 den
183 oder die Vertretung, über die zwischen den Hochschulgruppen einvernehmen herrscht, kooptieren.
184 (3) Alle Vorstände der Jusos arbeiten aktiv auf die Unterstützung der Wahlvorschläge der Juso-
185 Hochschulgruppen für die Wahlen an den Hochschulen hin. Dies gilt nur, solange die Juso-
186 Hochschulgruppen im Sinne der Grundwerte der Jusos agieren.

187 **§ 24 [Juso-SchülerInnengruppen]**

- 188 (1) Mitglieder der Juso-SchülerInnen sind alle Jusos gem. § 2 dieser Satzung, die an einer öffentlichen,
189 allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schule zur Schule gehen oder ein diesen Schulbesuch vor-
190 bereitendes Praktikum absolvieren.
191 (2) Die Unterbezirksvorstände richten in Kooperation mit den Juso-SchülerInnen an einer oder mehre-
192 ren Schulen Juso-SchülerInnengruppen ein. Die Unterbezirksvorstände können eineN VertreterIn der
193 Juso-SchülerInnengruppen in ihrem Unterbezirk kooptieren. Besteht Zweifel über die Einrichtung einer
194 SchülerInnen-Gruppe oder die Kooptierung, entscheidet die Vollversammlung der Juso-SchülerInnen
195 im entsprechenden Bereich.
196 (3) Die SchülerInnengruppen benennen einvernehmlich eineN VertreterIn, die oder der vom Bezirks-
197 vorstand kooptiert werden kann. Wird kein Einvernehmen festgestellt, wird diese auf einer Vertre-
198 terInnenversammlung der SchülerInnen-Gruppen gewählt. Jeder Unterbezirk, in dem mindestens eine
199 SchülerInnen-Gruppen besteht, entsendet dazu zwei VertreterInnen.

200 **Teil VII: Schlussbestimmungen**

201 **§ 25 [Inkrafttreten]**

202 Die Satzung tritt nach Annahme durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Delegierten in Kraft.
203 Sie bedarf mindestens der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Bezirkskonferenz.

204 **§ 26 [Satzungsänderung]**

205 Änderungen der Satzung bedürfen einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Delegierten auf einer Juso-
206 Bezirkskonferenz, mindestens aber der Mehrheit der Mitglieder der Bezirkskonferenz.

Arbeitsprogramm Jusos 2016: Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!

Beschlusnummer 2016.AP

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

1 Analyse

2 Die Sozialdemokratie steht im Jahr 2016 an einem Scheideweg. Wahlen werden reihenweise verloren,
3 wenn nicht, liegt das nicht an eigener Stärke. Währenddessen sind weite Teile der SPD mit sich sel-
4 ber beschäftigt. Wir Jusos im Bezirk Hannover wissen: die SPD braucht eine Revolution. Sonst ist sie
5 Quark. Wir dürfen nicht vergessen, dass die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Vergleich
6 relativ gut da steht, die Problematik ist also jenseits von aktuellen Debatten. Wir brauchen deshalb eine
7 sozialdemokratische Erneuerung in allen Teilen unserer gemeinsamen Bewegung. Denn wir brauchen
8 sozialdemokratische Politik heute umso mehr. Wir sehen uns dabei in der Tradition des Demokrati-
9 schen Sozialismus und für die konkrete Überwindung des kapitalistischen Systems. Dabei lehnen wir
10 aber einfache Antworten und Analysen ab. Wir lehnen es auch ab einzelne Personen für die negativen
11 Auswüchse des Kapitalismus verantwortlich zu machen. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass
12 es in unserer Gesellschaft viele Formen und Mechanismen gibt um Menschen zu unterdrücken. Wir
13 sehen deshalb den Kampf gegen Sexismus und Rassismus als genauso wichtig an wie der Kampf ge-
14 gen den Kapitalismus. Niemand wird frei sein, bis wir alle frei sind. Und die Gesellschaft der Freien und
15 Gleichen bleibt unser festes Ziel. Wir stehen aber vor erheblichen Widerständen. Wir erleben einen
16 gesellschaftlichen Rechtsruck. Menschenfeindlichkeit wird immer mehr salonfähig. Mit der AfD hat eine
17 rechtsradikale Partei eine breite gesellschaftliche Verankerung erfahren. Insbesondere unsere Gene-
18 ration ist ein Schlüssel hier. Während junge Frauen hauptsächlich nicht die AfD wählen, haben junge
19 Männer überprotortial gewählt. Unsere Generation muss diskutieren wie das sein kann und was wir
20 dagegen machen. Gleichzeitig sehen wir eine wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Immer
21 mehr Menschen sind abgehängt von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung. Noch
22 mehr Menschen fühlen sich abgehängt. Dies ist ein Problem für die Politik, noch stärker aber für die
23 Sozialdemokratie. Wir müssen darüber diskutieren wie diese Entwicklung zustande kam und Maßnah-
24 men dagegen ergreifen. Wir blicken aber optimistisch in die Zukunft. Die Herausforderungen können
25 wir meistern. Wenn wir gemeinsam für eine neue und bessere Welt kämpfen werden wir Erfolg haben.
26 Wir haben dieses Arbeitsprogramm in diesem Sinne verfasst. Wir wollen gemeinsam allen Mitgliedern
27 im Bezirk daran arbeiten um diese Vision konkret voranzubringen. Wir werden wieder ein umfassendes
28 Programm der politischen Bildung durchführen, wir werden diskutieren was Jungsozialist*in zu sein im
29 21. Jahrhundert bedeutet und dabei unsere Arbeit weiter demokratisieren. Wir sind der festen Auffas-
30 sung: Offenheit, Ehrlichkeit und Respekt sind fundamentale Säulen unserer Arbeit und zentral dafür die
31 politische Arbeit der Jusos sinnvoll und attraktiv zu gestalten

32 Denkfabriken

33 Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir das erfolgreiche Seminarkonzept in Form der Denkfabriken
34 beibehalten. Die Denkfabriken werden im Vorstandsjahr viermal stattfinden. Geplant sind jeweils Denk-

35 fabriken zu den thematischen Schwerpunkten Sozialismus, Feminismus, Internationalismus und Grund-
36 lagen. Die Denkfabriken sind das zentrale Seminarangebot des Juso-Bezirks. Sie sollen jeweils als Wo-
37 chenendveranstaltungen angeboten werden. Am Freitagabend soll zum Auftakt jeweils eine Diskussion
38 zu einem aktuellen Thema mit prominenten Politiker*innen und Bündnispartner*innen geführt wer-
39 den. Damit verfolgen wir auch das Ziel, die Denkfabriken zu attraktiven Events auszubauen, die viele
40 junge Menschen ansprechen. So können die Denkfabrik ebenfalls zur Werbungen und Bindung von
41 neuen Mitgliedern genutzt werden. Durch Events mit Bündnispartner*innen sollen auch Menschen
42 angesprochen werden, die noch keine Juso- und/oder SPD-Mitglieder sind. Wir erhoffen uns eine Stei-
43 gerung der kulturellen Attraktivität des Verbandes durch die Auseinandersetzung mit aktuellen politi-
44 schen Themen. Den Samstag und den Sonntag werden die Teilnehmenden dann in drei Gruppen mit
45 verschiedenen Programmen verbringen. Durch die Teilung in Gruppen sollen verschiedene Angebote
46 gemacht werden, damit sich alle - Neumitglieder und Menschen, die bereits länger aktiv sind - ange-
47 sprochen fühlen. Im Rahmen der Denkfabriken werden wir auch Geschlechterplena veranstalten und
48 ggf. Exkursionen oder Besichtigungen machen. Da Sexismus, Rassismus und jegliche andere Art von
49 Diskriminierung auf keinen Veranstaltungen des Juso-Bezirks Hannover geduldet werden, gilt dies na-
50 türlich auch für unsere Denkfabriken. Um entsprechenden Vorfällen vorzubeugen oder sie ggf. schnel-
51 ler zu erkennen 20 und vor allem zu thematisieren, werden wir auf den Denkfabriken Awareness-Teams
52 einsetzen.

53 **Weitere Bildungsarbeit**

54 Die Seminare auf Abruf sind ein wichtiger Bestandteil unseres Seminarkonzepts, aber entspricht auch
55 unserem Anspruch von Dezentralität. So bietet jedes Vorstandsmitglied ein oder mehrere Seminare
56 zu organisatorischen bzw. inhaltlichen Themen an. Die angebotenen Themen können einzeln oder in
57 Kombination von den Unterbezirken in Anspruch genommen werden. Die Seminare können dann so
58 vor Ort auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten werden. Der Katalog der Seminare soll überarbeitet
59 und möglichst erweitert werden. Sobald er fertig ist, wird er allen Mitgliedern des Bezirks zur Verfügung
60 gestellt (Homepage, E-Mail). Um die Nachfrage nach den Seminaren zu erweitern, soll das Angebot bes-
61 ser beworben werden. So z.B. durch regelmäßiges Erinnern auf Beiratssitzungen oder aktiven Anbieten
62 an bestimmte Unterbezirke. Auch ist bei Bedarf eine Befragung der Unterbezirke nach gewünschten
63 Themen denkbar. Im Rahmen der Denkfabrik Internationalismus des letzten BeVos hatten wir ein Plan-
64 spiel zum Thema UN-Sicherheitsrat durchgeführt. Dieses ist nicht nur unter den Teilnehmer*innen,
65 sondern auch in Reihen des BeVos so gut angekommen, dass wir uns entschieden haben dieses in
66 unser feste Repertoire aufzunehmen. Auf Grund der Beschaffenheit der meisten Planspiele wollen wir
67 effektive Arten finden, diese zielführend in unsere Seminararbeit ein zubauen. Als Jusos Bezirk Hanno-
68 ver definieren wir unser Arbeit im wesentlich auch darüber, einen wichtigen Beitrag zur politischen Bil-
69 dung innerhalb unseres Verbandes und vor allem für unsere Unterbezirke zu leisten. Eine hohe Qualität
70 soll dabei im Vordergrund stehen. Um dies zu gewährleisten, bedarf es entsprechender Werkzeuge.
71 Einerseits wollen wir durch gezieltes methodisches Training unseren eigenen Werkzeugkoffer weiter
72 auffüllen, andererseits wollen wir auch euch die Möglichkeit dazu geben können.

73 **Veranstaltungen**

74 Im nächsten Vorstandsjahr möchte der Bezirksvorstand Veranstaltungen auch außerhalb der Semina-
75 re durchführen. So wollen wir beispielsweise aktuelle Themen durch Veranstaltungen begleiten. Auch

76 gemeinsame Ausflüge mit Mitgliedern aus verschiedenen Unterbezirken sollen stattfinden, denn so ler-
77 nen wir den Bezirk noch besser kennen. Es soll außerdem einen Neujahrsempfang geben. Im nächsten
78 Jahr wollen wir nach Möglichkeit auch eine große und medien-wirksame Veranstaltung angehen. Die
79 Veranstaltungen sollen wenn möglich dezentral stattfinden, um alle Unterbezirke einzubinden.

80 **Antifaschismus**

81 Wir verstehen den Antifaschismus als ein Querschnittsthema, das in viele andere Bereiche mit hinein-
82 wirkt. Denn Rassismus, Antisemitismus sowie andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeind-
83 lichkeit, finden sich wie der Sexismus leider in vielen Bereichen unserer Gesellschaft und so-mit unseren
84 politischen Themenfeldern wieder. Daher streben wir im kommenden Jahr an durchgängig unsere In-
85 halte zu reflektieren und mit euch gemeinsam über antifaschistische Lö-sungen zu diskutieren. Damit
86 gemeint sind unsere Seminare, Publikationen und Veranstaltungen. Ein Kernanliegen des Juso-Bezirks
87 ist es, antifaschistische Arbeit zu leisten. Schon immer sind die Jusos Teil des antifaschistischen Pro-
88 tests und treten aktiv gegen Neonazis ein. Seit vielen Jahren fahren Jusos aus dem gesamten Bezirk
89 im August nach Bad Nenndorf, um dort den größten Naziaufmarsch Norddeutschlands zu verhindern.
90 Damit die Genoss*innen vor Ort vorbereitet auftreten können, ist es uns auch in diesem Jahr wichtig
91 ein Vorbereitungsseminar zum Themenbereich Antifaschismus vor dem Naziaufmarsch durchzuführen
92 und die Unterbezirke bei der Anreise nach Bad Nenndorf zu unterstützen. Bereits im vergangenen
93 Jahr haben wir unser erstes "How to Demo" zur Vorbereitung auf den Naziaufmarsch in Bad Nenndorf
94 organisiert und durchgeführt. Sehr gefreut haben wir uns dabei über das durchweg positive Feedback
95 der Teilnehmer*innen und ebenso über die rege Teilnahme. Daher haben wir uns entschlossen, die-
96 ses Jahr in eine zweite Runde zu gehen. Gemeinsam mit euch wollen wir wieder besprechen, wie man
97 mit polizeilicher Repression umgeht, am effektivsten einen Naziaufmarsch blockieren kann und welche
98 rechtlichen Konsequenz die eigenen Handlung haben können - oder auch nicht. Für uns gilt weiterhin:
99 In Bad Nenndorf wird es nur einen Naziabmarsch geben! Auch wenn unser Hauptaugenmerk weiterhin
100 auf Bad Nenndorf liegen wird, wollen wir auch gezielt an anderen, kleineren Anti-Nazi-Veranstaltungen
101 teilnehmen.

102 **Internationale Arbeit**

103 Wir Jusos sind ein internationalistischer Verband, wir engagieren uns bilateral und in der IUSY und YES.
104 Internationale Solidarität halten wir hoch! Deswegen wollen wir uns verstärkt mit dem Thema Interna-
105 tionalismus beschäftigen. Was sind unsere genauen Leitlinien für internationale Politik? Zentrale Fragen
106 hierbei sind für uns: Welche Grundsätzen folgt beispielsweise die deutsche Außenpolitik? Wie bewer-
107 ten wir die bestehenden Institutionen und Akteur*innen? Wie stehen wir zu militärischen Einsätzen?
108 Wir wollen unser Grundverständnis vom Internationalismus stärken und uns mit weltweiten Macht-
109 verhältnissen auseinandersetzen. Als internationalistischer Verband setzen wir klar auf internationalen
110 Austausch und wollen Menschen sowie Kulturen zusammenbringen. Das geht nur mit gegenseitigem
111 Austausch. Daher würden wir einerseits in der kommenden Amtsperiode gerne die Delegation einer
112 unserer internationalen Partnerorganisationen im wundervollen Bezirk Hannover begrüßen können.
113 Andererseits möchten wir selbst gerne auch eine unserer internationalen Partnerorganisationen besu-
114 chen. Beim Al-Quds-Tag marschieren tausende Antisemit*innen durch Berlin, um für die Vernichtung
115 des Staates Israel zu demonstrieren. Auch in diesem Jahr wollen wir uns daher wieder solidarisch dem

116 No-Al-Quds-Tag gegenüber zeigen. Am 2. Juli werden wir deswegen für alle interessierten Gegende-
117 monstrant*innen der Jusos im Bezirk Hannover eine Anreise nach Berlin organisieren. Die Sozialdemo-
118 kratie hört nicht an den deutschen Grenzen auf. Wir wollen deshalb einen stärkeren Kontakt zu den
119 Ablegern der sozialistischen Internationalen und der Progressive Alliance im Bezirk Hannover suchen.
120 Eine fundamentale Stärke der sozialistischen Bewegung war immer ihre internationale Ausrichtung.
121 Darauf wollen wir aufbauen und gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit meistern.

122 **Weltraumpolitik**

123 Science Fiction hat schon oft die Wissenschaft beeinflusst und Menschen zum Träumen gebracht. Man
124 denke nur an Kapitän Nemo und seine Nautilus. Als Jules Verne sein Buch geschrieben hat war es
125 unvorstellbar in den Tiefen der Meere zu tauchen, es war Science Fiction zu seiner Zeit und heute ist
126 es normal. Ebenso sein Buch „Reise um den Mond“ von 1869. Heute waren wir schon auf dem Mond.
127 Unser technologischer Fortschritt hat uns an einen Punkt gebracht, wo auch wir darüber nach-denken
128 müssen, wie es weiter gehen soll. Mittlerweile scheint auch der Sprung zum Mars immer näher zu
129 rücken, irgendwann werden wir ihn auch besiedeln. Doch wem gehört das Weltall? Die Amerikaner
130 haben 1969 eine Flagge auf dem Mond hinterlassen, aber wollen wir den Nationalismus der auf der
131 Erde herrscht auch in das Weltall tragen? Wir sollten uns fragen, wie wir uns ein Zusammenleben im
132 All vorstellen, was ist der beste Weg dafür? Vielleicht ist ja auch hier Science Fiction eine gute Vorlage.
133 Macht es Sinn vielleicht einen Galaktischen Senat zu haben? Und wer soll den Planeten Erde vertreten?
134 Wer sorgt für Sicherheit in der Galaxie? Das sind, auch wenn nicht akut, Fragen die wir uns Stellen
135 müssen. Denn eines Tages werden diese Fragen vielleicht einmal sehr wichtig werden. Wir werden
136 deshalb in Tradition unserer progressiven Grundsätze schon heute darüber diskutieren. Denn es ist
137 unsere Aufgabe, auf die Fragen von morgen schon heute eine Antwort zu liefern.

138 **Grundlagen des Marxismus**

139 Die Linke befindet sich auf der Suche nach zukunftsorientierten Konzepten und Leitbildern - und vor al-
140 lem auch nach einer theoretischen Basis für fortschrittliche Politik. Für uns ist an dieser Stelle klar: Marx
141 ist Muss! Gerade hier ist der Beitrag des Marxismus gefragt, um unser gemeinsames Projekt "Moder-
142 ner Sozialismus" theoretisch zu untermauern. Daher wollen wir uns zukünftig verstärkt den 53 Thesen
143 des "Hannoveraner Kreises" widmen und ihre aktuelle Anwendbarkeit überprüfen. Der demokratische
144 Sozialismus ist roter Leitfaden unseres politischen Handelns und wird als Querschnittsthema unser
145 Vorstandsjahr begleiten.

146 **Aktives Frauen*-Empowerment**

147 Diversität ist in einem Jugendverband wie den Jusos ein wichtiger Faktor. Doch leider erleben wir in
148 vielen Juso Strukturen, dass Frauen in der aktiven Arbeit stark unterrepräsentiert sind. Deshalb muss
149 es unser Ziel sein, durch verschiedene Mittel mehr Frauen für die Arbeit der Jusos zu begeistern und
150 sie langfristig in unsere Strukturen einzubinden, sodass sie Verantwortung übernehmen und unsere
151 Politik mit gestalten können. Oft erleben wir, dass es jungen Frauen, die sich bei uns engagieren wollen,
152 schwer fällt, Anschluss zu finden. In Parteistrukturen, die von älteren Genoss*innen geprägt werden, ist
153 es oft nicht einfach ernst genommen und gehört zu werden. Ein aktives Empowerment und Austausch
154 mit anderen Frauen, die dieselben Erfahrungen gemacht haben, kann dabei ermutigend wirken, um

155 sich dennoch weiter zu engagieren, oder aber neue Möglichkeiten aufzeigen sich in unseren Struktu-
156 ren an an- derer Stelle zu engagieren. In der nächsten Legislatur wird sich der Bezirksvorstand noch
157 stärker einsetzen, um eine solche strukturelle Frauenförderung weiter auf- und auszubauen und diese
158 möglichst vielen Genoss*innen zugänglich zu machen. Dabei soll sich das Angebot auch an den ver-
159 schiedenen Bedürfnissen von sowohl neueren Mitgliedern als auch erfahreneren Genoss*innen orien-
160 tieren. Wir wollen dafür ein aktives Frauennetzwerk schaffen, welches aktive und engagierte Frauen im
161 Verband zusammenbringt und ihnen Gelegenheit gibt, sich auszutauschen. In einem weiteren Schritt
162 kann ein solches Netzwerk die nötige Struktur bieten, um die gegenseitige Förderung und Unterstüt-
163 zung von Frauen zu gewährleisten. Wir wollen aber auch die Außenwirkung unserer Veranstaltungen
164 weiter erhöhen, um gezielt Frauen mit unserem Angebot stärker anzusprechen und mehr einzubinden.
165 Dabei kann auch ein Mentoringprogramm, bei dem "gestandene" Genossinnen neuen Genossinnen
166 mit Rat und Tat zur Seite stehen, sehr hilfreich sein. So können zum Beispiel gemeinsame Besuche von
167 Veranstaltungen dabei helfen, Hemmschwellen zu überwinden. Des Weiteren müssen wir in unserer
168 Verbandskultur eine Atmosphäre herstellen, in der sich alle wohlfühlen. So werden wir auch weiterhin
169 auf Diskussionsveranstaltungen quotierte Erstredner*innenlisten führen und bei Veranstaltungen dar-
170 auf achten, dass eine Quotierung von Grußworten sowie Referent*innen eingehalten wird. Daneben
171 wird es weiterhin für sämtliche Veranstaltungen des Juso-Bezirks ein Awareness-Team geben. Dieses
172 soll als Ansprechpartner*in für Teilnehmende dienen, die sich durch Äußerungen oder Handlungen
173 anderer unwohl, bedrängt oder angegriffen fühlen. Ein Awareness-Team entscheidet dabei grundsätz-
174 lich gemeinsam mit der Betroffenen über den Umgang mit der Situation, um sowohl den Betroffenen
175 beizustehen als auch Vorfälle aufzuklären. Außerdem werden wir auch weiterhin eine dauerhafte An-
176 sprechpartner*in für Awareness benennen. Insgesamt wollen wir mit unserer Awareness-Arbeit die
177 Sensibilität für sexistisches Verhalten in unserem Verband weiter erhöhen. Denn nur durch gelebten
178 Feminismus verändern wir die Gesellschaft nachhaltig!

179 **Gender-Tag**

180 Im kommenden BeVo planen wir einen Gender-Tag zu veranstalten. Geschlechterplena sind ein fester
181 Bestandteil der Seminare der Jusos Bezirk Hannover. Wir sprechen dort in geschützten Räumen über
182 Sexismus, geschlechtsspezifische Verhaltensunterschiede und Probleme im Umgang miteinander. Da
183 in den Plena selten genug Zeit bleibt, auf alle Themen einzugehen und diese abschließend zu diskutie-
184 ren, wollen wir uns dafür an einem Gender-Tag einen ganzen Seminartag Zeit nehmen. Im Vordergrund
185 sollen Verhaltensmuster und deren Wahrnehmung durch andere stehen, sowie die Sensibilisierung für
186 Sexismus und der Umgang damit. Es ist uns ein besonderes Anliegen hier einen Raum zu schaffen, in
187 dem Menschen sich offen über Probleme in auf allen Ebenen (bei den Jusos und in der Partei) ausspre-
188 chen können.

189 **Unsere eigene Vorstandsarbeit**

190 Die Mitglieder des BeVos bringen die unterschiedlichsten Interessen, Expertisen, Fähigkeiten und
191 Kenntnisse mit. Um diese besonders gewinnbringend für unsere kommende Arbeit zu nutzen, wollen
192 wir regelmäßig interne Weiterbildungsmaßnahmen durchführen. Dabei soll das Augenmerk auf dem
193 Auf- und Ausbau von Grundlagen politischer Arbeit liegen, methodische Workshoparbeit und rhetori-
194 sche Fähigkeiten sollen aktiv innerhalb des BeVos aus- und weitergebildet werden. Da sich im kommen-
195 den BeVo alte Häsinnen und Hasen mit einer Vielzahl von Frischlingen mischen werden, möchten wir

196 gerade in der Anfangszeit verstärkt auf Teambuildingmaßnahmen setzen. Neben der gemeinsamen
197 politisch inhaltlichen und organisatorischen Arbeit ist ein gutes persönliches Miteinander wichtig. Im
198 kommenden BeVo sollen den Mitgliedern feste organisatorische Aufgaben zugeteilt werden, um unse-
199 re Arbeitsabläufe zu professionalisieren und die Gesamtarbeitsbelastung innerhalb des BeVos gleich-
200 mäßig zu verteilen. Zudem sollen wieder feste Ansprechpartner*innen benannt werden.

201 **Dezentralität**

202 Der Bezirk Hannover besteht aus vielen verschiedenen Unterbezirken. Um dieser Diversität gerecht zu
203 werden, wird der künftige Bezirksvorstand auch in der nächsten Legislatur so oft es geht dezentral zu
204 tagen, um auch Mitgliedern aus anderen Unterbezirken die Gelegenheit zu geben, sich mit dem Vor-
205 stand auszutauschen. Auch Seminare und andere Veranstaltungen sollen, wenn dies möglich ist, nicht
206 nur in Hannover stattfinden. Auch die Seminare auf Abruf stehen im Zeichen der 25 Dezentralität und
207 werden weiterhin durchgeführt. Eine Möglichkeit zur Kontaktpflege bieten auch die regelmäßigen Bei-
208 ratssitzungen, sowie eine Unterbezirkvorsitzendenkonferenz. Der Bezirksvorstand steht im regelmäßi-
209 gen Austausch zu den Unterbezirken und versucht unterstützend tätig zu sein, insofern dies gewünscht
210 ist. Leitfäden und andere Arbeitshilfen werden natürlich gern bereitgestellt.

211 **Öffentlichkeitsarbeit und soziale Medien**

212 Die Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksvorstandes soll weiter verstärkt werden. Wir wollen unsere Sicht-
213 barkeit auf Facebook und Twitter erhöhen und denken außerdem über die Etablierung eines Instagram-
214 Accounts nach. Zusätzlich wollen wir mehr inhaltliche Artikel auf unsere Homepage stellen und in wichti-
215 gen Fällen Pressemitteilungen zum bundespolitischen Geschehen herausgeben. Wichtig ist uns neben
216 der außenwirksamen Öffentlichkeitsarbeit auch die verbandsinterne Information: Um die Unterbezir-
217 ke im Bezirk Hannover stärker miteinander bekannt zu machen, möchten wir jedem Unterbezirk die
218 Gelegenheit geben, sich einmal jährlich zu präsentieren. Darüber hinaus wollen wir durch regelmäßi-
219 ge Mitglieder-Updates das Ziel einer transparenteren Vorstandsarbeit verwirklichen. Zu verschiedenen
220 Pressevertreter*innen halten wir engen Kontakt und nehmen auch presserelevante Termine regelmä-
221 ßig wahr. Der Bezirk Hannover bleibt ein Bezirk des Fortschrittes. Diesen Fortschritt werden wir auch in
222 unsere Öffentlichkeitsarbeit einbringen: Mit einem neuen Konzept rund um die sozialen Medien (von
223 Facebook bis Snapchat) werden wir unsere Außenwirkung auf Interessierte und Freund*innen des So-
224 zialismus ausweiten. Wir werden uns als festes Ziel setzen, über Kanäle wie YouTube weitere Informati-
225 onsmöglichkeiten rund um unsere politischen Ziele, unsere Seminare oder unsere sonstigen Aktivitäten
226 zu bieten. Hierbei steht nicht nur die reine Information im Mittelpunkt, auch wollen wir für Mitglieder
227 und Interessierte erreichbar sein, um mit ihnen zu diskutieren. Des Weiteren ist es unser Ziel auch unser
228 Bildungsangebot über diese Kanäle zusätzlich nutzbar zu machen. Zu diesem Konzept wollen wir ferner
229 einen neue Webseite umsetzen, die unsere Arbeit im Bezirk gut repräsentieren wird. Zu dieser gehört
230 eine regelmäßige Aktualisierung, die Einbindung der sozialen Medien und ein breites Angebot für un-
231 sere Genoss*innen und die Unterbezirke. Insbesondere soll ein Terminkalender in die neue Website
232 mit eingepflegt werden: Mit dem Ausweiten unserer Bündnispartner*innen stehen uns als Bezirk dann
233 auch andere und neue Seminarangebote zur Verfügung. Damit ihr dann auch den Überblick behaltet,
234 werden wir diese in den Kalender einpflegen – genauso wie unsere Angebote. So habt ihr immer alles
235 an der Hand und auf einen Blick. Wir wollen euch im Rahmen des Onlineauftritts für die Zukunft auch
236 eine Beschluss-Wiki zu Verfügung stellen sodass ihr, wenn ihr unsere Beschlusslage sucht, jederzeit
237 nachschauen könnt.

238 **Corporate Design und Merchandise**

239 Selbstverständlich ist: All unsere neuen Werke werden im besten Stile des neuen Corporate Designs
240 des Bundesverbands gehalten. Mit dem neuen Corporate Design hat sich unser Verband ganz bewusst
241 abgesetzt von anderen Jugendverbänden: Wir sind kantig und stark! Diese Botschaft wollen wir auch
242 nach außen tragen – wortwörtlich. Im nächsten Jahr wollen wir eine Linie von Merchandise-Artikeln zu
243 unserem wunderbaren Bezirk und den verschiedenen Denkfabriken zu unseren Grundwerten herstel-
244 len und unter die Menschen bringen. Frei nach dem Motto: Wir sind gern Jusos und das wollen wir auch
245 zeigen.

246 **Service für Unterbezirke und Mitglieder**

247 Auch außerhalb unseres Seminarkonzepts wollen wir euch die Möglichkeit geben, die aktuellen thema-
248 tischen Diskussionen und Entwicklungen mit zu verfolgen und mit zu diskutieren. Wir planen daher The-
249 menblätter zu aktuellen Entwicklungen herauszugeben, um euch so stets auf dem Laufenden und die
250 Diskussion im Rollen zu halten. Wir werden für die einzelnen Unterbezirke einen Referent*innen-Pool
251 zusammenstellen. Der Referent*innen-Pool soll dazu dienen, Expert*innen zu bestimmten politischen
252 Themen oder mit bestimmten Fähigkeiten übersichtlich zu clustern und auch Kontaktdaten zur Verfü-
253 gung zu stellen. So können wir den Unterbezirken die Organisation von Veranstaltungen vereinfachen
254 und Weiterbildungsangebote schaffen. Nach Möglichkeit versuchen wir Synergieeffekte mit anderen
255 Verbandsebenen zu schaffen.

256 **Hochschulgruppen und Schülis**

257 Im Bezirk haben wir starke Juso-Hochschulgruppen. Wir sehen vor allem im Bereich Mitgliederwerbung
258 klare Synergieeffekte zwischen den Hochschulgruppen als Repräsentanz der Jusos an den Hochschu-
259 len und den Unterbezirken in den Hochschulstandorten. Daher wollen wir die einzelnen HSGen sowie
260 die Landeskoordination bei ihrer Arbeit unterstützen. Hierbei sollen gemeinsame Aktionen und Kam-
261 pagnen angeschoben werden. Ein regelmäßige gegenseitige Präsenz ist beider-seitiges Ziel. Auch die
262 Juso-Schüler*innen und Auszubildenden möchten wir mit einer beiderseitigen Rückkopplung unter-
263 stützen. Der Bezirk soll hier mit Expertise und weiteren Angeboten den Schülis das nötige Handwerks-
264 zeug für die Arbeit im Verband und im Rahmen der Bildungspolitik bieten. In Zusammenarbeit mit dem
265 Landesverband werden wir weiter für gute Bildung kämpfen.

266 **Bündnisarbeit**

267 Wir wollen im neuen Vorstandsjahr ein paar neue Wege beschreiten im Bereich der Bündnispart-
268 ner*innen. Unser Ziel ist es ein breitgefächertes Netzwerk mit unseren Bündnispartner*innen aufzu-
269 stellen und mit ihnen verschiedene Aktionen durchzuführen oder sie als Referent*innen für Denkfabri-
270 ken und Seminare zu gewinnen. Wichtigstes Ziel ist hierbei, dass ein regelmäßiger Austausch stattfindet,
271 denn Wissen ist ja bekanntlich macht. Innerparteilich streben wir eine engere Zusammenarbeit mit der
272 AsF, der AG 60+, AG SelbstAktiv und denn Schwusos¹ an. Bündnispartner*innen von extern sollen die
273 Falken aber auch die Gewerkschaftsjugendlichen sein.

¹ umbenannt zu "SPDqueer"

274 **Verbandsarbeit**

275 Der Juso-Bezirk ist tragende Säule der Juso-Strömung Netzwerk linkes Zentrum (NWLZ). Wir sehen uns
276 dieser Strömung von ihrer inhaltlichen Ausrichtung her nach wie vor verhaftet. Dennoch gab es in der
277 Vergangenheit einige Kritikpunkte: In regelmäßigen Abständen wollen wir daher unsere Mitarbeit im
278 NWLZ evaluieren. Wir wollen zur Profilschärfung des NWLZ beitragen, für uns müssen klare inhaltliche
279 Standpunkte deutlich kommuniziert werden! Als Bezirk Hannover wollen wir weiterhin eine verantwort-
280 liche Rolle im Bundesverband übernehmen. Das bedeutet für uns konkret den Verband organisato-
281 risch und inhaltlich voranzubringen. Wir werden wieder eine gute Vorbereitung zum Bundeskongress
282 in Dresden durchführen und uns durch eine kritisch-konstruktive Mitarbeit einbringen. Auch in den
283 drei Perspektivprojekten wollen wir uns federführend einbringen und inhaltliche Schwerpunkte setzen.
284 Wir werden weiterhin den regen Austausch mit dem Bundesvorstand suchen und seine Mitglieder re-
285 gelmäßig zu unseren Veranstaltungen einladen. So können wir den Austausch zwischen dem Bezirk
286 und dem Bundesvorstand zusätzlich sicherstellen. Die Jusos Niedersachsen sind die zentrale politische
287 Ebene um Landespolitik zu gestalten. An der Tradition unseres Bezirkes, die Landesebene zu stärken,
288 werden wir auch weiterhin festhalten. Die Reform des Landesverbandes erweist sich weiterhin als po-
289 sitiv - die Jusos wirken in die SPD Niedersachsen rein und sind das erforderliche Korrektiv. Wir wollen
290 deshalb die positiven Entwicklungen der letzten Jahre weiter unterstützen. Wir lehnen Beschneidun-
291 gen des Kompetenzbereichs des Landesvorstandes entschieden ab. Ebenso lehnen wir Maßnahmen,
292 die einschränken wer an der Landesebene Teilhaben darf, entschieden ab. Wir werden deshalb die
293 politischen Mehrheiten organisieren, die sich für eine starke Landesebene einsetzen. Wir wollen auch
294 weiterhin den Landesverband bei Parteitagen und Parteiräten unterstützen. Aus dem Bezirk Hannover
295 kommt ein Großteil der Juso-Delegierten für beide Gremien, dieser Verantwortung müssen wir gerecht
296 werden.

297 **Verbandskultur**

298 Für uns alle ist die Juso-Arbeit primär ein Hobby. Daher ist es unser Anliegen, für alle Ehren-
299 amtlichen ein Klima zu schaffen, das dafür sorgt, dass alle Spaß an ihrer Arbeit haben. Auch auf unseren
300 Denkfabriken soll neben den Hauptzielen, des Lernens und Diskutierens, ein gewisser Spaßfaktor nicht
301 fehlen. Aber Verbandskultur bedeutet auch mehr. Wir wollen vor Allem das generelle Miteinander at-
302 traktiver gestalten und die gegenseitige Anerkennung ausbauen. Dies soll auch dafür sorgen, dass mehr
303 Menschen Lust bekommen sich aktiv bei den Jusos einzubringen. Wir wollen einen Verband haben, in
304 dem Menschenfeindlichkeit nicht vorkommt. Wir können uns zwar nicht davon lösen, wie Menschen-
305 feindlichkeit in unserer Gesellschaft vorkommt, denn die Jusos sind auch immer ein Spiegelbild unserer
306 Gesellschaft. Wir werden uns aber nicht damit abfinden. Daneben reproduziert diese Menschenfeind-
307 lichkeit aber auch gesellschaftliche Hierarchien, deshalb agiert sie auf mehreren Ebenen. Das kann sich
308 sowohl in expliziten Aussagen, aber auch an deren diskriminierenden Verhaltensweisen äußern. Das
309 bedeutet, dass wir jeder Form von Menschenfeindlichkeit die Stirn bieten, wo wir sie konkret antreffen
310 und andere Menschen dazu befähigen, selbstständig aktiv zu werden. Wir wollen auch die inhaltlichen
311 Grundlagen untersuchen und so eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Menschenfeindlich-
312 keit schaffen.

313 **Wir und die SPD**

314 Das Verhältnis zu unserer Mutterpartei ist nicht immer einfach. Die Jusos sind aber unzertrennbarer Teil
315 der SPD. Den größten Teil an konkreten politischen Veränderungen erreichen wir über unsere Arbeit
316 in der SPD. Die SPD ist unsere politische Heimat. Die Niederlagen der SPD sind Niederlagen der Jusos,
317 Erfolge der SPD sind Erfolge der Jusos. Wir werden deshalb Debatten anfangen wo es nötig ist, wollen
318 aber Probleme versuchen im Dialog zu lösen. Wir streben deshalb eine enge und vertrauensvolle Zu-
319 sammenarbeit mit der Führung der SPD Bezirk Hannover an. Gleichzeitig erkennt die SPD nicht immer
320 die besseren Ideen der Jusos an. Deshalb ist es erforderlich, selbstbewusst für unsere Positionen einzu-
321 treten. Die natürliche Rolle der Jusos ist ein links-progressives Korrektiv für die SPD zu sein. Dies wollen
322 wir auch im nächsten Jahr deutlich machen. Wir werden deshalb weiterhin für unsere inhaltlichen und
323 personellen Vorstellungen Mehrheiten gemeinsam mit anderen linken Kräften in der Partei suchen. Wir
324 werden im nächsten Jahr konkret mit den Unterbezirken einen Anforderungskatalog ausarbeiten, was
325 für eine gute Zusammenarbeit erforderlich ist.

Beschlüsse

A – Arbeit

Für einen besseren Jugendarbeitsschutz!

Beschlusnummer 2016.A1
Antragsteller*innen UB Region Hannover
Weiterleitung an Landeskonferenz

1 Der Juso Bezirk Hannover fordert, das bestehende Jugendarbeitsschutzgesetz in folgenden Punkten zu
2 ändern:

- 3 1. Die frühere Bestimmung in § 9 IV JArbSchG, wonach die Regelung zum Berufsschulbesuch auch
4 für über 18-jährige Berufsschulpflichtige Anwendung fanden, ist wieder einzusetzen.
- 5 2. § 10 Abs. 1 Satz 2 JArbSchG ist dahingehend zu ändern, dass Arbeitgeber*innen den Jugendlichen
6 an den zwei Tagen vor der schriftlichen Abschlussprüfung freizustellen haben.
- 7 3. Die Höchstgrenzen für die Schichtzeit von Jugendlichen sollen verkürzt und die diesbezüglichen
8 Ausnahmen eingeschränkt werden (§ 12 JArbSchG) auf jeweils 8, 6 und 9 Stunden.
- 9 4. An dem einem Berufsschultag unmittelbar vorangehenden Tag dürfen Jugendliche auch nach Ab-
10 satz 2 Nr. 1 bis 3 nicht nach 18 Uhr beschäftigt werden, wenn der Berufsschulunterricht am Be-
11 rufsschultag vor 9 Uhr beginnt (§ 14 Abs. 4 JArbSchG).
- 12 5. § 19 Abs. 2 Satz 1 JArbSchG ist dahingehend zu ändern, dass der Urlaub jährlich 30 Arbeitstage
13 für alle Jugendlichen beträgt.
- 14 6. Jugendliche dürfen nicht beschäftigt werden mit Akkord, in Lohnanreizsystemen oder mit sonsti-
15 gen Arbeiten, bei denen durch gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann
16 (§ 23 Abs. 1 JArbSchG).
- 17 7. Das Züchtigungsverbot soll durch ein allgemeines Misshandlungs-, Belästigungs- und Diskriminie-
18 rungsverbot nach den Maßstäben des AGG ersetzt werden (§ 31 JArbSchG).

19 Darüber hinaus fordern wir:

- 20 8. Regelungen zum Informationsaustausch (Meldepflichten) zwischen Berufsschule, Kammern und
21 Betrieb,
- 22 9. Aufnahme des Jugendarbeitsschutzes in den Lehrplan Allgemeinbildender Schulen
- 23 10. Fortbildungspflicht zum Erhalt der Ausbildereignung, Sensibilisierung von Eltern, Personensorge-
24 berechtigten sowie der Öffentlichkeit zum Jugendarbeitsschutz.

Begründung

Die Ausbeutung von Jugendlichen wird in unserer Gesellschaft zu wenig problematisiert. Häufig werden Berufe wie Zeitungen austragen oder in der Gastronomie arbeiten als charakterbildende Maßnahme gesehen. Dabei sind diese Berufe häufig von einem erheblichen Ausbeutungspotential geprägt. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Menschen nur wegen ihres Alters von Arbeitgeber*innen potential ausgebeutet werden können.

Zu 1: Die Problematiken, die in den Regelungsbereich des Jugendarbeitsschutzgesetz fallen, hören nicht mit dem 18. Geburtstag plötzlich auf. Es muss sichergestellt werden, dass die erwünschte Schutzwirkung des Gesetzes auch alle jungen Menschen betrifft, die davon umfasst werden sollten.

Zu 2: Ebenso müssen deshalb auch konkret Berufsschüler*innen von der konkreten Regelung umfasst sein.

Zu 3: Die schriftliche Abschlussprüfung ist ein zentraler Schritt auf dem Weg von jungen Menschen in das Berufsleben. Die zentrale Wichtigkeit dieser erfordert eine großzügigere Freistellungsregelung durch ArbeitgeberInnen.

Zu 4: Die derzeitige unklare Regelung zur Schichtarbeitszeit ermöglicht zum einen eine sehr hohe Schichtstundenarbeitszeit für Jugendliche, gleichzeitig sorgen die Ausnahmen für ein Missbrauchspotential durch Arbeitgeber*innen. Da muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Zu 5: Eine ausreichende Ruhezeit für Jugendliche ist zu gewährleisten. Derzeit ist das nicht ausreichend der Fall.

Zu 6: Ebenso ist es erforderlich eine angemessene Urlaubszeitgestaltung gesetzlich zu gewährleisten, um Jugendlichen einen Anspruch auf Urlaubszeit zu ermöglichen.

Zu 7: Die derzeitige Regelung mit Ausnahmen gem. § 23 II JArbSchG ist zu weit gefasst und unterläuft genau dem Schutzgedanken aus dem Absatz 1 der § 23 JArbSchG, deshalb muss dieser gestrichen werden. Gerade in der Berufsausbildung sollte es nicht erforderlich sein auf eine solche Art und Weise zu arbeiten.

Zu 8: Die bestehende Regelung ist zu offen gestaltet und muss dahin gehende geändert werden, dass Jugendliche auch vor anderen Handlungen zu ihrem Nachteil geschützt sind.

Zu 9, 10 und 11: Eine gute Gesetzeslage ist nicht ausreichend, wenn sie nicht bekannt und angewandt wird. Deshalb ist es erforderlich, dass sichergestellt wird, dass Nutznießer*innen auch wissen, wie sie durch das Jugendarbeitsschutzgesetz geschützt werden können.

Erhalt des eigenständigen Berufsbildes der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege

Beschlusnummer 2016.A2
Antragsteller*innen UB Hameln-Pyrmont
Weiterleitung an Bundeskongress

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover sprechen sich dafür aus, dass im neuen Pflegeberufegesetz das eigen-
- 2 ständige Berufsbild der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege erhalten bleibt. Wenn die generalisti-
- 3 sche Pflegegrundausbildung stattfinden soll, dann muss im Gesetz eine ausreichende Spezialisierung
- 4 bzw. Schwerpunktsetzung für die Gesundheits- und Kinderkrankenpflege festgelegt werden, die der
- 5 aktuellen Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Berufe in der Krankenpflege (2003) entspricht.
- 6 Darüber hinaus fordern wir grundsätzlich mehr Anerkennung und Wertschätzung für diese Berufsfel-
- 7 der.

Begründung

Im bisherigen Entwurf mit der generalistischen Pflegeausbildung wird nicht der Bedarf für die kompetente pflegerische Versorgung von Frühgeborenen bis Jugendlichen und ihren Familien gesichert. Der allgemeinen Pflegegrundausbildung müsste sich eine spezialisierte Weiterbildung anschließen, deren Kosten bisher nicht geklärt und voraussichtlich auch nicht gesichert ist. In Folge dessen würde z.B. für Kinderkliniken nicht mehr ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen. Die Auszubildenden in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege müssen genügend Gelegenheiten haben, neben dem entsprechenden spezifischen Unterrichtsangebot, ihre pflegerische Handlungskompetenz bei Kindern unterschiedlicher Altersstufen zu entwickeln. Die Gesetzgeber*in hat die Pflicht, Kinder als Zukunft unserer Gesellschaft zu schützen. Der bisherige Beruf der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege leistet dazu einen wertvollen Beitrag, der auch zukünftigen Generationen erhalten bleiben sollte.

Kündigungsrecht reformieren

Beschlusnummer	2016.A3
Antragsteller*innen	UB Region Hannover
Weiterleitung an	SPD-Bundestagsfraktion

- 1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, das deutsche Kündigungsrecht in Anlehnung an das nie-
2 derländische Kündigungsrecht in folgender Weise zu reformieren:
- 3 1) Die Kündigung der Arbeitgeber*in aus personenbedingten und betrieblichen Gründen kann nur
4 präventiv mit der Zustimmung einer arbeitsgerichtlichen Instanz bzw. der Agentur für Arbeit wirksam
5 erfolgen.
- 6 2) Unberührt davon bleiben die Kündigungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer*innen. Diese können das
7 Arbeitsverhältnis jederzeit unter Einhaltung der Kündigungsfristen einseitig beenden.
- 8 3) Bezüglich der Kündigungsfristen von Arbeitgeber*innen gegenüber Arbeitnehmer*innen fordern wir
9 eine wissenschaftliche Überprüfung der gegenwärtigen Ausgestaltung dahingehend, ob es einer Stei-
10 gerung dieser bedarf.

Begründung

Das niederländische Kündigungsrecht ist in seiner Ausgestaltung ein Besonderes, da es ein in sich geschlossenes System darstellt.

Die Beendigung eines Arbeitsvertrages durch die Arbeitgeber*in kann entweder durch Fristablauf bei einer wirksamen Befristung erfolgen, so dass das Arbeitsverhältnis von Rechts wegen zum vereinbarten Zeitpunkt endet oder durch eine ordentliche Beendigung. Bei letzterem Fall kann aus personellen oder betriebsbedingten Gründen (auch zwischenzeitlich bei einer Befristung) durch die Arbeitgeber*in nur auf den folgenden zwei Wegen wirksam gekündigt werden: durch Kündigung mit Genehmigung des Arbeitsamtes oder durch Trennungsbeschluss der Richter*in. Welches Verfahren stattfindet, wird branchenspezifisch festgelegt.

Das niederländische Kündigungsrecht wird daher auch als „präventiv“ bezeichnet, da eine Kontrolle nicht wie in Deutschland üblich im Nachhinein, sondern vor Ausspruch der Kündigung bzw. Trennung stattfindet. Mit dieser Prüfung vorab soll den Arbeitnehmer*innen ein effektiver Schutz vor willkürlichen Entscheidungen der Arbeitgeber*in geboten werden.

Diese Regelung mit der Erfordernis eine Genehmigung des Arbeitsamtes oder eines Trennungsbeschlusses der Richter*in gilt für Arbeitnehmer*innen nicht. Diese können unter Beachtung der gesetzlichen Kündigungsfristen jederzeit das Arbeitsverhältnis einseitig beenden.

Zusätzlich sind die Kündigungsfristen gestaffelt und zwischen Arbeitgeber*in und Arbeitnehmer*innen unterschiedlich ausgestaltet. Dabei gilt die Faustregel, dass Arbeitnehmer*innen eine doppelt so lange Kündigungsfrist haben als Arbeitgeber*innen. Auch dies stellt einen zusätzlichen Schutz dieser dar. Inwieweit hierbei eine Übertragung sinnvoll erscheint, muss aber durch eine wissenschaftliche Kommission untersucht werden.

Meine Arbeitsplatzsuche darf nicht an der Sprache scheitern

Beschlusnummer 2016.A4

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an Landeskongress, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

- 1 Wir, der Juso-Bezirk Hannover, fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die gesetzlichen Grundlagen
- 2 zu schaffen, dass die Bundesagentur für Arbeit verpflichtet ist für jede*n Arbeitssuchende*n die Kos-
- 3 ten für Kurse zur Sprachförderung (Deutsch als Fremdsprache) zu übernehmen, sofern mangelnde
- 4 Sprachkenntnisse der deutschen Sprache zur Ablehnung von Bewerbungen führen. Dies gilt auch für
- 5 diejenigen, die eine deutsche Universität, zum Beispiel im Rahmen eines Erasmus-Austauschs, besucht
- 6 haben.

Begründung

Oft ist das Einzige, das zwischen eine*r Bewerber*in und dem Erhalt eines Arbeitsplatzes steht, mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache. Dies trifft auch immer wieder auf hochqualifizierte Fachkräfte zu. In vielen Fällen schließt die Bundesagentur für Arbeit aber einen Sprachkurs als geförderte Qualifizierungsmaßnahme aus, insbesondere dann, wenn die Bewerber*in während ihres Studiums eine deutsche Universität besucht hat. Da die Kosten für Deutsch-Sprachkurse im Regelfall hoch sind, können Bewerber*innen diese häufig nicht aus eigener Kraft finanzieren. Oftmals versanden so hochqualifizierte Menschen, die gerne dem hiesigen Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden, in Hilfsjobs oder prekären Arbeitsverhältnissen außerhalb ihres eigentlichen Berufsfelds oder ziehen sogar in ihre Herkunftsländer zurück.

Übernahme der Kosten von niedersächsischen Lehrkräften bei Klassenfahrten

Beschlusnummer	2016.A5
Antragsteller*innen	UB Region Hannover
Weiterleitung an	Landeskonzferenz

- 1 Die durch mehrtägige Klassenfahrten, den Lehrkräften, entstehenden Kosten sollen von der Landes-
- 2 schulbehörde (NLSchB) grundsätzlich 100 % übernommen werden.

Begründung

Schulfahrten sind wichtige Elemente des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schulen. Sie fördern den Gemeinschaftssinn und sollen durch die gemeinsamen Erfahrungen und Erlebnisse das gegenseitige Verständnis zueinander vertiefen. Sie helfen dabei der Schüler*innen komplexe Bildungsinhalte möglichst anschaulich nahe zu bringen und so das Verständnis zu fördern. Daher ist es nicht hinnehmbar, dass Schulfahrten in Niedersachsen nur auf der Freiwilligkeit der Lehrkräfte beruhen und nicht vorgeschrieben sind (wie z.B. im Erl. vom 07.09.2009 zu Schulwanderungen und Schulfahrten des Landes Hessen), sondern darüber hinaus auch noch von den Lehrkräften selbst bezahlt werden müssen. Schulfahrten als Teil des staatlichen Bildungsauftrages sind daher vom Dienstherrn im o.g. Umfang zu übernehmen. Zur Förderung der europäischen Integration ist die Priorisierung des Schulfahrten in der Sek II ab Klasse 11 zwingend erforderlich um den Schüler*innen den Gedanken Europas, gerade in schwierigen Zeiten wie jetzt, zu verdeutlichen. Es ist nicht zielführend grds. darauf abzuzielen diese Fahrten auf das Bundesgebiet bzw. vorrangig auf Niedersachsen zu beschränken.

My degree is not worthless. Mi título no sirve para nada. Benim derecesi degersiz degildir.

Beschlusnummer	2016.A6
Antragsteller*innen	Bezirksvorstand
Weiterleitung an	Landeskonferenz, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

1 Wir, der Juso-Bezirk Hannover, fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine verbesserte Aner-
2 kennung von im Ausland erworbenen Schul-, Studiums- und Berufsabschlüssen einzusetzen. Die Ziel-
3 setzung muss dabei sein, eine Vollanerkennung aller Abschlüsse zu erreichen. Hierfür muss insbeson-
4 dere die Möglichkeit geschaffen werden zusätzliche Qualifikationen zum Erwerb aller nötigen Bedin-
5 gungen für eine Abschlussanerkennung zu erlangen. Außerdem muss eine öffentliche Beratungsstelle
6 geschaffen werden, bei der sich Absolvent*innen kostenlos beraten lassen können, welche Schritte
7 zur Anerkennung eines Abschlusses notwendig sind, solange noch keine Vollanerkennung möglich ist.
8 Zudem sollen kostenlos Anerkennungszertifikate ausgestellt werden, die das genaue deutsche Gegen-
9 stück des Abschlusses benennen. Des Weiteren soll eine vereinfachte Anerkennung von Dokumenten,
10 wie beispielsweise durch Fotografien von Zeugnissen o.ä. erreicht werden. Da es bei der Flucht zu-
11 meist ums nackte Überleben geht, ist es nachzuvollziehen, wenn nicht allem voran, an die Dokumente
12 gedacht wird, welche die deutsche Bürokratie in Teilen als essentiell betrachtet. Diese Ausweitung soll
13 auch für Geflüchtete gelten, welche an deutschen Universitäten und Hochschulen studieren wollen.

Begründung

Einer der großen Widersprüche der Strategie der Anwerbung ausländische Fachkräfte ist es, dass viele im Ausland erworbene Abschlüsse hierzuland nicht oder nur unzureichend anerkannt werden. Dies führt immer wieder dazu, dass hochqualifizierte Menschen, die gerne dem hiesigen Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden, in Hilfsjobs oder prekären Arbeitsverhältnissen außerhalb ihres eigentlichen Berufsfelds versanden oder sogar in ihre Herkunftsländer zurückziehen. Es darf nicht passieren, dass die Leistungen von Menschen nicht gewürdigt werden, nur weil sie im falschen Land oder in einem „wirtschaftlich nicht verwertbaren“ Bereich erworben sind. Jeder Abschluss ist wertvoll, egal ob er aus Spanien oder Thailand stammt, egal ob es der eine*r Altenpfleger*in oder eine*r Historiker*in ist.

AF – Asyl- und Flüchtlingspolitik

Online-Einreiseverfahren für Asylantragsteller*innen

Beschlusnummer 2016.AF1
Antragsteller*innen UB Region Hannover
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

- 1 Wir fordern die SPD in der Bundesregierung dazu auf, sich für einen Onlineantrag einzusetzen, welcher
- 2 es potenziellen Asylantragsteller*innen ermöglicht, legal zur Antragstellung nach Deutschland einzu-
- 3 reisen. Dieser muss global und in allen relevanten Sprachen (mindestens deutsch, englisch, arabisch,
- 4 spanisch, französisch, russisch und chinesisch) verfügbar sein. Zudem müssen für die Bearbeitung und
- 5 Website-Pflege die benötigten personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Schnellstmöglich
- 6 sollte dieses Verfahren auf gesamteuropäischer Ebene von der EU-Kommission angeboten werden.

Begründung

Die heutigen Fluchtruten führen vor allem zu sozialer und ökonomischer Selektion. Dies bedeutet, dass körperlich schwächere Menschen und Menschengruppen auf der Strecke bleiben. Dasselbe gilt für Menschen, welche Schleuser*innen und Fälscher*innen nicht bezahlen können. So bleiben oft vor allem besonders bedürftige Menschen (z.B. Kinder, Familien und körperlich, sowie geistig beeinträchtigte Menschen) auf der Strecke.

Asylrechtsverschärfungen – Nicht mit uns!

Beschlusnummer 2016.AF2

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

1 Die politische Bewältigung der großen Anzahl an Geflüchteten aus verschiedenen Teilen der Welt ist
2 eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Bundesregierung,
3 auch durch kurzfristige, schnelle und unbürokratische Hilfe dafür Sorge zu tragen, dass Gemeinden,
4 Bundesländer und andere staatlichen Institutionen die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten
5 gewährleisten können, wenn sie dazu finanziell oder strukturell nicht (mehr) in der Lage sind.

6 Das beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz und das „Asylpaket II“ schränken das Asylrecht
7 jedoch massiv ein. Wir lehnen insbesondere die neuen Regelungen zu sogenannten „sicheren“ Her-
8 kunftsstaaten, zu Sachleistungen und militärischer Abwehr von Geflüchteten („Schleuserkriminalität“),
9 zu Residenzpflicht, Ausweitung der Abschiebehaft, Abschiebungen in Schnellverfahren und die Ausset-
10 zung des Familiennachzugs ab. Wir unterstützen diese menschenrechts- und grundrechtswidrige Poli-
11 tik nicht. Die aktuellen „Asylkompromisse“ sind rassistisch und stigmatisierend. Mehr Mittel für Länder
12 und Kommunen können das nicht aufwiegen. Das Gesetz widerspricht sozialdemokratischen Grund-
13 sätzen.

14 **Ausweitung der sogenannten „sicheren“ Herkunftsstaaten**

15 Die Ausweitung von „sicheren“ Herkunftsstaaten auf weitere Länder des Westbalkans lehnen wir ab. Die
16 Bundesregierung ignoriert hier, dass diese Länder durch vielfache Diskriminierungen und Gewalt z.B.
17 gegenüber Roma nicht als sicher gelten können. Die niedrige Anerkennungsquote in Deutschland von
18 Geflüchteten aus diesen Ländern kann nicht als Rechtfertigungsgrund dienen, diese Länder grundsätz-
19 lich als sicher einzustufen. Seit 1999 befinden sich deutsche Soldat*innen als Teil der Kosovo-Truppe
20 (KFOR) vor Ort. Es befinden sich aktuell rund 740 Soldat*innen im Kosovo. Wir stellen uns die Frage:
21 Wie kann ein Land als „sicheres“ Herkunftsland eingestuft werden, das nach wie vor durch einen Aus-
22 landseinsatz der Bundeswehr unterstützt werden muss.

23 Ebenso vehement widersprechen wir der Klassifizierung von Algerien, Marokko und Tunesien als si-
24 chere Herkunftsstaaten. Die Grundrechtsituation in allen drei Staaten lässt diese Einordnung absurd
25 erscheinen. So ist in diesen Staaten beispielsweise Homosexualität noch immer unter Strafe gestellt.
26 Auch eine Ausweitung der Liste der „sicheren“ Herkunftsstaaten um von Krieg und Bürgerkrieg betrof-
27 fene Länder wie Afghanistan und Irak ist kategorisch abzulehnen.

28 **Verlängerung des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen**

29 Die Verlängerung des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen wurde von der Großen Koalition in
30 diesem Jahr auf drei Monate verkürzt. Dass diese Regelung wieder zurückgenommen werden soll, ist
31 falsch. Aufgrund der Zustände in den Einrichtungen ist ein längerer Aufenthalt inakzeptabel. Zudem
32 stehen die dort geltende Residenzpflicht und das Arbeitsverbot einer schnellen Integration der Ge-
33 flüchteten entgegen.

34 **Sach- statt Geldleistungen**

35 Geldleistungen für Asylbewerber*innen dienen der Deckung des täglichen Bedarfs. Sie sind kein Ta-
36 schengeld und sie sind ganz sicher kein Anreiz für eine Flucht nach Deutschland, gerade in Anbetracht
37 der hohen Kosten und Risiken einer Flucht. Menschen, die aus ihrem Herkunftsland flüchten und sich
38 den lebensbedrohlichen Strapazen einer Flucht aussetzen, tun dies sicherlich nicht, weil sie ein Ta-
39 schengeld in Deutschland erwartet. Das zu suggerieren, ist gefährlich und wird fremdenfeindliche Ten-
40 denzen weiter anheizen. Die Geldleistungen soweit wie möglich in Sachleistungen umzuwandeln, wie
41 es der Gesetzesentwurf vorschlägt, ist unpraktisch, mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbun-
42 den und möglicherweise nicht verfassungskonform. Insbesondere die Entmündigung von Geflüchteten
43 durch ein Gutscheinsystem lehnen wir ab, da es nicht unseren Vorstellungen eines freien und selbst-
44 bestimmten Lebens entspricht.

45 **„Asylpaket II“ – oder wie die GroKo das Asylrecht verschärft**

46 Das sogenannte „Asylpaket II“ beinhaltet zahlreiche inakzeptable Verschärfungen des Asylrechts. An
47 dieser Stelle geschieht eine Aushebelung des Asylrechts statt einer Beschleunigung der Asylverfahren.
48 Schutzsuchende werden von fairen Asylverfahren ausgeschlossen, um sie möglichst schnell abschieben
49 zu können. Wir stellen uns daher klar gegen die geplanten beschleunigten Asylverfahren – in nur einer
50 Woche ist es keinesfalls möglich, Fluchtgründe individuell, fair und sorgfältig zu prüfen.

51 **Abschiebungen im Schnellverfahren**

52 Schnellverfahren betreffen mitnichten nur einen kleinen Teil der Asylsuchenden: Aufgrund der Bestim-
53 mung, dass Geflüchtete ohne Pass Schnellverfahren unterzogen werden können, ist ein großer Teil der
54 Schutzsuchenden von den unfairen Eilverfahren bedroht. Dies ist eine zynische Regelung: Ohne Pass
55 zu sein, ist typisch für Menschen auf der Flucht, solange diese kriminalisiert wird!

56 **Unwürdige Aufnahmezentren statt Integration**

57 Alle Geflüchtetengruppen, die Schnellverfahren unterworfen werden sollen, werden in Zukunft ver-
58 pflichtet sein, in besonderen Aufnahmezentren zu leben, in denen sie von Unterstützer*innen und
59 Helfenden abgeschottet werden. Nicht einmal die Kinder dürfen in Schulen Kontakt zu Einheimischen
60 aufnehmen – sie werden im Sammellager beschult. Schikanierenden Maßnahmen wie Freizügigkeits-
61 beschränkungen für Geflüchtete in diesen Aufnahmeeinrichtungen widersprechen wir deutlich: Eine
62 Beschränkung der Freizügigkeit auf den Landkreis oder den Bezirk der Ausländerbehörde schadet der
63 Integration.

64 **Familiennachzug ausgesetzt**

65 Wir verurteilen vor allem die im Gesetzesentwurf vorgesehene Verschärfung des Familiennachzugs. Der
66 verweigte Familiennachzug wird tödliche Folgen haben und noch mehr Menschen in die lebens-
67 gefährliche Flucht übers Meer treiben. Auch mögliche Ausnahmen in Einzelfällen bei minderjährigen
68 Flüchtlingen sind nicht ausreichend und ein Armutszeugnis für die Große Koalition.

69 Keine dieser Regelungen ist in irgendeiner Art und Weise geeignet, Kommunen und Bundesländer zu
70 entlasten, Geflüchtete besser zu versorgen, unterzubringen oder zu inkludieren und Fluchtursachen zu
71 bekämpfen. Diese Regelungen werden die Situation nicht verbessern, sondern noch verschlechtern.

72 Wir werden uns deshalb weiterhin gemeinsam für sichere Fluchtrouten und eine menschenwürdige
73 Geflüchtetenpolitik einsetzen.

74 Von den SPD-Bundestagsabgeordneten erwarten wir die Ablehnung aller Asylrechtsverschärfungen.

Schutzlosigkeit beenden

Beschlusnummer	2016.AF3
Antragsteller*innen	UB Region Hannover
Weitergeleitet an	Landeskonferenz

- 1 Frauen* müssen grundsätzlich vor Gewalt und Übergriffen geschützt werden. Das gilt in besonderem
2 Maße für Frauen* und Familien, die bei uns in Form von Asyl Schutz suchen. Um diese wirksam vor
3 Übergriffen zu schützen muss es in jeder Unterkunft von Geflüchteten für Frauen* und Kinder einen
4 räumlich getrennten, für Männer nicht ohne weiteres zugänglichen Bereich geben, welcher Privatsphä-
5 re und Sicherheit bietet. Das gilt auch für kurzfristig eingerichtete und nur vorübergehende Sammelun-
6 terkünfte. Schutz vor Gewalt ist nicht verhandelbar sondern Mindestbedingung jeder menschenwürdi-
7 gen Unterbringung.

Begründung

Frauen* und Familien mit Kindern bilden unter den Menschen, die sich derzeit auf der Flucht befinden und Schutz suchen, eine Minderheit dar. Dadurch geraten auch ihre besonderen Anliegen und Bedürfnisse allzu oft in Vergessenheit. Dabei brauchen gerade Frauen* und Kinder, die die Strapazen der Flucht hinter sich haben und oft genug Opfer von Gewalt geworden sind, besonderen Schutz um ihnen das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln aber auch sie vor neuerlicher Gewalt und Missbrauch zu schützen. In vielen Erstaufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften gibt es dagegen keine Rückzugsmöglichkeit für Frauen* und Familien die die benötigte Privatsphäre bieten, es gibt keinen gesicherten Raum in dem sie vor neuerlicher Gewalt oder Übergriffen geschützt wären. Türen zu Zimmern sind regelmäßig nicht abschließbar, in Turnhallen werden schlicht Bettenlager errichtet. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wenn wir Geflüchteten Schutz bieten wollen muss dieser schon in der Unterbringung anfangen. Die häufig erforderliche kurzfristige Unterbringung von Geflüchteten stellt Kommunen, Verwaltung und Ehrenamtliche vor enorme Herausforderungen. Trotzdem dürfen auch hier gewisse elementare Anforderungen nicht missachtet werden. Dazu gehören auch und vor allem Schutzstandards um zu verhindern, dass Menschen noch mehr Leid geschieht und sie erneut Opfer von Gewalt werden oder in Angst leben müssen.

E – Europa, Internationales und Intergalaktisches

Weltraumpolitik voranbringen – wissenschaftlich, nachhaltig, internationalistisch

Beschlusnummer	2016.E1
Antragsteller*innen	Bezirksvorstand
Weiterleitung an	Bundeskongress

1 Wir sprechen uns für eine neue Weltraumpolitik aus. Diese muss sich an wissenschaftlichen, nachhal-
2 tigen und internationalistischen Grundsätzen messen lassen.

3 Das bedeutet für uns konkret:

- 4 1. Weltraumpolitik muss wissenschaftliche Erkenntnisse und den Schutz der Erde in den Mittelpunkt
5 stellen. Das bedeutet Investitionen in einen verbesserten Strahlenschutz für zukünftige Projekte
6 und Maßnahmen um die Arbeitsbedingungen im Weltall zu verbessern, wie etwa die Anhebung
7 der Schwerkraft in Raumstationen und Raumschiffen durch Rotation dieser.
- 8 2. Verstärkte Investitionen in Roboter und künstliche Intelligenz, um Maschinen mehr Möglichkeiten
9 zu geben die Raumfahrt voranzubringen und auch insbesondere die bemannte Raumfahrt zu
10 unterstützen.
- 11 3. Die Erhöhung des Budgets für Raumfahrt im Bundeshaushalt.
- 12 4. Die Gründung einer weltweiten Weltraumagentur und damit einhergehend auch Zugang zur ISS
13 für Vertreter*innen von Nationen wie China und Indien.
- 14 5. Ein verbindliches, völkerrechtlich verankertes Verbot des Abschusses von Satelliten.
- 15 6. Eine Initiative bei dem Büro der Vereinten Nation für Weltraumfragen (UNOOSA) zur Entsorgung
16 von Weltraumschrott soll etabliert werden. Die ESA soll federführend sich mit der Frage der Ent-
17 sorgung von Weltraumschrott beschäftigen. In diesem Rahmen soll die ESA insbesondere die
18 Möglichkeit eines Laser-Broom-Systems geprüft werden.
- 19 7. Eine neue Initiative um den PAROS-Vertrag durch die Vereinten Nationen abzuschließen.
- 20 8. Initiierung eines weltweiten Projektes zur Aufdeckung und Abwehr von Kometen und Asteroiden.
- 21 9. Die Raumfahrtpolitik in Deutschland muss zukünftig außerhalb der Verantwortung des Bundes-
22 wirtschaftsministeriums liegen und soll stattdessen im Verantwortungsbereich im Bundeswis-
23 senschaftsministerium liegen.
- 24 10. Die ESA soll einen Initiative zum Bau eines Weltraumfahrtstuhls auf dem Weg bringen. Mögliche
25 Standortländer sollen wirtschaftlich und politisch unterstützt werden im Zuge des Baus eines
26 Weltraumfahrtstuhls.

- 27 11. Das europäische Parlament muss einen rechtlichen Rahmen schaffen, um Asteroidenbergbau
28 einen rechtlichen Rahmen zu geben. Dabei sind insbesondere arbeitsrechtliche Aspekte, sowie
29 Sicherheit, Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit in den Blick zu nehmen.
- 30 12. Die Vereinten Nationen müssen den Weltraumvertrag aktualisieren in Hinblick auf zukünftig ab-
31 sehbaren Asteroidenbergbau und mögliche menschliche Kolonien auf dem Mond und den Pla-
32 neten des Sonnensystems.

Begründung

Die Weltraumpolitik der letzten 70 Jahre war ein Spiegel der Weltgeschichte. Gerade im kalten Krieg war diese ein zentraler Konfliktbereich. Gleichzeitig gab es auch in dieser Zeit durch den Wettkampf viele wissenschaftliche Fortschritte in der Weltraumerforschung, die ersten menschlichen Satelliten, die Mondlandung und bemannte Raumstationen sind in dieser Zeit geschehen. Es hat sich gezeigt: Weltraumpolitik ist ein erheblicher Motor für wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Gerade in einer Zeit der Entstaatlichung und Privatisierung der Raumfahrt müssen wir uns Gedanken machen, wie wir auch in Zukunft eine gute Raumfahrtpolitik nach unseren Grundsätzen ermöglichen wollen.

China, Japan und die USA planen zurzeit die Errichtung von Mondbasen in den nächsten Jahren. Diese haben viel Potential, wir müssen aber politisch auf eine verstärkte Kooperation zwischen den beteiligten Staaten drängen. Gerade die ESA hat das Potential hier eine Schlüsselrolle zu spielen. Diese Rolle wird politisch definiert und muss deshalb von uns in Betracht genommen werden.

Zu 1.: Die bemannte Raumfahrt wird auch in Zukunft eine wesentliche Säule der wissenschaftlichen Arbeit sein. Gerade wenn es auch darum geht bemannte Raummissionen außerhalb des Magnetfelds der Erde durchzuführen, muss die Sicherheit und das Wohlbefinden der Astronaut*innen sichergestellt sein.

Zu 2.: Auch die unbemannte Raumfahrt hat erhebliches Potential, zur Unterstützung der bemannten Raumfahrt, aber auch für wissenschaftliche Zwecke und auch zum Asteroidenbergbau.

Zu 3.: Jedes Jahr werden etwa 1,2 Milliarden Euro ausgegeben im Bundeshaushalt für Raumfahrt. Dieses ist bei weitem nicht ausreichend um die Kosten für eine ausgebaute Raumfahrt zu decken.

Zu 4.: Was im Weltraum passiert betrifft früher oder später die gesamte Menschheit. Deshalb ist es auch erforderlich, dass die Menschheit an einem Strang zieht. Eine globale Weltraumagentur ist ein sinnvoller Schritt um nationale Konkurrenzen bei der Weltraumpolitik zu überwinden und eine gemeinsame humanistische Agenda in der Weltraumpolitik zu etablieren. Gerade auch die Etablierung von Kolonien auf anderen Planeten und Satelliten sollte ein gemeinsames Projekt der Menschheit sein und kann auch dazu führen, dass eine verstärkte internationalistische Sichtweise auf die globale Politik zu Stande kommt.

Zu 5.: Der Abschuss von Satelliten kann erhebliche negative Auswirkungen auf die Raumfahrt haben. Zurzeit sind etwa 50.000 Objekte der Größe eines Fußballs bereits als Weltraumschrott in der Erdumlaufbahn. Diese Objekte können Raumschiffe, Satelliten und Teleskope beschädigen oder zerstören, wie es bereits in der Vergangenheit passiert ist.

Zu 6.: Bereits 2013 gab es eine internationale Konferenz zur Beseitigung von Weltraumschrott. Dies muss nun konkrete Realität werden. Sollte Weltraumschrott zu sehr zunehmen, kann eine Kettenreaktion ausgelöst werden und zukünftige Weltraummissionen komplett verhindert werden. Deshalb muss die zukünftige Strategie sowohl Vermeidung der Entstehung, als auch das Einsammeln von Weltraumschrott durch unbemannte Raumfahrzeuge umfassen.

Zu 7.: Der PAROS-Vertrag sollte ein Wettrüsten im Weltall verhindern, wurde aber 1982 knapp von den Vereinten Nationen abgelehnt. Gerade wenn neue technologische Fortschritte die Militarisierung des Weltraums leichter machen, muss nun erneut versucht werden den PAROS-Vertrag Realität werden zu lassen.

Zu 8.: Asteroiden und Kometen können eine erhebliche Gefahr für die Menschheit darstellen. Zur Zeit sind immer noch nicht sämtliche Objekte erfasst, die die Menschheit auslöschen könnte. Darüber hinaus gibt es auch keine konkreten Maßnahmen, die durchgeführt werden können.

Zu 9.: Weltraumpolitik darf nicht wirtschaftlichen Interessen unterliegen. Um den wissenschaftlichen Fokus der Weltraumpolitik zu garantieren, ist es erforderlich zukünftig diese im Wissenschaftsministerium anzusiedeln. Hier können auch effektiver die Kompetenzen von Wissenschaftler*innen gebündelt werden.

Zu 10.: Ein Weltraumfahrstuhl ist eine wirtschaftlich und ökologisch höchst effektive Methode um Objekte in die Erdumlaufbahn zu bringen. Der Bau eines Weltraumfahrstuhls müsste in Äquatornähe erfolgen. Deshalb muss in potentiellen Standortländern über den Bau verhandelt werden. Dabei muss selbstverständlich darauf geachtet werden, dass die wirtschaftlichen Belastungen gerecht verteilt werden.

Zu 11.: Zur Zeit sind die rechtlichen Verhältnisse im All völlig ungeklärt. Zwar gibt eine UN Konvention, dass Eigentum an Werten im All rechtlich nicht möglich ist, es ist aber davon auszugehen, dass bereits in wenigen Jahren rein faktisch die Situation anders aussehen wird. Dies betrifft insbesondere den Bergbau auf dem Mond und auf Asteroiden. Dieser sollte nicht im rechtsfreien Raum geschehen.

Zu 12.: Ähnlich wie bei Punkt 11 müssen auch die Vereinten Nationen einen rechtlichen Rahmen schaffen. Dies gilt jedoch umso mehr für extraplanetare Kolonien, ob sie nun zweitweise oder dauerhaft sind.

Global denken – Global mitverhandeln

Beschlusnummer 2016.E2

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Wir Jusos stehen für eine internationalistische freie Welt, die wir vorantreiben, mitgestalten und vor
2 Allem auch ausleben wollen. Wir kämpfen dafür, dass die EU demokratischer wird, feuern bei Wahl-
3 kämpfen in anderen Ländern demokratische Sozialist*innen an und möchten mit unseren Zielen am
4 liebsten die Welt verändern – denn sie braucht es.

5 Doch gerade in den vergangenen Jahren erlebten wir in vielen Ländern eine Rückbesinnung auf die
6 Nationalstaaten. Staaten fangen das erste Mal in der Geschichte der Europäischen Union an, ernsthaft
7 über den Austritt nach zu denken. Noch viel schlimmer ist es zudem, dass von anderen Staaten über
8 den Rausschmiss eines anderen Landes diskutiert wurde.

9 Obwohl die SPD den populären Außenminister stellt und auch ihr der Internationalismus ein Grundsatz
10 ist, müssen wir feststellen, dass die Partei sich ebenfalls in jüngster Vergangenheit sehr kritisch und vor-
11 sichtig zu internationalen Themen verhalten hat. Zumindest haben wir als Jusos oft eine klare Position
12 zu den Themen internationale Solidarität und Durchsetzung einer von Nationalstaaten unabhängigen
13 Demokratie vermisst.

14 **Dies ist die erste Stelle an der wir ansetzen wollen. Wir fordern, dass sich die SPD klar positio-**
15 **niert, als die Partei, die sich für eine freie Welt einsetzt. Für ein solidarisches Europa, für die**
16 **Demokratisierung der Welt und für eine Überwindung der Nationalstaaten.**

17 Diese Position soll die Grundlage bieten, sich in Zukunft klarer und deutlicher, sowie progressiver zum
18 Weltgeschehen zu äußern. **Die SPD soll sich profilieren, als die einzig global denkende Organisati-**
19 **on in unserem Parteiensystem, die allen Menschen, die sich mehr als Weltbürger*innen, als als**
20 **„Deutsche“ identifizieren, eine Heimat bietet.**

21 Von dieser Grundlage leiten wir weitere Forderungen ab, wie zum Beispiel der Wunsch eines Euro-
22 pas, dass sich solidarisch mit Refugees zeigt und vor allem Displaced Persons eine neue europäische
23 Staatsbürger*innenschaft anbietet.

24 Auch möchten wir die Sichtweise von internationalen Handelsabkommen überdenken. Die Globalisie-
25 rung ist nicht mehr aufzuhalten und das wollen wir auch nicht. Aber wir wollen sie gestalten und wir
26 möchten mitverhandeln. Die Wirtschaft ist längst globalisiert und große Konzerne agieren in mehreren
27 Kontinenten. Dies lässt ihnen auch die Möglichkeit ihre Produkte, dort zu produzieren, wo es am güns-
28 tigsten ist, sie dort zu verkaufen, wo die Menschen am meisten Geld haben und sie dort zu versteuern,
29 wo die Steuern am niedrigsten sind. Die Arbeitnehmer*innen, die Verbraucher*innen und Steuerzah-
30 ler*innen sind hierbei die Verlierenden.

31 Daher fordern wir sich aktiv in die Verhandlungen von Abkommen einzubringen und die, der Sozialde-
32 mokratie immanenten, Forderungen auch auf internationaler Ebene einzubringen. Wie sinnvoll wären
33 Freihandelszonen, in denen ein gemeinschaftlicher Mindestlohn, gleicher Arbeitnehmer*innen- und
34 Verbraucher*innenschutz für alle herrscht?

35 Die Verhandlungen für das prominente Beispiel TTIP sind geheim, doch es lässt sich vermuten, dass die
36 europäische Seite die passivere ist, die sich die vorgelegten Papiere anschaut und dann entscheidet,
37 ob sie etwas möchte oder nicht. **Wir wollen aktive Gestaltung von Freihandelsabkommen, die,
38 demokratisch legitimiert, sich für gleiche Produktionsvoraussetzungen und somit auch gleiche
39 Rechte von Arbeitnehmer*innen einsetzt.**

40 Uns ist durchaus bewusst, dass diese Forderungen sich entgegen dem Zeitgeist bewegen. Dass Umfra-
41 gen in Deutschland deutlich machen, dass viele Menschen Angst vor der Globalisierung haben. Zudem
42 die SPD in einem historischen Stimmentief steckt und es sinnvoller erscheint, sich populistisch nach
43 Mehrheitsmeinungen zu positionieren.

44 **Aber wir wollen die Partei sein, die Menschen die Angst nimmt zurückzubleiben, weil wir selbst-
45 bewusst in Verhandlungen treten, weil wir ihnen die Chance geben, mitzugestalten und wir ih-
46 nen das Gefühl nehmen wollen, dass über sie hinweg entschieden wird.**

47 **Und schlussendlich wollen wir eine stringente Vision von einer internationalistischen Weltge-
48 meinschaft vorantreiben.**

Europa muss zusammenwachsen

Beschlusnummer 2016.E4

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Die europäische Union verfügt mit dem europäischen Rat, dem Minister*innenrat, dem europäischen
- 2 Parlament, der europäischen Kommission und weiteren Institutionen bereits über gesetzgebende Ge-
- 3 walt und eine Vielzahl von Entscheidungsbefugnissen. Dennoch gibt es vor Allem in den Bereichen der
- 4 Verteidigungs-, Sozial- und Steuerpolitik gravierende Unterschiede in den EU-Ländern, wodurch soziale
- 5 Ungerechtigkeiten und wirtschaftliche Ineffizienz entsteht. Deshalb fordern wir eine Verringerung der
- 6 Entscheidungskompetenzen der nationalen Parlamente zugunsten des EU-Parlaments, sowie die wei-
- 7 tere Vereinheitlichung von Steuer-, Sozial- und Verteidigungspolitik, sowie Angleichung von Standards.
- 8 Dieses muss gleichzeitig mit einer Demokratisierung der EU einhergehen.

Begründung

Die unterschiedlichen Besteuerungen behindern einen freien Handel und sorgen somit für ungerechtfertigte Vorteile für diverse Ländern. Darüber hinaus führen vor allem die nicht oder geringe Besteuerung von gesundheitsgefährdenden (z.B. Tabak) oder naturgefährdenden (z.B. Öl) Verkaufsgütern in vielen Ländern zu einer nicht akzeptablen Belastung aller EU-Bürger*innen. Transparenz und Zusammenwachsen kann nur dadurch entstehen, wenn in allen EU-Ländern gleiche Anforderungen gestellt werden und zudem auch die Freiheit besteht sich selbst auszusuchen in welchem EU-Land ich eine Prüfung ablege. Aufgrund des Herkunftslandes darf es nicht zur Ungleichbehandlung bei der Übernahme von gesundheitsfördernden Maßnahmen kommen.

Solidarität mit Israel – Gegen jeden Antisemitismus und Antizionismus!

Beschlusnummer 2016.E5

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

1 Antisemitismus beginnt nicht erst dann, wenn jüdische Friedhöfe geschändet oder Menschen körper-
2 lich angegriffen werden, sondern bereits bei verbalen Entgleisungen im Sportverein, am Stammtisch
3 oder unter Arbeitskollegen. Auch das Internet bildet diese gesellschaftlichen Verhältnisse in der virtu-
4 ellen Welt ab. Diesen Verhältnissen müssen wir argumentativ und praktisch entgegentreten und sie
5 gemeinsam bekämpfen.

6 **„Ich habe ja nichts gegen Jüd*innen, aber...“ – Kein Friede mit den Feinden Israels**

7 Wenn von Antisemitismus die Rede ist, denken viele an den Nationalsozialismus und den Versuch das
8 Judentum zu vernichten. Diese mörderische Vernichtungsideologie sei strikt zu trennen von alltäglicher
9 Jüd*innenfeindschaft, die oftmals als harmloses Ressentiment gegen Jüd*innen verharmlost wird. An-
10 tisemitismus ist aber primär ein Denksystem, eine Ideologie und darf nicht in erster Linie als Praxis
11 begriffen werden, denn hinter jeder antisemitischen Handlung steht die antisemitische Ideologie.

12 Und diese antisemitische Ideologie ist je nach historischem Erscheinen und den jeweiligen gesellschaft-
13 lichen und politischen Verhältnissen unterschiedlich.

14 Der Antisemitismus, wie er im Nationalsozialismus weit verbreitet war, ist heutzutage eher marginal
15 geworden. Grund dafür ist die von Werner Bergmann und Rainer Erb beschriebene Kommunikations-
16 latenz, die davon ausgeht, dass ein durch gesellschaftliche und politische Eliten erzeugter Druck nach
17 1945 in der Bundesrepublik dazu geführt hat, dass antisemitische Einstellungen öffentlich nicht geäu-
18 ßert wurden. Dennoch sind diese Einstellungen weiterhin latent vorhanden und es haben sich neue
19 Formen der Jüd*innenfeindschaft gefunden, die allerdings bestreiten jüd*innenfeindlich zu sein. Sol-
20 che Einstellungen beginnen oft mit Äußerungen wie „Ich habe ja nichts gegen Jüd*innen, aber...“.

21 Antisemitismus ist also kein Relikt einer vergangenen Zeit, sondern kommt heutzutage sehr modern
22 und zeitgemäß daher. Mit Hilfe des kommunikativen Umwegs, also der Beteuerung nicht antisemitisch
23 zu sein, wird die Kommunikationslatenz geschickt umgangen und die immer gleichen antisemitischen
24 Ressentiments finden sich in neuer Form als Antizionismus oder in einer revisionistischen Haltung zum
25 Holocaust. Im modernen deutschen Antisemitismus werden diese Spielarten des Antisemitismus mit-
26 einander vereint: Zum einen wird davon ausgegangen, dass die deutschen Verbrechen in gewisser
27 Hinsicht aufgearbeitet worden sind. Es wird kein Schlussstrich gefordert, sondern angenommen, dass
28 Deutschland bei der Aufarbeitung einen guten Job geleistet hätte und diese abgeschlossen sei. Zum
29 anderen wird aus diesem neu erlangten stolzen deutschen Selbstverständnis heraus die Verantwor-
30 tung für die Verhinderung ähnlich schlimmer Verbrechen wie der Holocaust generiert. Eine solche Re-
31 lativierung des Holocaust dient der Verharmlosung der deutschen Verbrechen und wenn dabei an-
32 gebliche Verbrechen Israels als Vergleich herhalten, werden aus den damaligen Opfern die heutigen
33 Täter*innen, die im Vergleich zu der „eigenen“ vermeintlich gelungenen Aufarbeitung nichts aus der

34 Vergangenheit gelernt hätten. So werden die Täter*innen zu Opfern und die Opfer zu Täter*innen und
35 man kann endlich wieder stolz auf Deutschland sein.

36 Die Frage, wann Äußerungen zum Nahost-Konflikt oder zu Israel antisemitisch sind oder nicht, wird in
37 regelmäßig wiederkehrenden Debatten häufig und oft verbissen diskutiert. Dabei taucht auch bei uns
38 Jusos immer wieder die Position auf, dass Kritik an Israel nicht per se antisemitisch sei. Israel müsse
39 man doch kritisieren dürfen, wird im selben Atemzug geäußert. Auffällig ist dabei, dass niemand in
40 diesen Debatten ernsthaft behauptet, Israelkritik sei immer antisemitisch. Für Samuel Salzborn sagt
41 dieser präventive Abwehrreflex „mehr über den Sprecher und seine unbewussten Affekte aus [...] als
42 über den Inhalt“. Salzborn bezieht sich bei dieser Analyse auf Freud, demzufolge eine solche Position
43 auf unbewusste Affekte verweist, die gegen eine nicht existente Realität rebelliert. Wenn der Vorwurf
44 artikuliert wird, bei einer Äußerung handele es sich um Antisemitismus, dann kann dieser Vorwurf durch
45 den Austausch von Argumenten leicht entkräftet werden. Wird aber auf das Mittel zurückgegriffen,
46 die eigenen Positionen vorbeugend gegen Antisemitismus absichern zu wollen, dann verweist dieses
47 Vorgehen auf ein wahnhaftes Weltbild, in dem hinter jeder Ecke die Antisemitismuskeule halluziniert
48 wird. In solchen Fällen handelt es sich dann in der Tat meist um antisemitische Positionen.

49 Prominente Beispiele für ein solches Vorgehen sind Günter Grass und Jakob Augstein. Grass stellte sich
50 in dem in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Gedicht „was gesagt werden muss“ als mutigen
51 Verkünder einer Wahrheit dar, die niemand sich traue zu sagen, weil der Vorwurf des Antisemitismus
52 allgegenwärtig sei. Günter Grass war ein Prototyp des hier beschriebenen wahnhaften Israelkritikers,
53 der sich den Mund nicht verbieten lassen wollte und Jakob Augstein schloss mit seiner Lobeshymne auf
54 das Gedicht nahtlos an Grass' Positionen an. Bei Augstein wird noch viel deutlicher, dass hinter seiner
55 „Israelkritik“ ein krudes verschwörungstheoretisches Weltbild steht, das den Staat Israel als Weltbrand-
56 stifter imaginiert und nach dem vermeintlich kritische Positionen von der jüdischen Allmacht unter-
57 drückt werden würden.

58 Um nun den Unterschied zwischen Kritik und Ressentiment erkennen zu können, hilft es sich die Ar-
59 beitsdefinition der Europäischen Union anzuschauen, die in der Antisemitismusforschung als Minimal-
60 konsens angesehen wird. Dort gilt eine Aussage in Bezug auf Israel als antisemitisch, wenn dem jüdi-
61 schen Volk das Recht auf Selbstbestimmung abgestritten wird, wenn doppelte Standards angewendet
62 werden, wenn Symbole und Bilder in Bezug auf Israel verwendet werden, die mit traditionellem Anti-
63 semitismus in Verbindung stehen, wenn die Politik der israelischen Regierung mit der Politik der Natio-
64 nalsozialist*innen verglichen wird und/oder wenn alle Jüd*innen kollektiv für Handlung der israelischen
65 Regierung verantwortlich gemacht werden. Nathan Sharansky hat diese Definition auf den 3D-Test kom-
66 primiert: Delegitimation, Dämonisierung, Doppelstandards. Sind diese Dinge anzutreffen, dann handelt
67 es sich nicht um Kritik, sondern um Antisemitismus.

68 **Opfer-Täter*innen-Umkehr – ein Merkava ist nicht genug!**

69 Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stimmen etwas mehr als ein Viertel der befragten Deut-
70 schen folgender Aussage zu: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip
71 nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“ Laut dieser Studie
72 nimmt die Zustimmung zu traditionellen Formen des Antisemitismus tendenziell ab. Jedoch erfreuen
73 sich moderne Formen – und hier vor allem jene, die sich auf Israel beziehen – großer Beliebtheit.

74 Solche historischen Umdeutungen beschränken sich nicht nur auf den jüdischen Staat. Es wird bei-
75 spielsweise auch behauptet, die Alliierten hätten einen „Bombenholocaust“ an den Deutschen began-

76 gen. Es handelt sich um Projektionsleistungen, um Hirngespinnste, die dem generellen Bedürfnis nach
77 einer Abwehr der eigenen, gesellschaftlichen Verantwortung entspringen. Beziehen sich die Projektio-
78 nen allerdings ausgerechnet auf Israel, so erreichen sie ein ganz besonderes Ausmaß an Niederträch-
79 tigkeit, da hier ausgerechnet den Opfern eines Verbrechens (bzw. deren Nachkommen) vorgeworfen
80 wird, sich zu verhalten wie die Täter*innen. Konsequenterweise wird eine solche Opfer-Täter*innen-
81 Umkehr in der sozialwissenschaftlichen Forschung und der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung
82 als antisemitisch gesehen.

83 Israel als ein Projekt von Faschist*innen und Jüd*innen als die neuen Nazis zu porträtieren hat aber
84 nicht nur auf ideologischer Ebene Effekte. Dieses Bild hat durchaus einen zumindest impliziten, nicht
85 selten aber auch expliziten Aufforderungscharakter. Gerade in linken, politischen Strömungen, die sich
86 Ideen des Antiimperialismus verpflichten, stellt der „Kampf gegen Faschismus“ einen großen gemeinsa-
87 men Nenner dar. Wird Israel nun zum faschistischen Staat deklariert, wäre es also die Pflicht eines*iner
88 jeden, diesen zu bekämpfen. Ressentiments und Aktivitäten, gegen den jüdischen Staat werden also
89 plötzlich zum Akt des praktizierten Antifaschismus.

90 **Warum Solidarität mit Israel?**

91 Aus den vorherigen Ausführungen ergibt sich für uns Jusos die Verpflichtung, Antisemitismus auf al-
92 len Ebenen zu bekämpfen. Wir fühlen sehen uns Israel gegenüber als solidarisch an. Israelsolidarität
93 ist in diesem Fall aber kein Selbstzweck, sondern resultiert aus der unmittelbaren Gefahr durch An-
94 tisemitismus. Sein Vorkommen ist bedingt durch eine falsche Kapitalismusanalyse, die zu einem res-
95 sentimentgeladenen Antikapitalismus führt. Ihm wesentlich ist die fetischistische Unterscheidung von
96 guten, konkreten und schlechten, abstrakten Phänomenen des kapitalistischen Produktions- und Ver-
97 wertungsprozess. Abstrakte Phänomenen, wie etwa Zinswirtschaft, werden auf die Juden projiziert und
98 naturalisiert, während konkrete Phänomenen (wie z.B. etwa Holz hacken, Brötchen backen oder über-
99 haupt „ehrliche“ Arbeit) als tugendhafte Tätigkeiten begriffen werden. Beide Prozesse werden jedoch
100 nicht als kapitalistische Einheit verstanden. Antisemitismus ist also keine Form des Rassismus, sondern
101 eine umfassende Welterklärungsformel.

102 In diesem Sinne war auch der Nationalsozialismus eine antikapitalistische Revolte unter falschen Vor-
103 zeichen. Der kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess sollte negativ aufgehoben werden:
104 Mit der Vernichtung der europäischen Jüd*innen sollte das Abstrakte, also das Negative, das Böse,
105 vernichtet werden und zugleich das Gute, Konkrete erhalten bleiben.

106 Auschwitz war auch der abscheuliche Beweis, dass sowohl die Assimilation europäischer Jüd*innen, als
107 auch sozialistische Revolutionsversprechungen Antisemitismus nicht aufhalten konnten.

108 Seit 1948 ist Israel die prekäre Schutzmaßnahme gegen alle von Antisemitismus Betroffenen. Denn
109 die grundlegenden Mechanismen, die in Deutschland unter den gegebenen historischen Umständen
110 zu Auschwitz führten, sind heute noch immer vorhanden: Die fortbestehende nationalstaatlich organi-
111 sierte Vergesellschaftung und der Zwang zur kapitalistischen Verwertung, deren Krisenhaftigkeit durch
112 einen antisemitischen Mechanismus auf Jüd*innen externalisiert werden kann.

113 Israel und der Zionismus sind hingegen die Antwort auf diesen antisemitischen Mechanismus. Israel ist
114 die zum Staat gewordene Emanzipationsgewalt der Jüd*innen, die seit den Erfahrungen von Auschwitz
115 nicht auf bürgerliche Gleichheitsversprechen und die sozialistische Weltrevolution im Hier und Jetzt
116 einer latent antisemitisch verfassten Welt warten können.

117 Israel und das Judentum sind hierbei nicht gleich zu setzen, obwohl sich Israel als explizit jüdische Nation
118 versteht, da Jüd*innen primär von Antisemitismus betroffen sind.

119 Während die zentrale Aufgabe eines jeden Staates darin besteht, den Zwangscharakter der kapitalisti-
120 schen Reproduktion aufrechtzuerhalten, ist es Israels primäre Aufgabe, die Vernichtung von Jüd*innen
121 zu verhindern. Israel ist also kein gewöhnlicher Staat wie jeder andere. Es muss die Aufgabe von jedem
122 Staat sein, dafür zu sorgen, dass weder das jüdische Volk noch irgendein anderes Volk vernichtet wird.
123 Israel ist nicht alleine dafür verantwortlich.

124 In einer staatlich verfassten kapitalistischen Welt muss sich jedoch auch der Zionismus Staat und Ka-
125 pitalakkumulation zu Eigen machen. Doch mit der Überwindung von Kapital und Staat geht auch eine
126 Überwindung eines fetischistischen Antikapitalismus einher. In einer Welt ohne Antisemitismus verliert
127 der Zionismus seine Notwendigkeit: Israels primäre Aufgabe – Jüd*innen vor Antisemitismus zu schüt-
128 zen und vor Vernichtung zu bewahren – würde in einer nicht-antisemitisch verfassten Welt obsolet sein
129 und der Staat sich so selbst überflüssig machen.

130 **Wherever we stand, we stand with Israel!**

131 Vorwürfe an die israelsolidarische Linke, philozionistisch oder gar philosemitisch zu sein, sind also ab-
132 surd. Es geht nicht darum, für ein positives Bild von Judentum oder Israel zu streiten, sondern um
133 Ideologiekritik an Antisemitismus und Antizionismus zu artikulieren. Auch der Vorwurf der Islamfeind-
134 lichkeit ist nicht haltbar, denn der Islam selbst spielt in dieser Theorie überhaupt gar keine Rolle. Nur
135 die Bedrohung durch den Islamismus ist aufgrund der geografischen Lage Israels relevant. Islamismus
136 muss also einer radikalen Kritik unterzogen werden.

137 Israelsolidarische Linke müssen sich nicht zur Politik Israels im Speziellen verhalten, denn ein Urteil über
138 diese Politik hat nichts mit dem Anspruch zu tun, Antisemitismus und Antizionismus zu bekämpfen. Eine
139 Debatte über den Nahost-Konflikt ist etwas anderes als eine Debatte über Antisemitismus, der sich auch
140 in Form von antisemitischer Israelkritik äußert.

141 Das Eintreten für Israel aus dem Wissen um den noch immer grassierenden Antisemitismus ist somit
142 die politische Aufgabe der Jusos, die wir innerhalb unserer Partei, der Gesellschaft und als Teil einer
143 linken Bewegung wahrnehmen wollen.

144 Um Antisemitismus zukünftig präventiv zu begegnen, setzen wir Jusos uns für eine stärkere Vermittlung
145 von Wissen über Israel, die deutsch-israelische Freundschaft sowie den Wert von Frieden in Bildungs-
146 arbeit und öffentlichen Debatten ein.

Antrag für die sofortige Unterbrechung der TTIP- und CETA-Verhandlungen in ihrer jetzigen Form

Beschlusnummer 2016.E6
Antragsteller*innen UB Region Hannover
Weiterleitung an SPD-Bezirksvorstand

1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern hiermit die sofortige Unterbrechung des Prozesses der Einführun-
2 gen der Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa (genannt TTIP) sowie Kanada und Europa
3 (genannt CETA) in Ihrer jetzigen Form.

4 Zur Wiederaufnahme der Verhandlungen müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

5 1. Die Kommission, welche die Verhandlungen führt, hat regelmäßige Sachstandsberichte dem Par-
6 lament vorzulegen. Diese Berichte müssen auch der Öffentlichkeit, zwecks Meinungsbildung, zu-
7 gänglich sein.

8 2. Wir fordern die Parlamentarier/innen der SPE-Fraktion auf, sich auf Grundlage der o.g. Sach-
9 standsberichte inhaltlich zu positionieren und dabei sozialdemokratische Mindestanforderungen
10 an diese Handelsabkommen zu definieren, ohne die keine Zustimmung erfolgen kann.

11 3. Wir fordern die SPE- Fraktion auf, dem Vertragsentwurf nur zuzustimmen, wenn der parlamenta-
12 rische Entscheidungsfindungsprozess dem umfangreichen und komplexen Vertragswerk zeitlich
13 und inhaltlich gerecht wird.

14 4. Vor der Fortführung von Verhandlungen aktueller und zukünftiger Freihandelsabkommen muss
15 ein Internationales Handelsgericht eingerichtet sein.

16 Bis die genannten Bedingungen erfüllt sind, lehnen wir CETA und alle weiteren Freihandelsabkommen
17 in Beschlussgremien der SPD ab.

Begründung

Die Idee des freien, friedlichen Handels begleitet die Menschen seit es Nationen und die dazugehörigen Handelsbeschränkungen gibt. Im Zuge der Globalisierung vergrößerten sich die Märkte der Menschen. Das urkapitalistische Prinzip von Angebot und Nachfrage regulierte nun multinationale Märkte, mit allen Vorteilen, aber auch allen Risiken. Zum Schutz der Binnenmärkte wurden mit der Zeit nun keine nationalen, sondern multinationale Zölle erhoben. Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (kurz TTIP), sowie das Comprehensive Economic and Trade Agreement (kurz CETA) war der erste und im Grundgedanken richtige Schritt um die westliche Hemisphäre durch Handel zu einen und den weltweit größten Binnenmarkt zu schaffen. Der freie, unbeschränkte Handel zwischen den vorgenannten Märkten könnte massive Vorteile für alle Seiten bergen.

Insgesamt ist also eine Ausweitung des freien Handels also nicht nur tragbar, sondern sogar begrüßenswert. Eine Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass alle Betroffenen am Vertragsfindungsprozess gleichberechtigt beteiligt werden.

Bei TTIP und CETA hingegen wird die Öffentlichkeit vehement aus diesem Prozess ausgeschlossen. Selbst den europäischen Parlamentarier*innen wurde zeitweise der Zugriff auf die Vertragsdokumente vollständig verwehrt. Erst seit kurzem ist die Sichtung für die Abgeordneten unter strengen Reglementierungen gestattet. Die Prüfung der Dokumente darf nur die* Abgeordnete allein, ohne die Anwesenheit von Berater*innen und Dolmetscher*innen, auf Englisch und nur für eine begrenzte Zeitspanne einsehen. Die Bezeichnung der reglementierten Einsichtnahme als „Schritt in die richtige Richtung“ des SPD-Parlamentariers Dirk Wiese klingt dadurch wie blanker Hohn.

Durch den Ausschluss der Öffentlichkeit haben sich TTIP und CETA für jede, dem demokratischen Grundgedanken folgende, Nation disqualifiziert und sollten von jede*r, die an die Sozialdemokratie und ihre Freiheiten und Sicherheiten glaubt, in der aktuellen Form schlicht und ergreifend entschieden abgelehnt werden.

Nur durch eine demokratische Entscheidungsfindung sollten derartige Verträge in demokratisch organisierten Staaten anerkannt werden. Allein dies sollte eine Möglichkeit sein einen derartigen Dialog zwischen Nationen überhaupt zu starten. Ansonsten wird aus der Utopie, dem Traum des freien Handels zusehends ein Alptraum für alle Beteiligten werden.

Liebe kennt keine Grenzen – auch nicht beim Visum

Beschlusnummer 2016.E7

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an Landeskongress, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

1 Wir, der Juso-Bezirk Hannover, fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf die gesetzlichen Rahmenbedin-
2 gungen für die Vergabe von Visa hinsichtlich der folgenden Punkte zu ändern.

3 **Anerkennung von Beziehungen ohne Trauschein/rechtliche Eintrag**

4 Es muss eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, auch Beziehungen ohne Trauschein oder
5 rechtliche Eintragungen als Grund für die Vergabe eines Visums anzuerkennen. In unserer heutigen
6 und vor allem globalisierten Welt treffen sich Menschen überall und etablieren Verbindungen, die den
7 Wunsch nach einem gemeinsamen Leben wecken. Dies betrifft zunehmend auch junge Menschen, ge-
8 fördert durch Austausch in Schule, Studium oder Ausbildung. Aber auch Berufsleben und Reisen, die
9 ins Ausland führen, zeigen auf, dass Liebe nicht erst nach der Nationalität fragt. Internationale Beziehun-
10 gen sind genauso vielfältig, wie die zwischen Menschen gleicher Nationalität. Daher scheint es irrsinnig,
11 hier auf antiquierte Modelle, wie Heirat oder rechtliche Eintragung, zur Anerkennung für die Visaverga-
12 be zu beharren. Egal, ob die PartnerInnen ein solches für sich ausschließen oder noch nicht bereit dazu
13 sind, man sollte ihnen nicht das Recht auf ein gemeinsames Leben erschweren oder verwehren.

14 **Abschaffung/Absenkung von Gebühren**

15 Eines der größten Hindernisse beim Beantragen eines Visums sind die anfallenden Gebühren. Neben
16 den eigentlich Visagebühren, fallen Gebühren für Termine, notarielle Beglaubigungen, Sperrkonto und
17 anderes an. All diese Kosten sind auf das nötigste zu senken, wenn möglich sogar abzuschaffen. Eine
18 Verschuldung der* Antragstellenden oder gar der Verzicht auf ein Visum sind in jeden Fall zu vermeiden.
19 Keine*r darf ein Visum verweigert werden, weil sie* sich die Antragstellung nicht leisten kann.

20 **Keine Auslagerung in private Unternehmen**

21 Die Vergabe von Visa darf unter keinen Umständen an private Unternehmen vergeben werden, wie zum
22 Beispiel in der Türkei. Die Einhaltung der Visavergaberegungen, aber auch des deutschen Arbeitsrechts
23 ist bei einer Auslagerung nicht hundertprozentig sicherzustellen.

24 **Verbesserung der Planbarkeit für Antragstellende**

25 Um die finanzielle Belastung für den Antragstellende*n nicht noch weiter zu erhöhen, zum Beispiel
26 durch kurzfristige Flugbuchungen wegen Verzögerungen im Vergabeprozess, sollen alle deutschen Aus-
27 landsvertretung zur einer Verbesserung der Planbarkeit während des Antragsprozesses verpflichtet

28 sein. Dies bedeutet zum Beispiel, dass eine Maximaldauer für den Vergabeprozess definiert wird. Auch
29 soll vermieden werden, der* Antragstellenden Termine zur Abholung der Pässe zu nennen, ohne diese
30 einhalten zu können. Sollte dies doch der Fall sein ist die* Antragstellende vorab zu informieren.

31 **Vereinfachung der Antragstellung/Vergabe**

32 Eine Kommunikation mit den deutschen Auslandsvertretungen muss auch in der Landessprache oder
33 auf Englisch möglich sein. Selbes muss für die einzureichenden Unterlagen gelten. Die Offenlegung von
34 persönlichen Daten der* Antragstellenden muss auf das Nötigste beschränkt werden. Eine Änderung
35 eines Visums vom Schengenvisum zum nationalen Visum muss auch aus Deutschland möglich sein, um
36 unnötige Reiskosten oder sogar den Verlust einer Arbeitsplatzzusage oder ähnlichem zu vermeiden.
37 Zudem muss die telefonische Erreichbarkeit der deutschen Auslandsvertretungen deutlich verbessert
38 werden. Es kann nicht sein, dass manche nur an zwei Stunden pro Tag für Anfragen bezüglich der
39 Visavergabe erreichbar sind.

40 **Geforderte Sprachniveau auf A2 senken**

41 Bei der Antragstellung für ein Arbeitsvisum ist das geforderte Sprachniveau auf A2 mit der Verpflich-
42 tung zu einem aufbauenden Sprachkurs in Deutschland abzusenken. Es ist nach Stand der Sprach-
43 lernforschung und der Erfahrung vieler im Ausland tätigen DaF-Lehrenden nur schwer möglich ohne
44 ein Sprachumfeld, d.h. regelmäßigen Umgang mit Sprechenden der zu erlernenden Sprache über das
45 Niveau A2 hinauszukommen. Daher sind Forderungen nach höheren Niveaus hinfällig, da die Antrag-
46 stellenden dann häufig nur über Zertifikate, aber nicht über wirkliche Sprachfähigkeiten verfügen.

47 **Personelle Aufstockung**

48 Alle deutschen Auslandsvertretungen sollen derart personell aufgestockt werden, dass die Bearbei-
49 tung der Visaanträge ohne Verzögerung möglich ist, sowie die Kommunikation der Landesprache. Eine
50 Benachteiligung von normalen Visaanträgen, wie derzeit in Türkei, wegen Überlastung durch zum Bei-
51 spiel Geflüchtete darf nicht entstehen.

Europäische Solidarität leben

Beschlusnummer 2016.INI1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Wir Jusos stehen ein für eine internationalistische Welt, ein geeintes Europa und die Europäische Union.
2 Gerade deswegen hat uns das Votum des britischen Volksentscheides am 23.6. besonders geschockt.
3 Fast 52 % der britischen Wähler*innen haben sich für den „Brexit“, also dem Austritt Großbritanniens
4 aus der EU, entschieden. Nun steht das Land, aber auch der Staatenbund vor einer der größten Her-
5 ausforderungen ihres Bestehens. Direkt nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses machten sich die
6 ersten Auswirkungen auf den Märkten bemerkbar. Diese werden wahrscheinlich nur den Anfang der
7 Konsequenzen sein, die dieser Schritt nach sich ziehen wird. Die ersten Analysen der Medien verweisen
8 darauf, dass der Rechtspopulismus, die Politikverdrossenheit und der wiederkehrende Nationalismus
9 Schuld an diesem Votum sind. Nicht zu vernachlässigen ist wahrscheinlich auch die Kampagne der EU-
10 Befürworter*innen, die nicht optimal verlaufen ist. So wurde beispielsweise darum gebeten, dass sich
11 EU-Akteur*innen aus dem Wahlkampf fernhalten sollten. Zudem wurden Drohszenarien aufgebaut,
12 was nach einem Austritt Schlimmes auf das Land zukäme. Nun ist es immer leicht im Nachhinein alles
13 besser zu wissen, doch wir möchten an dieser Stelle deutlich machen, dass wir es für fatal halten, Politik
14 durchzusetzen, indem wir Menschen Angst machen. Viele Menschen fühlen sich in der neuen medialen
15 und globalisierten Welt schon ohnmächtig. Unser Rezept hierfür ist es, diese Gefühle nicht auszunut-
16 zen, sondern ihnen unsere Sicht auf die Welt und wie wir sie verbessern können, zu erklären.

17 Deshalb lautet unsere Konsequenz auch: Wir bringen den Europäer*innen Europa näher – wir treten
18 für unsere Vision ein. Im Klartext soll das heißen, dass wir auch die Brit*innen weiterhin an der EU parti-
19 zipieren lassen wollen, wenn auch erstmal anders als gewohnt. Selbstverständlich müssen Handelsab-
20 kommen neu verhandelt werden und die englische Wirtschaft sich mit den neuen Gegebenheiten zu-
21 rechtfinden, denn die EU bietet wirtschaftliche Vorteile, die wieder zu schätzen gelernt werden müssen.
22 Dennoch: 48 % der Wähler*innen haben sich für eine EU-Mitgliedschaft ausgesprochen gerade junge
23 Menschen sprachen sich mit einer deutlichen Mehrheit für den Verbleib im Staatenverbund aus. Diese
24 Menschen wollen wir nicht sitzen lassen. Wir möchten europäische Solidarität leben! Das bedeutet für
25 uns, dass wir fordern, dass die SPD sich dafür einsetzt, dass auch bei einem Austritt Großbritanniens, al-
26 le Britt*innen eine Visumfreiheit innerhalb der EU behalten, dass die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit
27 erhalten bleibt und Erasmus auch für britische Studierende möglich gemacht wird, unabhängig davon,
28 ob sich Großbritannien für Gleiches ausspricht.

29 Wir wollen Europäer*innen nicht die Möglichkeit nehmen, sich als Europäer*innen zu fühlen. Und viel-
30 leicht kommen sie eines Tages zu uns zurück.

F – Feminismus

Gelebter Feminismus

Beschlusnummer 2016.F1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft. Unsere Gesellschaft ist von einem hierarchischen Ver-
2 hältnis zwischen den Geschlechtern geprägt. Dies äußert sich konkret in der strukturellen Unterord-
3 nung von Frauen* gegenüber Männern in vielen Lebensbereichen. Diese Unterordnung wird häufig als
4 „natürliche“ biologische und kulturelle Gesellschaftsordnung erklärt. Gleichzeitig wird Frauen* im Patri-
5 archat die Verantwortung für Reproduktionsarbeit zugeschrieben. Dieses führt zu einer ungerechten
6 Machtverteilung in der Gesellschaft, in welcher die zentralen Machtpositionen von Männern dominiert
7 werden.

8 Macht bedeutet die Möglichkeit der Einflussnahme auf bestimmte Prozesse. Je mehr Macht jemand
9 hat, desto stärker kann diese Person in Prozesse eingreifen und sie bestimmen. Durch Macht kann
10 aber auch das Verhalten von Menschen beeinflusst werden. Macht existiert somit auch jenseits von
11 Posten und Positionen. Gerade diese Macht, die unabhängig von Posten und Positionen besteht, ist
12 besonders schwer zu erkennen, zu definieren und gerecht zu verteilen.

13 Über die biologistischen und kulturalistischen Begründungen für die Ungleichbehandlung von Män-
14 nern und Frauen, gibt es allerdings auch weitere Mechanismen, die patriarchale Strukturen fördern.
15 Konkrete Beispiele dafür sind, auch sexuell konnotierte Bemerkungen und Sprüche über das Ausse-
16 hen von Frauen, eine Reduktion auf körperliche Merkmale und das Nicht-Ernstnehmen aufgrund des
17 Frau*-Seins.

18 Die SPD und die Jusos haben eine großartige feministische Tradition. Wesentliche frauen*politische
19 Fortschritte in Deutschland und Europa sind auf Initiative und Streben der Sozialdemokratie zu Stande
20 gekommen. Das Frauenwahlrecht (1918), Berufswahlfreiheit (1977) und Maßnahmen zur Vereinbarkeit
21 von Familie und Beruf sind nur manche von diesen Fortschritten. Im Jahr 2016 haben viele Frauen* es
22 zu wichtigen Positionen wie Ministerpräsident*innen, Bundesminister*innen und Staatssekretär*innen
23 gebracht. Trotzdem lässt sich auch die SPD nicht völlig loslösen von den diskriminierenden Strukturen
24 in unserer Gesellschaft.

25 In unseren eigenen Strukturen sind wir noch weit davon entfernt gleichberechtigt zu sein. Der struktu-
26 relle Sexismus zeigt sich am deutlichsten in den nach wie vor häufig männlich dominierten Vorständen
27 und insbesondere Vorsitzendenposten. Die gesellschaftlichen Strukturen, die in der gesamten Gesell-
28 schaft Sexisten schützen, finden sich auch in der Sozialdemokratie und bei den Jusos wieder. Männer
29 stützen und schützen sich regelmäßig bei ihrem Fortkommen in der Partei, vor allem gegenüber den
30 Ambitionen von Frauen*, aber auch bei Vorwürfen von Sexismus und Diskriminierung.

31 Diesen Strukturen ist es geschuldet, dass regelmäßig Täter sexistischen oder übergriffigen Verhaltens
32 in Positionen mit deutlich mehr Macht sind als ihre Opfer. Täter haben in der Regel mehr Macht als
33 Opfer von Sexismus und Diskriminierung.

34 Gleichzeitig hat auch die Sozialdemokratie in letzter Zeit bewiesen, gegen Menschenfeindlichkeit an-
35 gehen zu können. Im Rahmen der Landtagswahlen 2016 in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und
36 Sachsen-Anhalt gab es die Kampagne "Deine Stimme für Vernunft" gegen Rassismus und Fremden-
37 feindlichkeit.

38 Kampagnen wie diese begrüßen wir ausdrücklich, es gilt aber auch genauso energisch gegen andere
39 Formen der Menschenfeindlichkeit vorzugehen.

40 Es zeigt sich, dass besonders innerhalb der Partei immer noch eine deutlich größere Toleranz für Sexis-
41 mus besteht als das für Rassismus der Fall ist. Während der Kampf gegen Rassismus auch nach außen
42 hin offen beworben wird, bleibt das Problem Sexismus unbenannt. Überhaupt besteht in der Partei
43 wenig Kenntnis darüber, was Sexismus ist.

44 Innerhalb unserer Strukturen gibt es erhebliche Hürden in der Bekämpfung sexistischer Vorfälle. In der
45 Vergangenheit mussten wir immer wieder eine systematische Verdeckungsstrategie beobachten.

46 Konkret zeigt sich das wie folgt:

- 47 1. Die patriarchalen Machtstrukturen und insbesondere Machtgefälle zugunsten von Männern sor-
48 gen immer wieder dafür, dass sexistische Vorfälle und übergriffiges Verhalten nicht thematisiert
49 werden. Gleichzeitig sind es gerade diese Machtstrukturen, die Sexismus in Verband und Partei
50 ermöglichen, indem Menschen, die Macht haben, ihre Position ausnutzen. Indem Menschen ih-
51 ren politischen Einfluss nutzen, nicht, um den Verband oder die richtigen Inhalte voranzubringen,
52 sondern ihr eigenes sexistisches Verhalten zu ermöglichen oder hinterher zu verdecken. Gerade
53 exponenzierte Positionen, die in der Regel mit besonders viel politischem Einfluss einhergehen,
54 führen dazu, dass Täter sich besonders gut schützen können. Mit Einfluss wird Schweigen erkaufte.
- 55 2. Eine Reaktion auf oder Thematisierung sexistischer Vorfälle findet im Prinzip nicht statt.
- 56 3. In Fällen, in welchen eine Thematisierung von Sexismus und sexistischen Vorfällen stattfindet,
57 passiert dies allzu häufig nur, um der Debatte um den konkreten Vorfall ein Ende zu setzen.
- 58 4. Opfer sexistischer Vorfälle und Übergriffe werden deutlich später und zögerlicher wieder in die
59 Verbandsstrukturen integriert als die jeweiligen Täter. Zu oft erfahren überhaupt nur die Opfer,
60 die einen solchen Vorfall anprangern, einen Bruch in ihrem Umfeld.
- 61 5. Durch die fortwährende Konfrontation der Opfer mit ihren Tätern und damit auch den Vorfällen
62 werden diese retraumatisiert und haben oft keine Wahl als sich aus ihrem politischen Umfeld
63 zurückzuziehen um dem zu entgehen.
- 64 6. Gerade wo Sexismus innerhalb unseres Verbands aufgedeckt und angesprochen wird, dienen
65 leider viel zu häufig politische Intrige und Machtkalkül als Erklärung gegenüber den erhobenen
66 Vorwürfen. Anstatt einer kritischen Reflexion des angeprangerten Verhaltens und einer Aufar-
67 beitung des Vorfalls wird der Täter verteidigt vor dem vermeintlichen Angriff auf seine politische
68 Position. Die Thematisierung von Sexismus gerät damit in den Verruf einer politischen Waffe.
- 69 7. Schließlich wird Sexismus in der Partei als Juso-spezifisches Problem dargestellt. Wenn innerhalb
70 der Jusos Sexismus und übergriffiges Verhalten deutlich häufiger Thema sind als in der Partei, ist
71 das keineswegs ein Zeichen dafür, dass nur die Jusos ein Sexismus-Problem hätten. Es ist vielmehr
72 Ausdruck unseres feministischen Grundsatzes, dass wir uns kontinuierlich – wenn auch noch viel
73 zu selten – bemühen Sexismus aufzudecken. Während die Partei in der Aufarbeitung von Sexis-
74 mus noch deutlich größeren Nachholbedarf hat, wird dieser leider ausgeblendet und stattdessen
75 das Problem sexistischer Vorfälle allein bei den Jusos verortet.

76 Typischerweise wird Feminismus innerhalb unseres Verbandes und vielmehr noch innerhalb unsere
77 Partei als „Frauenthema“ verstanden, von dem Männer wenig verstehen würden und sich noch weniger
78 damit auseinander zu setzen brauchen. Damit gerät die Verwirklichung von Feminismus als themen-
79 übergreifendes Anliegen oft in den Hintergrund. Ein konkretes Beispiel ist die fehlende allgemeinpoliti-
80 sche Betrachtung feministischer Anliegen. Feministisch geprägte Anträge zu verschiedenen inhaltlichen
81 Bereichen, wie etwa Arbeits- oder Gesundheitspolitik, werden nur unter dem feministischen Hinter-
82 grund betrachtet und nicht unter den fachpolitischen Forderungen diskutiert.

83 Eine nach wie vor vorherrschende stereotype Erwartungshaltung an das jeweilige Geschlecht lässt sich
84 auch in der Wahrnehmung von Menschen bei ihrer politischen Arbeit feststellen. Als typisch männlich
85 konnotierte Verhaltensweisen werden bei Männern meistens respektiert und sogar honoriert. Zeigen
86 dagegen Frauen* ein solches Verhalten oder eignen sie sich die gleichen Verhaltensmuster an, um
87 gegenüber ihren männlichen Peers nicht zurückzustehen, wird ihr Gebaren schnell als dominant oder
88 zickig abgetan.

89 Wir sind trotz allem Bemühen um Emanzipation auch Produkte unserer Gesellschaft. Die gesellschaft-
90 liche Sozialisierung von Frauen* führt regelmäßig zu Unsicherheiten im Streben der Frauen* nach
91 Selbstverwirklichung. Um Gleichberechtigung zu verwirklichen, brauchen wir daher andere Maßnah-
92 men und Werkzeuge um Frauen* zu ermöglichen, ihr Potential auszuschöpfen. Viel zu selten erhalten
93 Frauen* Unterstützung, Bestärkung und Zuspruch, wenn sie Verantwortung in unserer Partei und unse-
94 rem Verband übernehmen. Wo Männer sich vor allem untereinander stützen, fehlt den Frauen* dieser
95 Rückhalt oftmals.

96 Anstelle von Unterstützung wird auf Frauen* gerade in der Partei eher Druck ausgeübt: Angesichts der
97 geringeren Zahl aktiver Frauen* und verpflichtender Quoten wird von Frauen* erwartet, ihnen ange-
98 tragene Ämter unabhängig von persönlichem Interesse und individueller Leistungsfähigkeit zu über-
99 nehmen. Die Quote wird zur biologischen Verpflichtung. Diese Nötigung der Frauen*, Posten zu über-
100 nehmen, mag von Männern als Unterstützung fehlinterpretiert werden. Tatsächlich werden Frauen*
101 gerade dadurch zu Quotenfrauen* reduziert und wird ihnen die Fähigkeit zu selbstbestimmten Ent-
102 scheidungen über Art und Umfang ihres Engagements abgesprochen. Tatsächlich sind es gerade die
103 weniger einflussreichen Ämter, auf die Frauen* der Quote halber gedrängt werden. Weder der Spit-
104 zenplatz einer Liste noch der Vorsitzendenposten werden quotiert! Als Ergebnis werden Frauen* zu
105 häufig mit Ämtern überladen, deren Verpflichtungen und Arbeitsaufwand sie sich nicht mehr ausrei-
106 chend gewachsen fühlen oder die sie zumindest effektiv davon abhalten, sich aktiv um höhere Posten
107 zu bemühen.

108 Diese Zustände finden wir unerträglich!

109 Als feministischer Richtungsverband kann diese Situation für uns nicht akzeptabel sein. In der gesamten
110 Geschichte der Sozialdemokratie und der gesamten sozialistischen Bewegung war die Bekämpfung
111 patriarchaler Machtstrukturen immer ein zentrales Anliegen. Es darf uns daher nicht egal sein, wenn
112 diese Machtstrukturen innerhalb unserer Partei und unseres Verbandes reproduziert werden.

113 **Unsere Forderungen:**

114 Die derzeitige Situation ist für uns nicht mehr hinnehmbar. Als feministischer Richtungsverband werden
115 wir konkret bei der Bekämpfung von Sexismus.

116 **Konsequentes Verhalten**

117 **1. Sexistische Vorfälle thematisieren. Frühzeitig. Offen. Konsequenz.**

118 Ein zentraler Bestandteil stellt für uns die Benennung von sexistischen Vorfällen dar. Wir sehen es in
119 unserer politischen Verantwortung, uns mit sexistischen Vorfällen auseinanderzusetzen. Wir lehnen es
120 ab, irgendwelche Vorfälle unter den Teppich zu kehren. Für uns ist klar: sexistisches Verhalten bleibt
121 immer ungesühnt wenn es nicht ans Licht gebracht wird.

122 **2. Bewusstsein schaffen.**

123 Wir wollen ein Bewusstsein, was sexistische Grenzüberschreitungen sind, was sie darstellen und was
124 sie bedeuten, schaffen. Nur Funktionsträger*innen, die Sexismus und sexistische Verhaltensweisen
125 erkennen, können auch dagegen vorgehen. Alle Gremien sollten einen Teil ihrer politischen Arbeit dazu
126 aufwenden, dieses Bewusstsein zu schaffen.

127 **3. Alle müssen feministisch sein.**

128 Feminismus muss ein Thema für alle im Verband sein. Dies gilt umso mehr für die Menschen, die Ver-
129 antwortung in unserem Verband tragen. Feminismus darf dabei kein Thema sein, dass nur Frauen*
130 betrifft. Die Überwindung des Patriarchats kann nur durch gemeinsame Anstrengung erreicht werden.
131 Von echter Gleichberechtigung profitiert die gesamte Gesellschaft, sie führt zu besserem sozialem Aus-
132 gleich, ökonomischem Erfolg und mehr individueller Freiheit. Deshalb brauchen wir auch und gerade
133 von Männern nicht nur Lippenbekenntnisse zu feministischen Forderungen, sondern echte Feministen.
134 Feminismus betrifft alle.

135 **4. Null-Toleranz.**

136 Als Feminist*innen machen wir uns für eine Null-Toleranz-Grenze in der SPD und bei den Jusos stark
137 was sexistische Vorfälle angeht.

138 **5. Courage zeigen.**

139 Es reicht nicht aus, nur ein Bewusstsein zu schaffen. Alle Funktionsträger*innen müssen auch selber
140 aktiv werden in der Bekämpfung von Sexismus und sexistischen Vorfällen. Jede Form von Sexismus
141 fordert couragiertes Eingreifen, insbesondere von Menschen in Funktion.

142 **Verhalten bei Vorfällen sexualisierter Gewalt**

143 Sexualisierte Gewalt ist ein Problem in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es immer wieder erhebli-
144 che Probleme im Umgang mit konkreten Fällen. Als politischer Verband müssen wir aber die Grundla-
145 gen politischen Handelns schaffen im Umgang mit solchen Vorfällen.

146 **1. Opferdefinitionsrecht anerkennen.**

147 Den Betroffenen von sexualisierte Gewalt muss grundsätzlich das Recht zukommen zu definieren, was
148 sexualisierte Gewalt ist. Anstatt hier auf objektive Kriterien zu beharren um Vorfälle klein zu reden oder
149 gar Betroffene unter Generalverdacht falscher Anschuldigungen und Übertreibungen zu stellen, muss
150 gerade das subjektive Erleben der Betroffenen für uns ausschlaggebend sein.

151 **2. Freiräume schaffen und schützen.**

152 Um Opfer von sexualisierter Gewalt auch weiterhin Beteiligungsmöglichkeiten zu geben, müssen für
153 diese Freiräume geschaffen und geschützt werden. Opfer dürfen nicht gezwungen sein, sich aus ihrer
154 politischen Arbeit zurückzuziehen, um ein Aufeinandertreffen mit dem Täter zu umgehen.

155 **3. Beratung wahrnehmen.**

156 Um das Defizit der Partei im Umgang mit Sexismusvorfällen zu beheben, sollte die Partei auch externe
157 professionelle Beratung dazu in Anspruch nehmen. Die Partei braucht ein Konzept für den Umgang mit
158 Sexismus und muss vor allem ihre Funktionär*innen dazu schulen.

159 **4. Täter aus Funktionen entfernen.**

160 Wenn erforderlich müssen wir partei- und verbandsinterne Machtstrukturen auch dazu nutzen, Täter
161 aus ihren Funktionen zu entfernen um dem bestehenden Machtgefällt entgegen zu wirken.

162 **Strukturen verändern**

163 Gleichzeitig muss auch jenseits von einzelnen Situationen Sorge getragen werden, dass unsere Struk-
164 turen sich dahingehend verändern, dass Frauen* bemächtigt werden, mehr Verantwortung für sich
165 selber übernehmen zu können.

166 **1. Frauen* kämpfen für Frauen*.**

167 Frauen* sind zunächst einmal selber in der Verantwortung, andere Frauen in Verantwortung zu stützen
168 und schützen, um ihnen Rückhalt in ihrer Position zu geben. Frauen*solidarität ist für uns zentraler Be-
169 standteil von Frauen*vernetzung und Feminismus. Wir wollen Strukturen Aufbrechen in denen Frauen
170 auf Grund ihrer Sozialisation in Konkurrenz zueinander stehen und ein solidarisches Streben nach der
171 Überwindung des Patriarchat fördern.

172 **2. Empowerment von Frauen*. Bis in Spitzen.**

173 Wir müssen Frauen* in unserem Verband und unserer Partei gezielt stärken. Damit wollen wir ihnen
174 nicht nur die Fähigkeiten zu höheren Positionen und verantwortungsvolleren Aufgaben an die Hand
175 geben, sondern sie vor allem dazu ermutigen, diese Aufgaben auch anzustreben und damit ihr Po-
176 tential auszuschöpfen. Empowerment muss daher Aufgabe der Vorstände und insbesondere der Vor-
177 sitzenden sein. Es sollte unabdingbares Qualitätsmerkmal für eineN Vorsitzenden sein, aktiv Frauen*-
178 Empowerment zu betreiben und damit Frauen* zu fördern und zu bestärken.

179 **3. Leistungsdruck verringern. Grenzen des Ehrenamtes anerkennen.**

180 Durch verschiedene strukturelle Elemente der Jusos und der SPD sind Frauen* überdurchschnittlich
181 häufig von Mehrfachmandaten belastet. Dass Frauen* in Verband und Partei zahlenmäßig unterre-
182 präsentiert sind darf nicht dazu führen, diese zwecks Erfüllung von Quoten mit Ämter zu überlasten.
183 Ehrenamtliches Engagement hat seine Grenzen, und diese zu erkennen ist unsere gemeinsame Ver-
184 antwortung.

185 **4. Frauen*quote und quotierte Redelisten.**

186 Das Bekenntnis zur Frauen*quote für sämtliche Vorstände, Delegationen, Listen und andere Posten
187 muss außer Frage stehen. Daneben sind quotierte Redelisten unabdingbares Instrument, um rein
188 männliche Redesituationen zu verhindern und männlich dominantes Redeverhalten zu einzudäm-
189 men.

190 **5. Awareness-Teams und -konzept.**

191 Um Sexismus effektiv entgegenzuwirken, um sexistisches Verhalten aufzuzeigen und zu bekämpfen,
192 brauchen wir ein Awareness-Konzept. Es muss für sämtliche Veranstaltungsformen Awarenesssteams
193 geben, die nicht nur besonders aufmerksam für Sexismen jeder Art sind, sondern auch als Ansprech-
194 partner*innen dienen und bei Vorfällen reagieren.

195 **6. Lila Faden bei Veranstaltungen, Quotierung bei Referent*innen und Grußwörtern.**

196 Feminismus betrifft alle Bereiche unseres Lebens, das muss sich auch in unserer konkreten politischen
197 Arbeit widerspiegeln. Das Thema muss sich deshalb als lila Faden durch die Veranstaltungen ziehen.
198 Gleichzeitig gehört dazu auch eine Quotierung sämtlicher Referent*innen und Grußwortredner*innen
199 auf unseren Veranstaltungen.

200 **7. Sexismus kampagnenmäßig bekämpfen.**

201 Schließlich sollte die Partei, um mehr Aufmerksamkeit auf die genannten Probleme zu lenken, eine
202 Anti-Sexismus-Kampagne in Angriff nehmen. Wo eine Anti-Rassismus-Kampagne möglich war, muss
203 auch eine Anti-Sexismus-Kampagne folgen.

Umfassende Gleichstellung nicht-heteronormativer Lebensweisen

Beschlusnummer 2016.F4

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

- 1 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, endlich ernsthafte Schritte zur umfassenden Gleichstellung
- 2 nicht-heteronormativer Lebensweisen in allen Lebensbereichen zu unternehmen. Die derzeitige diskri-
- 3 minierende Rechtslage darf nicht weiter von der schwarz-roten Regierungskoalition aufrechterhalten
- 4 werden.
- 5 Dass beispielsweise lediglich die Sukzessivadoption, nicht aber die Volladoption für gleichgeschlechtli-
- 6 che Partnerschaften gesetzlich geregelt wurde, ist ein nicht hinzunehmender Verstoß gegen den Gleich-
- 7 heitsgrundsatz.
- 8 Im Falle eines entsprechenden Antrags aus der Opposition ist den einzelnen Abgeordneten nicht zuzu-
- 9 muten, bei einer Abstimmung aus Koalitionsrason für die Beibehaltung der derzeitigen diskriminieren-
- 10 den Rechtslage zu stimmen – daher muss die Fraktionsdisziplin in diesem Fall aufgehoben werden.

„Wer hat Angst im Dunklen?“ – Angsträumen entgegentreten

Beschlusnummer 2016.F5
Antragsteller*innen UB Region Hannover
Weiterleitung an Landeskonzferenz

1 In den letzten Wochen war viel zu lesen über sogenannte Angsträume im öffentlichen Raum. Nach
2 den Vorfällen der Silvesternacht konnte man, neben rassistischer Hetze und Diskussionen über das
3 Versagen der Polizei, viel lesen über die Ängste von Frauen* – leider viel zu oft nur um populistische
4 Forderungen zu stützen. Aber Etwas bleibt und war auch lange vor Köln schon so: Insbesondere für
5 Frauen* gibt es in unserem öffentlichen Raum Angsträume. Jede dritte Frau wird in ihrem Leben Opfer
6 von Gewalt. Die meisten von ihnen jedoch nicht im öffentlichen Raum von Fremden, sondern durch
7 ihnen nahestehenden Personen in der Familie, in Beziehungen oder anderen sozialen Kontakten. Wir
8 stellen damit aber zu keinem Zeitpunkt in Frage, dass Frauen* auch im öffentlichen Raum Opfer von
9 sexueller und sexualisierter Gewalt werden. Dabei muss es auch nicht immer zu körperlicher Gewalt
10 kommen, oft werden Frauen* in der Öffentlichkeit, nachts im Club, auf dem Schützenfest, beim Konzert,
11 im Schwimmbad, in Menschenmengen, bedrängt, belästigt oder sexistisch angegangen.

12 Mit Angsträumen sind zunächst Orte gemeint, an denen Menschen mehr Angst vor Gewaltübergriffen
13 haben und sich bedrohter fühlen, als an anderen, ohne dass es dafür zwangsweise begründete Vor-
14 aussetzungen gibt. Meist handelt es sich um nicht sonderlich belebte, stille und häufig dunkle Orte,
15 besonders wenn es dunkel ist, etwa Tiefgaragen, U-Bahnhaltestellen, schlecht einsehbare Ecken, kleine
16 schlecht beleuchtete Straßen oder Parks.

17 **Gesellschaftliche Rollenbilder**

18 Frauen* werden in unserer Gesellschaft als besonders schwach dargestellt. Darüber hinaus neigt die
19 Gesellschaft dazu, Frauen* mit besonderen Verhaltensregeln zu belehren – wie auch die Schwachsinn-
20 Armlänge von Köln gezeigt hat. Hier wird Frauen*, die Opfer geworden sind, eine Mitschuld unterstellt.
21 Dazu gehören auch Fragen wie: Sollten Frauen* nachts alleine nach Hause gehen, sollten sie Pfeffer-
22 spray dabei haben, sollten sie sich nicht zu aufreizend kleiden, um keine Vorfälle zu provozieren?

23 Als feministischer Richtungsverband setzen wir uns kritisch mit solchen Rollenbildern und ihren Folgen
24 auseinander und fordern auch weiterhin solche und viele weitere Stereotype, wie z.B. Mädchen spie-
25 len mit Puppen und Jungs mit Autos zu durchbrechen. Dieser Kampf gegen die Stereotypen geht mit
26 unserem ständigen Streben nach der Überwindung des Patriarchats Hand in Hand.

27 **Subjektive Wahrnehmung**

28 Angst ist etwas subjektiv Empfundenes. Sie ist nicht immer rational erklärbar und viel zu oft können
29 wir uns ihr nicht entziehen. Auch und gerade wenn wir feststellen, dass Menschen, vor allem Frauen*,
30 sei es aufgrund realer Gefahr oder anerzogener, Angst im öffentlichen Raum haben, müssen wir das
31 Möglichste tun dieser entgegenzutreten. In einigen Bereichen wird dabei in Planungen bereits Rücksicht

32 genommen, sei es etwa durch Frauenparkplätze in Parkhäusern und Tiefgaragen (Nein, wir meinen nicht
33 nur Mutter-Kind-Parkplätze.) oder bei der Beleuchtung von öffentlichen Plätzen und Straßen.

34 Wir fordern die Kommunen dazu auf, bei der Stadtentwicklung die Vermeidung von Angsträumen mitzu-
35 denken. Sei es bei der Vermeidung von engen Gassen oder verwinkelten Plätzen, sowie der Einrichtung
36 von Über- statt Unterführungen um nur einige Beispiele zu nennen, in vielen Bereichen kann bei der
37 baulichen Gestaltung mit geeigneten Maßnahmen Angsträumen entgegengewirkt werden. Diese soll-
38 ten bei der Bauplanung für Sanierungen und Neubau berücksichtigt und schriftlich in einem Bericht
39 festgehalten werden. Eine ausgeweitete Überwachung von öffentlichen Räumen halten wir ausdrück-
40 lich nicht für ein geeignetes Mittel für die Vermeidung von Angsträumen.

41 **Das Heimwegtelefon**

42 Projekte wie das „Heimwegtelefon“, eine ehrenamtliche Initiative, die von Berlin aus bundesweit anbie-
43 tet, dass Menschen nachts anrufen können, um auf dem Heimweg nicht allein zu sein. Anrufer*innen
44 können ihren Standort und ihre Route mitteilen und so können die ehrenamtlichen TelefonistInnen
45 im Notfall Hilfe alarmieren und schicken. Das Angebot soll sein: Ruf an und fühl dich ein bisschen we-
46 niger alleine. Durch das Gespräch sollen AnruferInnen abgelenkt und beruhigt werden. In brenzligen
47 Situationen sollen den Anrufenden außerdem Hilfestellungen gegeben werden, sich selbst zu helfen.

48 **Wir fordern: Initiativen wie das Heimwegtelefon sollten unterstützt werden. Außerdem fordern**
49 **wir die Mandatsträger*innen der SPD dazu auf, sich mit diesem Projekt, mit Angsträumen, mit**
50 **klischeehaften Rollenbildern und ihren Folgen zu beschäftigen und das Problem aktiv anzuge-**
51 **hen.**

Abschaffung der Menstruationssteuer – Stop taxing my period

Beschlusnummer 2016.F6

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Der Juso Bezirk Hannover fordert eine Abschaffung der Besteuerung von Tampons und Binden. Per-
- 2 spektivisch muss darüber nachgedacht werden, den Zugang zu Hygieneartikel, sowie Kondomen und
- 3 Lecktüchern zu erleichtern und kostenlos zu gestalten.

Begründung

Eine Frau hat im Schnitt für 38 Jahre einmal im Monat ihre Menstruation, das sind 456 Perioden, etwa 2280 Tage und 6,25 blutende Jahre im Leben. Manchmal ist sie willkommen, manchmal nicht so sehr – nur ein ist sicher: man kann es sich nicht aussuchen. Und doch werden Tampons und Binden im deutschen Steuerrecht als Luxusartikel angesehen und mit derzeit 19 Prozent belegt, während man für einen Strauß frischer Blumen, eine Nacht im Hotel oder einen Cheeseburger nur sieben Prozent bezahlen.

Seit dem EU-Gipfel im März 2016 können „Sanitärartikel“ von der Mehrwertsteuer befreit werden. Wir fordern daher, dass diese Möglichkeit umgesetzt wird und oben genannte Hygieneartikel von der Steuer befreit werden. Eine Steuer, die nur von Frauen für notwendige Artikel entrichtet wird ist diskriminierend und sexistisch. Als Lecktuch wird eine Folie bezeichnet, die beim Sex auf die Vulva oder den Anus des Sexualpartners gelegt wird, um sich beim Oralverkehr vor Krankheiten zu schützen.

Solidarität mit Orlando, jetzt müssen Taten folgen

Beschlusnummer 2016.IN13

Antragsteller*innen UB Hildesheim

Weiterleitung an

- 1 Der Juso Bezirk Hannover setzt sich auch weiterhin mit Nachdruck für die Rechte von Menschen,
2 die nicht heteronorminativ leben, ein. Die aktuelle Bundesregierung mit Beteiligung der SPD, hat bis-
3 her kaum etwas zur Gleichstellung von Menschen mit LGBTIQ* Hintergrund getan. Damit muss end-
4 lich Schluss sein. Die SPD büßt massiv an Glaubwürdigkeit ein, wenn die Bekenntnisse von SPD-
5 Politiker*innen auf Dauer nur Lippenbekenntnisse bleiben. Der Juso Bezirk Hannover muss der SPD
6 hier auf die Füße treten und die SPD an längst überfällige Forderungen wie die Öffnung der Ehe, Aufhe-
7 bung des Blutspendeverbotes für schwule und bisexuelle Männer, die Aufnahme der sexuellen Orien-
8 tierung innerhalb des Gleichheitsgrundsatzes unserer Verfassung sowie die Rehabilitierung der Opfer
9 des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches erinnern.
- 10 Der Juso Bezirk Hannover zeigt sich solidarisch mit den Angehörigen und Freund*innen der 49 Men-
11 schen, die am 12. Juni in Orlando aus ihrem Leben gerissen wurden. Unsere Antwort als Jusos auf Hass
12 und Gewalt wird immer mehr Offenheit, mehr Toleranz und mehr Humanität sein.

Wie wir gendern – Unser gemeinsamer Kampf für eine menschliche Gesellschaft

Beschlusnummer 2016.INI6

Antragsteller*innen UB Göttingen, UB Region Hannover

Weiterleitung an Landeskonferenz, Bundeskongress

1 Die Jusos als feministischer Richtungsverband lehnen jede Form der strukturellen und gesellschaftlichen Diskriminierung, sexistisches, diskriminierendes Verhalten, gegen Frauen und LGBTIQ* sowie häusliche, sexuelle und sexualisierte Gewalt ab und werden dieser aktiv entgegengetreten.

4 Bewährte Instrumente dafür in unserem Verband sind beispielsweise die Frauenquote, Frauenforen, Geschlechterplena, Awarenesssteams, Feminismusseminare sowie weitere Formen gezielter Frauenförderung. Wir wollen eine gezielte gesellschaftliche und politische Förderung von Frauen in allen Bereichen unserer Gesellschaft und begreifen uns in diesem Bestreben als Vorkämpfer*innen.

8 Wir stellen aber auch fest, dass es eine Benachteiligung in unserer männlich dominierten Gesellschaft gegenüber nicht „typisch männlichen“ Individuen gibt. Dies trifft zum einen Cis-Frauen z. Zum anderen sind aber auch alle weiteren Geschlechter, sowie Menschen die nicht heterosexuell sind – oft insgesamt als LGBTIQ* bezeichnet - von gesellschaftlicher Diskriminierung betroffen. Unser Anspruch ist es, sowohl persönliche Diskriminierungen von Individuen als auch strukturelle Diskriminierungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen aufzudecken und zu bekämpfen.

14 Hierbei wollen wir auch festhalten, dass Gender von Menschen gemacht und konstruiert ist - soziales Geschlecht ist nicht Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis sozialer Prozesse. Dies bedeutet, dass die von der Gesellschaft reproduzierte Zweigeschlechtlichkeit wieder dekonstruiert werden kann, so dass die Vielfalt und Freiheit des Individuums gewährleistet wird. Demnach gibt es für eine Einteilung in genau zwei Geschlechter keinen haltbaren Grund.

19 Auch in unserem Verband wollen wir diesem Anspruch gerecht werden. Gerade für LGBTIQ* beginnen erste Probleme mit einer oft grundlosen geforderten Einsortierung als Mann oder Frau. Dem wollen wir entgegenwirken, indem das Geschlecht nur bei tatsächlicher Notwendigkeit dieser Information abgefragt wird. Falls es organisatorisch nötig sein sollte, wollen wir eine dritte Kategorie einführen, welche dann von Geschlechtern jenseits von männlich und weiblich ausgewählt werden kann. Auch über unsere Veranstaltungen hinaus setzen wir uns innerhalb unseres Verbandes für eine weitere Sensibilisierung und ein umfassendes Mitdenken des Themas Geschlecht bei unseren Beschlüssen und Aktionen ein. Nur so können wir auch innerhalb unseres Verbandes und gesellschaftlich ein geschlechtergerechteres Miteinander für alle erreichen.

28 **Die besondere Rolle der Frau bei der Überwindung patriarchaler Strukturen**

29 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. In dem vollen Bewusstsein, dass die Dekonstruktion der Geschlechter ein langwieriger Prozess ist, sehen wir die Überwindung des Patriarchats als ersten Schritt in Richtung dieses Zieles. Das bedeutet, dass wir uns verstärkt für die gesellschaftliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern einsetzen. Es bedeutet aber auch, dass alle Menschen nach

33 unserer Vorstellung frei und selbstbestimmt leben sollen und wir die Reproduktion der Rollenbilder
34 und Stereotypen aktiv bekämpfen möchten.

35 Mit Erschrecken beobachten wir in den letzten Jahren einen gesellschaftlichen Rollback. Oftmals wird
36 Frauen- und Gleichstellungspolitik auf Familienpolitik reduziert und somit werden automatisch wichtige
37 Kernthemen in diesem Bereich negiert, die eigentlich unabdingbar wären. Insbesondere geht es
38 dabei nicht mehr um die Überwindung des Patriarchats sowie die Diskriminierung von Frauen in allen
39 Lebensbereichen. Aus diesem Grund fällt den Jusos eine Schlüsselrolle zu und wir müssen uns mehr
40 denn je darum bemühen, diese Themen zurück auf die politische Agenda zu führen.

41 Um jedoch das Potenzial dafür zu entfalten, müssen wir Gleichstellung als zentrales Querschnittsthema
42 in sämtlichen Politikfeldern behandeln. Die Erfahrungen der letzten Jahre hat gezeigt, dass es immer
43 mehr Jusos gibt, die den Feminismus als ein lästiges Ritual verstehen und abgeneigt sind, sich ein weitere
44 Mal mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Deshalb ist es notwendig, dass wir das Thema Feminismus
45 in alle Bereiche unserer Juso-Arbeit integrieren, aufgrund seiner Eigenschaft als Querschnitts-
46 thema und Bedeutung für den Verband.

47 Um eins vorweg zu schicken: Wir Jusos stellen uns klar gegen jede Form von Diskriminierung - unab-
48 hängig davon, ob mensch aufgrund von Religion, Hautfarbe, Herkunft, Nationalität oder der sexuellen
49 Orientierung diskriminiert wird. Neben den bekannten Herrschafts- und Machtverhältnissen, die aus
50 dem kapitalistischen System hervorgehen, gilt es für uns als feministischen Verband aber stets auch,
51 auf andere Strukturen hinzuweisen, die neben üblichen Machtstrukturen bestehen: den patriarchalen
52 Strukturen, die Frauen diskriminieren, da ihr zugeordnetes Geschlecht vom als Norm betrachteten, kon-
53 struierten männlichen Geschlecht abweicht. Dieses Politikfeld darf nicht als untergeordnetes Problem
54 verharmlost werden.

55 Die SPD war und ist immer noch Teil der emanzipatorischen Frauenbewegung. In der Vergangenheit
56 hat die Partei wichtige Impulse gesetzt und für mehr Gleichstellung in der Gesellschaft gesorgt. Des-
57 wegen ist es uns ein gewichtiges Anliegen, Frauen in unserem Verband zu fördern und zu ermuntern,
58 gemeinsam mit uns für ein besseres Leben zu streiten. Dabei müssen wir gezielt vorgehen und zur
59 Vernetzung von Frauen beitragen. Insbesondere jedoch müssen wir versuchen mehr junge Frauen für
60 die SPD zu begeistern.

61 **Gleichstellungs- und Queerpolitik nicht als Widerspruch begreifen**

62 Insbesondere die Piratenpartei hat sich in der Vergangenheit damit hervorgetan, dass sie "postgender"
63 sei, was für sie bedeutet, dass Geschlecht innerhalb ihrer Strukturen keine Rolle mehr spiele. Die Idee,
64 dass man die Dekonstruktion der Geschlechter mit einem Beschluss durchführen kann, lehnen wir
65 kategorisch ab.

66 Geschlechterdiskriminierung ist ein verbreitetes Phänomen, allerdings erfolgt diese Diskriminierung in
67 der Regel nicht aufgrund der Zuschreibung eines Geschlechts ("weiblich"), sondern aufgrund der wahr-
68 genommenen Abweichung von einem Geschlecht ("nicht männlich"). Die Opfer dieser Diskriminierung
69 definieren sich in weiten Teilen - allerdings nicht ausschließlich - als weiblich. Das Geschlecht, wenn
70 auch eine konstruierte Kategorie, wird in der Gesellschaft im Rahmen einer Zweigeschlechtlichkeit ge-
71 dacht. Diese bringt jedoch eine Diskriminierung all jener Menschen mit sich, die sich nicht innerhalb
72 des zweigeschlechtlichen Systems weiblich - männlich einordnen können und wollen.

73 Ziel einer jungsozialistischen Genderpolitik muss es daher sein, zweigleisig vorzugehen und Queer- und
74 Gleichstellungspolitik zu verbinden, statt sie gegeneinander auszuspielen. Einerseits muss hierbei der

75 Kampf gegen die konstruierte Zweigeschlechtlichkeit geführt werden, nicht um andere Menschen von
76 ihrem Geschlecht "weg zu missionieren", sondern um die Akzeptanz für andere Geschlechter herbeizu-
77 führen und somit der breiten Masse der Gesellschaft andere Optionen innerhalb der Mehrgeschlecht-
78 lichkeit aufzuzeigen. Andererseits macht der gesellschaftliche Status Quo ein entschiedenes Eintreten
79 gegen das Patriarchat dringend notwendig. An altbewehrten Methoden der Gleichstellungspolitik wie
80 der Quote ist demnach festzuhalten, da sie geeignet erscheinen, mittelfristig dem Machtgefälle inner-
81 halb des Patriarchats entgegenzuwirken und die Rolle der Frauen zu stärken. Dennoch liegt es auch
82 an uns Jusos erste Schritte zu gehen, eine progressive Queerpolitik eben auch in unseren Verband
83 hinein zu tragen. Hierzu gehören unter anderem das Gendern mit Sternchen (Jungsozialist*in) sowie
84 die Möglichkeit, sich bei Anmeldungen zu Juso-Veranstaltungen anmelden zu können ohne dabei ein
85 Geschlecht angeben zu müssen.

86 **Sprache als Instrument**

87 Sprache ist kein neutrales Kommunikationsmittel, sondern fungiert als Spiegel gesellschaftlicher Real-
88 tät, stellt aber auch den Ort dar, an dem sich sozialer Protest und konservativer Widerstand artikuliert.
89 Die Diskriminierung findet nicht nur in dem statt, was getan wird, sondern auch wie gesprochen und
90 geschrieben wird. Wir Jusos setzen uns daher für eine geschlechtergerechte Sprache ein, in der an-
91 dere als männlich sozialisierte Menschen nicht nur mitgemeint und mitgedacht, sondern sichtbar und
92 hörbar gemacht werden. Dies soll für Sprache auf allen gesellschaftlichen Ebenen gelten - sowohl in
93 formeller als auch in informeller Sprache.

94 Für die Beziehung zwischen Sprache und Geschlecht heißt dies, dass sich in einer Sprache gender-
95 bezogene Asymmetrien manifestieren, die ihrerseits auf die Wahrnehmung und Konstruktion von Rea-
96 lität einwirken. Genau aus diesem Grund verdeutlicht sich die immense Bedeutung unserer Sprache.
97 Wenn wir Frauen und Männer in unserer Sprache gleichstellen, dann wird dadurch ein gedanklicher
98 Prozess angestoßen, der sich auf unser gesellschaftliches Handeln auswirkt. Somit wird die wichtige
99 Voraussetzung geschaffen, dass wir Gleichstellung in unserem Verband praktisch mit Leben füllen kön-
100 nen. Denn die Macht und die Konstruktion patriarchaler Strukturen werden durch nicht-gegenderte
101 Sprache verklärt.

102 Doch sehen wir uns heute noch vor enorme Herausforderungen gestellt, denen gerade wir als Jusos be-
103 gegnen müssen. Wir werden auch in Zukunft klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeg-
104 licher Art kämpfen und uns entschieden gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der
105 sexuellen Orientierung positionieren. Deshalb wollen wir als Jusos zu einer angemessenen Form des
106 Genderns übergehen. Um Menschen einzuschließen, die sich dem binären Geschlechtssystem nicht
107 zuordnen können oder wollen, werden wir in unseren öffentlichkeitswirksamen als auch verbandsin-
108 ternen Schriften mit Sternchen (Jungsozialist*in) gendern. Sprache ist ständigem Wandel unterzogen,
109 lasst uns deshalb gemeinsam für die Sichtbarmachung von allen Geschlechtern kämpfen!

110 **Unser Ziel: Diskurs zur Dekonstruktion**

111 Wir Jusos sind der Überzeugung, dass jeder Mensch das fundamentale Recht hat, ein selbstbestimm-
112 tes Leben zu führen. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass Menschen nicht durch äußere Sozialisa-
113 tionsprozesse in gesellschaftliche Rollenbilder gedrängt werden. Wir fordern, dass sich alle Menschen
114 frei entfalten können und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Geschlechterrolle und ihrer

115 sexuellen Orientierung. Ziel unserer Politik muss deshalb die Überwindung der in der Gesellschaft vor-
116 gegebenen Geschlechterbilder und letztendlich die Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht sein.

117 Im Kampf für die Überwindung der heteronormativen und patriarchalen Gesellschaft, mit Ziel des Be-
118 ginns einer menschlichen, ist uns Jusos bewusst, dass wir noch einen schweren Weg zu gehen haben.
119 Dabei müssen wir auch selbstkritisch mit uns und unserem Verband umgehen. Für einige spielt die
120 Kategorie Geschlecht immer noch eine große kognitive und lebenspraktische Rolle. Schließlich tragen
121 auch wir durch unser Handeln dazu bei, dass die Unterscheidung von Menschen anhand zweier Ge-
122 schlechter nach wie vor wirkungsmächtig bleibt. Deswegen müssen wir uns darum bemühen, unser
123 eigenes Denken und Handeln zu reflektieren und zu durchbrechen.

124 Um das zu erreichen müssen wir in unserem Verband in einen breit aufgestellten Diskurs treten und
125 diesen dann in die Gesellschaft tragen. Unser Ziel muss es sein, die Gesellschaft für diese zentrale
126 Ungerechtigkeit zu sensibilisieren, denn nur dann kann das System hinterfragt und überwunden wer-
127 den.

128 **Unsere Forderungen**

129 Unser Anspruch an eine jungsozialistische Queerpolitik in unserem Verband beinhaltet daher:

- 130 • bei politischen Veranstaltungen (bspw. Seminaren) eine Debatte darüber zu führen, wie wir in-
131 nerhalb der SPD und der Gesellschaft für Queerpolitik sensibilisieren können
- 132 • den Umgang mit dem Thema Gender und mit Menschen, die sich nicht in das binäre System
133 einordnen können oder wollen, in unserem eigenen Verband und unseren Strukturen kritisch zu
134 reflektieren
- 135 • im Rahmen unserer eigenen Veranstaltungen Möglichkeiten einzuräumen, dass Teilnehmende
136 sich anmelden können, ohne sich zwingend als „weiblich / männlich“ definieren zu müssen. Wir
137 wollen umfassende Schutzräume für alle Geschlechter herstellen
- 138 • gendern wollen wir daher künftig mit dem Sternchen (*) zu gendern, da wir es als absolut wichtig
139 empfinden, deutlich zu machen, dass wir, wenn wir über Menschen sprechen, wirklich alle Men-
140 schen meinen. Das Sternchen macht für uns deutlich, dass es mehr als nur das männliche und
141 weibliche Geschlecht gibt. Wir schaffen einen Raum für alle Menschen, die sich anders definieren
142 oder sich auch gar nicht definieren wollen. Beim Sprechen des Sternchens wird – wie auch bei der
143 Gender Gap oder dem großen Binnen-I - eine Lücke gelassen, somit existiert keine große Hürde
144 dies auch mündlich entsprechend umzusetzen.
- 145 • zusätzlich wollen wir uns mit weiteren Formen des Genderns kontinuierlich auseinandersetzen
146 (bspw. Professx statt Professor)

147 Für uns gibt es bei der Überwindung des Patriarchats keinen Widerspruch zwischen gezielter Frau-
148 enförderung und der Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern. Vom Patriarchat werden alle
149 Gruppen, die sich nicht den Cis-Männern zuordnen, unterdrückt und diskriminiert. Wir wollen das Pa-
150 triarchat überwinden, um dieses strukturelle geschlechtsspezifische Machtgefälle innerhalb unserer
151 Gesellschaft aufzubrechen. Hierbei kämpfen wir mit und für alle Geschlechter. Eine besondere Rolle
152 nehmen hierbei allerdings die Cis-Frauen ein. Auch wenn wir die Überwindung der Geschlechter an-
153 streben, leben wir immer noch in einem patriarchalen System. In diesem System steht der Mann über
154 der Frau. Die Frauenförderung nimmt daher eine Schlüsselposition im Kampf gegen das Patriarchat

155 ein. Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. Diesem Grundsatz folgen
156 wir auf unserem Weg zum demokratischen Sozialismus!

Begründung

In weiten Teilen unserer Gesellschaft ist die Vorstellung, dass alle Menschen in das binäre Geschlechtersystem zu pressen seien, immer noch vorherrschend. In diesem System gibt es genau zwei Geschlechter: Mann und Frau. Diese seien biologisch festgelegt, unveränderlich und könnten spätestens bei der Geburt zweifelsfrei anhand der äußeren Geschlechtsmerkmale festgestellt werden. Diese Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit und der Kategorie „Geschlecht“ ist im gesellschaftlichen Denken äußerst präsent. Dieses System besteht dabei aus Sex (biologisches Geschlecht) und Gender (soziales Geschlecht).

Die biologische Fehlvorstellung der Zweigeschlechtlichkeit beruht dabei auf einer Zuweisung zu dem einen oder anderen Geschlecht. Bereits mit der Geburt setzt ein sozialer Prozess ein, der die Einteilung in „weiblich“ oder „männlich“ manifestiert und ab sofort unseren weiteren Lebensweg bestimmen wird. Mit unserer Geburt beginnt die Erziehung zu einer vermeintlich zu erfüllenden Geschlechterrolle. Durch diese Sozialisationsprozesse werden die Merkmale von „weiblich“ und „männlich“ anerzogen, die später für die angeblich durch die Natur vorgegebene Unterscheidung herangezogen werden. In der dabei entstehenden sozialen Ordnung werden die Geschlechter, die vom männlich sozialisierten Geschlecht abweichen, konsequent benachteiligt und von wichtigen Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen.

Wir stellen fest, dass Gender von Menschen gemacht und konstruiert ist - soziales Geschlecht ist nicht Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis sozialer Prozesse. Dies bedeutet, dass die von der Gesellschaft reproduzierte Zweigeschlechtlichkeit wieder dekonstruiert werden kann, so dass die Vielfalt und Freiheit des Individuums gewährleistet wird. Demnach gibt es für eine Einteilung in genau zwei Geschlechter keinen haltbaren Grund.

Inter*, Trans* und auch die völlig unterschiedlichen Gender, die innerhalb der beiden Alternativen vorkommen, verdeutlichen, dass Zweigeschlechtlichkeit und ein von Natur aus festgelegtes, unveränderbares Geschlecht nicht existieren. Das Einsetzen für die Anerkennung einer Mehrgeschlechtlichkeit und allen anderen Möglichkeiten der sozialen Identifikation ist also ein Kampf für den Menschen, ein Hinweisen auf gesellschaftliche Fehlvorstellungen und die darauf beruhende Diskriminierung.

Die Debatte um Gender, Zweigeschlechtlichkeit und die (De-)Konstruktion von Geschlecht ist keineswegs eine rein theoretische. Die sozial konstruierte Geschlechterordnung zieht Benachteiligungen und Diskriminierungen nach sich, die wir als Jusos nicht akzeptieren können und wollen. Betroffen sind dabei alle Menschen, die vom heterosexuellen, weißen cis-Mann, der die meisten gesellschaftlichen Privilegien genießt, abweichen. Weiblich sozialisierte Menschen sind dabei eine besonders große Gruppe, gegen deren Benachteiligung und Diskriminierung wir seit langem kämpfen – sowohl in der Gesellschaft als auch innerhalb unserer eigenen Strukturen. Aber auch alle Menschen, die sich mit dem sozialen Geschlecht identifizieren, welches ihnen nicht bei der Geburt zugewiesen wurde (Trans*), die sich zwischen den beiden Geschlechtern „männlich“/„weiblich“ oder aber auch ganz außerhalb dieses Systems einordnen (Inter*), sind vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt. Menschen die nicht in dieses System passen werden nicht als Anlass gesehen dieses zu hinterfragen, sondern werden als „Abweichung von der Norm“ dargestellt.

Das führt zu einer nicht hinnehmbaren Abwertung und Ausgrenzung. Diskriminierung findet dabei unter anderem durch eine dominierende Normierung durch Sprache, durch Benachteiligung im Berufsleben, durch offene Diskriminierung auf der Straße bzw. im öffentlichen Leben oder dem Zwang, sich an vielen Stellen einem von den vermeintlich zwei möglichen Geschlechtern zuordnen zu müssen, statt. Schon die Tatsache, dass jemand einen Menschen auf den ersten Blick nicht "eindeutig" einem der beiden Geschlechter „männlich“/„weiblich“ zuordnen kann, führt oft zu Anstarren oder abwertenden und beleidigenden Kommentaren. Auch Trans*-Menschen sehen sich oft Beschimpfungen und nicht selten gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Es muss jedoch jedem Menschen selbst überlassen sein, die eigene Geschlechtsidentität zu definieren. Das ist in einem System mit nur zwei Kategorien für eine Vielzahl von Gendern nicht möglich.

Die Benachteiligung von nicht-männlich-sozialisierten Menschen wird so lange weiter geschehen, wie man das zweigeschlechtliche System akzeptiert und dadurch reproduziert und verstärkt. Langfristiges Ziel muss daher sein, dass die Kategorie Geschlecht keine Rolle mehr in Bezug auf Teilhabe, Chancen, Lebenswege etc. spielt und dass das binäre System mit lediglich zwei Geschlechtern durch ein flexibles und offenes Verständnis von Geschlecht ersetzt wird, welches Raum für jede Selbstdefinition lässt, ohne dabei zu verkennen, dass Geschlecht auch weiterhin eine Rolle für die Identität eines Menschen spielt. Wir wollen nicht Geschlecht abschaffen, sondern die starren Kategorien aufbrechen und mit Gender verbundene Diskriminierung überwinden!

I – Inneres und Antifaschismus

Faschismus oder Nationalsozialismus? – Let's say it right!

Beschlusnummer 2016.I1

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

1 Faschismus und Nationalsozialismus – zwei Begriffe, die gleiche Sache?

2 Bei der Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden deutschen Herrschaft zwischen 1933 und
3 1945 und dem Holocaust als deren Folge tauchen immer wieder die beiden Begriffe „Faschismus“ und
4 „Nationalsozialismus“ auf. Ein Unterschied dieser beiden Begriffe ist im Kontext der Verwendung meist
5 nicht zu erkennen, eigentlich aber durchaus vorhanden. Wir wollen versuchen diesen Unterschied, und
6 die Frage welcher Begriff sich für eine angemessene Bezeichnung der Zustände im „Dritten Reich“ eig-
7 net, zu klären. Dabei ist nicht das Ziel die beiden Begriffe detailliert zu definieren, dies ist – vor allem
8 beim Faschismusbegriff – eine zu komplexe Angelegenheit, als, dass sie in einem solchen Antrag zu
9 bewältigen wäre.

10 What do we talk about?

11 Wofür aber steht in erster Linie der Begriff „Faschismus“? Die Antwort hierauf lässt sich wohl bei sei-
12 ner historischen Entstehung finden. Die faschistische Herrschaft unter Benito Mussolini in Italien soll
13 hier maßgeblicher Anhaltspunkt sein, von dieser Herrschaftsform und ihrer Ideologie ausgehend kann
14 mensch sich dem Begriff des „Faschismus“ historisch nähern.

15 Der Begriff „Nationalsozialismus“ ist einmal historisch als Bezeichnung für die politische Bewegung zwi-
16 schen 1. Weltkrieg und Ende des 2. Weltkriegs und ihre Herrschaft in Deutschland zu verstehen. Ande-
17 rerseits ist er aber auch auf die – immer noch immanente – Ideologie des Nationalsozialismus anwend-
18 bar. Dies wird insbesondere dann wichtig, wenn heutige Nazis behaupten, sie seien ja gar keine Nazis,
19 da sie noch keine 60 Jahre alt seien. Diese vermeintliche Distanzierung vom Nationalsozialismus wird
20 aber schon bei einem flüchtigen Blick auf ihre flachen Inhalte relativiert.

21 Nationalsozialismus bezeichnet also eine spezifisch deutsche Begebenheit, während Faschismus eine
22 Herrschaftsform bezeichnet, welche ihre Geburt in Italien hatte, letztlich aber in vielen Ländern auf-
23 trat bzw. auftritt. Aber war der Nationalsozialismus nicht ein Faschismus? Darf mensch daher nicht im
24 Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus einfach den Begriff des Faschismus verwenden. Meinen
25 beide nicht die gleiche Sache?

26 **There's a big difference**

27 Beantworten lässt sich diese Frage, durch einen Vergleich des italienischen Faschismus mit dem Deut-
28 schen Nationalsozialismus.

29 Ein erster Unterschied lässt sich an ihrer Einstellung zum traditionellen Staat feststellen. Während in
30 Italien Mussolini letztlich an vielen Traditionen (wie der Monarchie) festhalten und lediglich einen nach
31 seinen Vorstellungen stärkeren Staat schaffen wollte, schafften Hitler und die Nationalsozialist*innen
32 die meisten alten Institutionen ab, um deren Aufgabenbereiche in ihren Gleichschaltungsapparat zu
33 integrieren. Die NSDAP erwarb deutlich größeren Einfluss auf alle Teile der deutschen Gesellschaft, als
34 es die Faschist*innen unter Mussolini geschafft haben. Dies lässt sich auch im postnationalsozialisti-
35 schen Deutschland noch erkennen, wenn man etwa die italienische und deutsche Arbeiterbewegung
36 nach 1945 vergleicht.

37 Weiter hatte der italienische Faschismus zwar durchaus einen expansiven Charakter, jedoch nicht in
38 dem Maße, wie es beim deutschen Nationalsozialismus der Fall war. Elemente, wie die deutsche Blut-
39 und-Boden-Ideologie, deren Folge der unmenschliche Vernichtungskrieg im Osten war, gab es hier
40 nicht.

41 Von größerer Bedeutung aber ist der Unterschied der beiden Ideologien im Hinblick auf Rassentheo-
42 rie und Antisemitismus. Der deutsche Nationalsozialismus passte sich insofern den deutschen Gege-
43 benheiten oder den Bedürfnissen der Deutschen an, als dass er schon als Mittel der Machterlangung
44 antisemitische und rassistisch-biologistische Propaganda nutzte. Antisemitismus und Rassismus also
45 waren hier zentrale Bestandteile der Ideologie, die von Anfang an offen hervortraten und nach außen
46 hin proklamiert wurden. In Italien war dies anders: Eine Rassenideologie gab es in dem Maße nicht,
47 erst 1938 begannen biologistische Anschauungen eine Rolle zu spielen. Auch hatte der Antisemitismus
48 hier nicht eine solch vernichtende Konsequenz wie in Deutschland. Zwar spielte er auch hier in der
49 faschistischen Ideologie eine Rolle, jedoch trat er eher in Form von Diskriminierung, Vertreibung und
50 Entrechtung in Erscheinung, als in der einzigartigen Form des maschinellen Völkermordes, wie es in
51 Deutschland der Fall war.

52 Hier soll es nicht um eine Relativierung des italienischen Faschismus gehen, dieser soll hier nicht sei-
53 nes Schreckens beraubt werden und sicherlich sind Diskriminierung, Vertreibung und Entrechtung der
54 Juden in Italien schrecklich genug gewesen. Jedoch sollte als zentraler Punkt deutlich werden, dass der
55 Holocaust, also die maschinelle Vernichtung von Millionen von Menschen, eine spezifisch deutsche Tat-
56 sache ist, die im italienischen Faschismus so nicht auftrat.

57 **Finally: Let's say it right**

58 Aus dieser Tatsache folgt unweigerlich die Notwendigkeit einer Trennung der Begriffe Faschismus und
59 Nationalsozialismus. Zur Beschreibung der Zustände im damaligen Deutschland taugt der Begriff Fa-
60 schismus nur mit einem Zusatz, der den spezifischen Charakter der deutschen Besonderheiten ver-
61 deutlicht. Angemessen wäre also eine Bezeichnung wie „Deutscher Faschismus“. Das Wort Faschismus
62 alleine aber verkürzt die historischen Tatsachen, indem es den Holocaust und dessen Singularität unter
63 den Tisch fallen lässt. Es relativiert so – meist wohl unbewusst – den Nationalsozialismus, indem es ihn
64 in eine Reihe mit anderen faschistischen Regimen stellt.

65 Um also zu einem korrekten, vollständigen Bild der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Fol-
66 gen zu kommen, sollte entweder vom „(deutschen) Nationalsozialismus“ oder von einem „spezifisch
67 Deutschen Faschismus“ gesprochen werden.

Unerwünschten Hilfssheriffs Grenzen aufzeigen – „Bürgerwehren“ strafrechtlich sanktionieren

Beschlusnummer 2016.12

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

- 1 Die Bundestagsfraktion und der Bundesjustizminister werden dazu aufgefordert, die Bildung von sog.
- 2 „Bürgerwehren“ umfassend strafrechtlich zu sanktionieren. Die bisher in vergleichbaren Fällen einschlä-
- 3 gigen Straftatbestände (§§ 127, 132 StGB) sind unserer Auffassung nach nicht ausreichend für eine wirk-
- 4 same Unterbindung von sog. „Bürgerwehren“. Eine neu zu schaffende Strafnorm soll insbesondere die
- 5 uniformierte Durchführung von Patrouillengängen durch Privatpersonen untersagen.
- 6 Darüber hinaus lehnen wir den Vorschlag von Thomas de Maizière, geringer qualifizierte sogenannte
- 7 Wachpolizist*innen nach einer nur zwölfwöchigen Ausbildung einzusetzen, entschieden ab. Politische
- 8 Forderungen wie die nach Hilfspolizist*innen tragen nicht zu mehr Sicherheit bei. Im Gegenteil muss
- 9 der Staat gewährleisten, dass polizeiliche Aufgaben von gut qualifizierten und hinreichend geschulten
- 10 Polizist*innen wahrgenommen werden.

Abschaffung des Blasphemie-Paragrafen

Beschlusnummer	2016.I4
Antragsteller*innen	UB Göttingen
Weiterleitung an	Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

- 1 Der § 166 StGB, der die Beschimpfung religiöser Bekenntnisse bestraft, ist aus dem Strafgesetzbuch zu
- 2 streichen.

Begründung

Der § 166 StGB der das religiöse Bekenntnis schützt, ist weder zeitgemäß noch steht er im Einklang mit unseren Vorstellungen einer aufgeklärten Gesellschaft, denn in einer solchen brauchen Religionen und Kirchen keinen gesonderten Schutz. Der notwendige Schutz von beispielsweise religiösen Minderheiten kann ausreichend über den §130 StGB, den sogenannten Volksverhetzungsparagrafen gewährleistet werden.

Die Rechtspraxis ist darüber hinaus auch diskriminierend gegenüber den Religionsgemeinschaften die in der Gesellschaft nicht so verankert sind, wie die großen Weltreligionen und hier vor allem die beiden Christlichen Religionsgemeinschaften, da die meisten Anzeigen auf eine Beleidigung dieser religiösen Bekenntnisse herauslaufen.

Der Forderung der CSU, im Nachgang des Attentates auf Charlie Hebdo, nach einer Verschärfung ist eine klare Absage zu erteilen. Es war nicht „Blasphemie“ die den 12 Personen das Leben kostete, sondern die Unfähigkeit einiger weniger Fanatiker mit dieser umgehen zu können.

Aus diesen Gründen ist die Streichung des Blasphemie Paragrafen, ein wichtiger Schritt zu einem laizistischen Staat.

J – Jugend- und Familienpolitik

Finanzielle Benachteiligung von alleinerziehenden Elternteilen

Beschlusnummer 2016.J1

Antragsteller*innen UB Hildesheim

Weiterleitung an

1 Eine Novellierung des Bürgerlichen Gesetzbuches wird gefordert, um das alleinerziehende Elternteil
2 bei der Berechnung des Kindesunterhalts für Kinder ab dem 18. Lebensjahr, die noch im Haushalt le-
3 ben, nicht unnötig schlechter zu stellen. Der Unterhalt für das Kind, das sein 18. Lebensjahr vollendet
4 hat soll nicht wie bisher aus einer Differenz der Einkommen beider Elternteile berechnet werden, son-
5 dern soll der nicht erziehende Elternteil weiterhin die wie bisher gezahlten Regelunterhaltszahlungen
6 fortsetzen.

7 Der § 1612a muss hierfür um einen Absatz 5 erweitert werden: „Den minderjährigen unverheirateten
8 Kindern stehen volljährige unverheiratete Kinder bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gleich, so-
9 lange sie im Haushalt eines Elternteiles leben und sich in der ersten berufsqualifizierenden Ausbildung
10 befinden. Diese Regelung tritt nicht ein, wenn das Kind ihren oder seinen Unterhalt aus dem Stamme
11 ihres oder seines Vermögens bestreiten kann.“

Begründung

Die aktuelle gesetzliche Regelung stellt eine finanzielle Benachteiligung für einige alleinerziehende El-
ternteile da, weil sie durch das Splitten des Bedarfs auf zwei Gehälter des Kindes möglicherweise eine
weitaus geringere Summe zum bestreiten des Alltags erhalten. Um dieser Diskriminierung von allein-
erziehenden Elternteilen entgegen zu wirken ist eine Novellierung dieser Gesetzespassage ein erster
Schritt. Es gibt keinen triftigen Grund, der das Splitten des Regelbedarfs des Kindes auf beide Einkom-
men noch während dem Wohnen bei einem Elternteil rechtfertigt.

Mehr Gesundheit, weniger Leistungsdruck! – Schulsport soll endlich wieder Spaß machen

Beschlusnummer 2016.J3
Antragsteller*innen UB Hameln-Pyrmont
Weiterleitung an Bundeskongress

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover fordern die Abschaffung von Sportnoten und die Integration regionaler
- 2 Sportangebote in den Unterricht.

Begründung

Schulsport ist ein Fach, welches zwischen Schüler*innen in der Beliebtheit sehr polarisiert. Während viele sich freuen damit ihren Schnitt effektiv zu verbessern, ist es für viele andere eine Qual dort mitmachen zu müssen.

Das Fach zeichnet sich besonders darin aus, den Schüler*innen das Thema Gesundheit und Bewegung näher zu bringen. Dies ist essentiell für heranwachsende und soll nicht angetastet werden.

Dennoch fühlen viele Schüler*innen Angst und Druck, wenn sie vor allen Mitschüler*innen Leistungen erbringen müssen, gerade wenn sie selbst nicht besonders sportlich oder gar körperlich beeinträchtigt sind.

Deswegen sollte sich der Sportunterricht mehr an der Gesundheit und Steigerung der Fitness ohne zu Überfordern orientieren. Die Schüler*innen sollen Spaß am Sport haben und angeregt werden in ihrer Freizeit sportlichen Aktivitäten nachzugehen statt Angst vor Versagen und Leistungsdruck zu haben.

Dazu soll auch auf regionale Vereine und Möglichkeiten eingegangen werden, damit die Schüler*innen Sportarten dort freiwillig fortsetzen können.

Sport soll als Spaß verstanden werden und nicht als aufgezwungenes Fach.

„Politik geht jede*n etwas an!“ - Pimp My Participation

Beschlusnummer	2016.J4
Antragsteller*innen	UB Region Hannover
Weiterleitung an	Landeskonzferenz

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern dazu auf, dass sich das Niedersächsische Kultusministerium für eine
- 2 Steigerung der Attraktivität der sozialen und politischen Teilhabe im Land Niedersachsen für alle jungen
- 3 Menschen - unabhängig von der Einkommens- und Bildungssituation in ihren Familien -einsetzt.
- 4 Dazu sollen folgende Punkte in Betracht gezogen werden:
 - 5 1. Förderung engagierter junger Menschen, sowie die stärkere Förderung von Angeboten zur politi-
 - 6 schen Bildung, z. B. durch Übernahme der entstehenden Kosten. 2. Einrichtung einer spezialisierten
 - 7 Vermittlungsbörse für Praktika im gesellschaftlichen und politischen Bereich, z. B. in NGOs und Gewerk-
 - 8 schaften. 3. Organisation international ausgelegter Projekte zur politischen Teilhabe, z. B. landesweite
 - 9 politische Planspiele zur Simulation der Vereinten Nationen etc. in Niedersachsen.

Begründung

Da der Erfahrungswert sowie der persönliche als auch moralische Zugewinn politischen und gesellschaftlichen Engagements enorm ist, bedarf es eines gesteigerten Einsatzes der Bildungspolitik in Niedersachsen, um die Beliebtheit der gesellschaftlichen Teilhabe zu gewährleisten und die Motivation der jungen Menschen zu entfachen.

Durch die Erleichterung zur Teilhabe an bestehenden Angeboten und die Schaffung neuer Partizipationsmöglichkeiten (siehe 2.,3.) soll das politische Interesse geweckt werden und zur Bildung und Festigung eines freiheitlich demokratischen Wertebewusstseins beitragen. Denn nur wer einen Einblick in die Vorgänge und Arbeitsweisen der Demokratie hat, kann Vorurteile und radikale Ansichten vorbeugen.

Wesentlich soll hierbei die gezielte Förderung junger Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien sein, die den Willen haben, unsere demokratische Grundordnung mit allen Möglichkeiten der politischen Partizipation² zu bekräftigen und in die Gesellschaft zu transportieren. Dadurch soll der zunehmenden sozialen Selektivität in der politischen Partizipation entgegengetreten werden.

Weiterhin ermöglicht die Auslegung der politischen Teilhabe auf internationale Themen und das Engagement von jungen Menschen aus ganz Deutschland und Europa (siehe 3.) die Etablierung Niedersachsens als Bundesland der politischen Bildung und gesellschaftlichen Teilhabe.

²Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland von Sebastian Bödeker: http://www.soziokultur.de/bsz/sites/default/files/file/2012_02_07_Boedeker_AP_01.pdf Seite 26/27 [abgerufen am 10.01.2016]

O – Organisation

Gelebter Feminismus – auch auf Parteitag

Beschlusnummer 2016.01

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an Landeskongress, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

1 Feminismus und der Kampf für Gleichstellung gehören zu den Grundwerten, denen wir uns verpflichtet
2 fühlen und die unser Handeln leiten. Wie treten für die Verwirklichung feministischer Grundsätze nicht
3 nur in der Gesellschaft ein, sondern versuchen diese gleichzeitig auch in die Partei zu tragen und dort
4 umzusetzen. Unser Ziel ist die tatsächlich gleichberechtigte Mitwirkung aller Geschlechter in unserer
5 Partei.

6 Gerade bei Parteitag handelt es aber sich nach wie vor um männlich dominierte Veranstaltungen.
7 Frauen* mögen zwar in Delegationen zu 40 % berücksichtigt sein, treten aber kaum aktiv in Erschei-
8 nung. Außerdem herrscht gerade hier, wie auch sonst auf Veranstaltungen der Partei, wenn viele Ge-
9 noss*innen zusammenkommen, noch besorgniserregend wenig Sensibilität für Sexismus.

10 Unser Parteileben muss weiblicher werden. Dazu gehört auch, feministische Werte zu leben und aktiv
11 gegen Sexismus vorzugehen.

12 Deshalb fordern wir für sämtliche Parteitage:

- 13 1. Ein quotiertes Awareness-Team, das während eines Parteitages stets ansprechbar bzw. erreich-
14 bar ist.
- 15 2. Eine Quotierung der Grußworte, diese sind zu 40 % von Frauen* zu halten.
- 16 3. Härtere Sanktionen für Unterbezirke bzw. Bezirke, die die Quote von angereisten Delegierten
17 nicht einhalten. Außerdem sollen Ersatzdelegierte nur dann nachrücken können, wenn dies mit
18 einer Quotierung der Delegation von 40 % vereinbar ist.
- 19 4. Die Schließung der Redeliste, wenn 3 Männer hintereinander geredet haben und auf der Redeliste
20 keine Frau* mehr steht.
- 21 5. Eine feste Quotierung des Präsidiums.

Begründung

Zu 1. Sexismus ist leider immer noch ein Problem in unserer Gesellschaft, ebenso wie auch in unserer Partei. Durch ein Awareness-Team können Vorfälle zwar nicht unbedingt verhindert werden, es wird aber die Aufmerksamkeit für die Problematik erhöht und eine Aufarbeitung im Nachhinein ermöglicht.

Das Awareness-Team ist während des Parteitags rund um die Uhr ansprechbar für Teilnehmende, die sich durch Äußerungen oder Handlungen von anderen unwohl, bedrängt oder angegriffen fühlen. Dies

kann beispielsweise durch rassistische oder sexistische Äußerungen geschehen bis hin zu Übergriffen oder sexualisierter Gewalt. Das Team entscheidet gemeinsam über das Vorgehen, immer in Absprache mit der betroffenen Person. Dazu gehört zuerst ein Gespräch mit der Betroffenen in sicherer Umgebung, die Erzählungen keinesfalls in Frage zu stellen, auf ihre Wünsche einzugehen und das Vorgehen mit der Person abzusprechen. Oberste Prämisse haben die Wünsche der Betroffenen; wird ein Gespräch mit der verursachenden Person gewünscht, so führt das Team dieses zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Alle Informationen sind vertraulich zu behandeln.

Zu 2. Auf dem letzten Landesparteitag der SPD Niedersachsen gab es drei ausführliche Grußworte, alle von Männern gehalten. So wichtig es auch sein mag, Genossen mit wichtigen Funktionen bei solchen Anlässen zu Wort kommen zu lassen, kann es doch nicht angehen, dass nach der ersten Hälfte eines gesamten Parteitages noch keine Frau* am Redepult stand. Frauen* mögen in unserer Partei zwar chronisch unterrepräsentiert sein, das heißt aber noch lange nicht, dass sie nichts zu sagen hätten! Gerade durch die Einrahmung eines Parteitages mit langatmigen Reden von Männern zeigt und festigt sich die patriarchale Struktur unserer Partei. Wir wollen stattdessen bewusst Frauen* sichtbarer machen, auch durch Grußworte.

Zu 3. Quoten sollen für eine gleichmäßige Repräsentation der Geschlechter sowie die gleichberechtigte Beteiligung an politischen Entscheidungen und Einbeziehung in Verantwortung sorgen. Quoten sind dafür da, dass sie gehalten werden. Wird die Quote von Bezirken bzw. Unterbezirken nicht eingehalten, sollten diese auch mit Sanktionen rechnen müssen. Beispielsweise mit der Verringerung ihrer Delegiertenzahl. Außerdem sollen Ersatzdelegierte nur dann nachrücken können, wenn dies mit einer Quotierung der Delegation von 40 Prozent vereinbar ist. Nur so werden wir der Bedeutung der Quote und damit auch der gleichberechtigten Einbindung von Frauen* in unsere Parteistrukturen gerecht.

Zu 4. Männlich dominantes Redeverhalten ist ein Phänomen, das wir zu unterbinden versuchen. Es verstärkt nicht nur die Präsenzwirkung gerade der Männer auf einem Parteitag, sondern hält auch Frauen davon ab sich in die Debatten einzubringen. Daher fordern wir, dass sobald 3³ Männer hintereinander geredet haben und sich keine Frau* mehr meldet, die Redeliste geschlossen wird. Dies ist sowohl einer weniger männlich dominierten Atmosphäre eines Parteitages als auch der Sachlichkeit der Diskussion zuträglich.

Zu 5. Das Präsidium eines Parteitags soll die Partei repräsentieren und die Veranstaltung leiten. Es sollte eine Vorbildfunktion haben, natürlich auch in Bezug auf die Quotierung. Deshalb halten wir es für unumgänglich, dass das Präsidium quotiert ist.

³Originaltext: 5; Änd. d. Red.

Abhaltung einer Urwahl für das Amt der*des Parteivorsitzenden

Beschlusnummer 2016.02

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Die Jusos fordern die Wahl der*des Parteivorsitzenden durch eine basisdemokratische Urwahl.

Begründung

Ohne Übertreibungen kann man feststellen, dass sich die SPD bundesweit auf dem Rückzug befindet. Laut einer Forsa-Umfrage vom 27.01.2016 kann die SPD aktuell nur noch 24 % der Wähler*innenstimmen auf sich vereinigen, während Randparteien, wie die AfD, bereits bei 10 % liegen. Eine Reformation der Partei ist daher unabdingbar, um wieder in der Bundesrepublik Fuß zu fassen und verlorenen Boden wieder wett zu machen. Da der fehlende Rückhalt in der Bevölkerung sich vor allem mit der Diskrepanz zwischen ursprünglichen Zielen, dem Credo der Partei und der von der Parteispitze geführten Realpolitik begründen lässt, muss eine Umstrukturierung auf höchster Ebene vorgenommen werden. Andernfalls wird die SPD in der Senke der Historie verschwinden und auch den letzten Rückhalt in der Bevölkerung einbüßen. Eine Neubesetzung der höchsten innerparteilichen und politischen Ämter ist daher von fundamentaler Bedeutung für das Fortbestehen der SPD und ihrer Ziele, wie wir sie kennen. Aus den vorgenannten Gründen fordern die Jusos die Abhaltung einer basisdemokratischen Urwahl für den Posten der* Parteivorsitzenden im speziellen, ebenfalls aber auch auf lange Sicht für die Parteiführung insgesamt. Weiterhin wird die Einrichtung einer Doppelspitze in der Parteiführung, nach bereits bestehenden und reibungslos funktionierenden Vorbild in Teilen der Jugendorganisation der SPD, gefordert. Die Besetzung des neuen Parteivorsitzes sollte, ebenfalls nach Vorbild der Doppelspitze der Jungsozialist*innen des Unterbezirks Region Hannover, paritätisch jeweils von einer Frau* und einem Mann besetzt werden, um auch auf höchster Ebene den Gedanken der Gleichstellung zu fördern.

Ortsvereine stärken – für dauerhafte Basisbeteiligung!

Beschlusnummer	2016.03
Antragsteller*innen	UB Region Hannover
Weiterleitung an	Landeskonferenz, Bundeskongress

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern den Aufbau eines Online-Antragssystems, das es den SPD-
- 2 Ortsvereinen ermöglicht, politische Entscheidungen der SPD auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirk-
- 3 sam zu beeinflussen.
- 4 Dazu soll eine öffentlich einsehbare Internetseite entworfen werden, auf der die Ortsvereine nach ei-
- 5 genem Ermessen beschlossene Anträge veröffentlichen können. Diese Anträge können anschließend
- 6 von anderen Ortsvereinen ebenfalls beschlossen werden, sodass ein demokratisches Meinungsbild der
- 7 SPD-Basis in ganz Deutschland entsteht.
- 8 Auf diese Art und Weise nehmen die Ortsvereine aktiv, dauerhaft und basisdemokratisch an der poli-
- 9 tischen Willensbildung der Partei teil und haben die reelle Möglichkeit, die politischen Entscheidungen
- 10 der Partei auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirksam zu beeinflussen.

Begründung

Das Online-Antragssystem verbessert die Transparenz über politische Entscheidungen! Politische Diskussionen würden dezentral und parteiöffentlich auf der Ortsvereinsebene geführt werden. Die Art und Weise, wie die politische Entscheidung im Ortsverein zustande gekommen ist, wäre so für jedes Mitglied erheblich transparenter. Zudem gäbe es durch das Online-Antragssystem für jeden Ortsverein, für jedes Mitglied eine zentrale und einfache Möglichkeit, auf die Anträge der anderen Ortsvereine zuzugreifen und Synergieeffekte zu erzeugen.

Das Online-Antragssystem schafft Legitimität für politische Entscheidungen! Bei strittigen Themen wie zum Beispiel aktuell der Krisenpolitik um Griechenland, den Freihandelsabkommen TTIP, CE-TA oder TISA oder der Vorratsdatenspeicherung gäbe es mit dem Online-Antragssystem ein demokratisches Meinungsbild der SPD-Basis in ganz Deutschland. **Die SPD-Parteispitze würde ihre Politik an der Mehrheit ihrer Mitglieder ausrichten und könnte mit der Rückendeckung der SPD-Basis politisch legitimiert und gestärkt politische Verhandlungen führen!**

Das Online-Antragssystem macht die SPD attraktiv für neue Mitglieder! Die SPD hat seit 1998 knapp 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Waren noch 1998 über 775 000 Menschen in der SPD, waren es Anfang 2015 nur noch knapp 460 000 Mitglieder.⁴ Auch die Altersstruktur der SPD ist alarmierend: 80 Prozent der Mitglieder sind über 45 Jahre alt, 40 Prozent der Mitglieder der SPD sind über 65 Jahre alt.⁵ Um ehemalige Mitglieder zurückzugewinnen und neue junge Menschen für die SPD zu begeistern, muss die SPD neue Wege der politischen Mitbestimmung gehen. **Die SPD muss ihren**

⁴vgl. statista.com: Anzahl der Parteimitglieder der SPD von 1990 bis 2013: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1214/umfrage/mitgliederentwicklung-der-spd-seit-1978/> – sowie: vgl. Neuber, Harald: Deutlicher Mitgliederschwund bei der SPD: <http://www.heise.de/tp/news/Deutlicher-Mitgliederschwund-bei-der-SPD-2557968.html>

⁵vgl. Klaassen, Ingolf: Der größte Unterbezirk der SPD (Power-Point-Präsentation), SPD-Parteivorstand, Abteilung I, Referat Freiwilligenarbeit (März/April 2015).

Mitgliedern die reelle Chance eröffnen, politische Entscheidungen auch auf höheren Ebenen beeinflussen zu können!

Das Online-Antragssystem ist ein Gewinn für die Demokratie in Deutschland! Die Ortsvereine der SPD würden zu gelebten Orten der Demokratie werden. Orte, an denen inhaltlich über Politik, über die Art und Weise, wie wir in unserer Gesellschaft zusammenleben wollen, diskutiert wird. **Menschen hätten wieder das Gefühl, am politischen Entscheidungsprozess teilzunehmen und etwas durch das eigene Engagement positiv verändern zu können!**

Transparenz. Legitimität. Neue Mitglieder. Gelebte Demokratie!

Ortsvereine stärken - für dauerhafte Basisbeteiligung!

Liebe SPD, bitte unterstütze deine Ehrenamtlichen

Beschlusnummer 2016.04

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an Landeskongress, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir, der Juso-Bezirk Hannover, fordern die SPD auf, alle ihre Parteitage und ähnlichen Veranstaltungen,
- 2 an den Ehrenamtliche teilnehmen, auf eine hinsichtlich der Kosten sozialverträgliche Ausgestaltung
- 3 auszulegen. Hierzu gehören die Wahl von Veranstaltungsorten, an denen die Versorgung zu nicht
- 4 übersteuerten Preisen möglich ist, bei ganztägigen Veranstaltung eine Essenverpflegung für alle De-
- 5 legierten, nicht nur für die hauptamtlichen oder die in Funktion, und eine verpflichtende Versorgung mit
- 6 Wasser. Darüberhinaus sollen für Delegierte aller Ebenen, deren Einkommen eine Teilnahme an einer
- 7 solchen Veranstaltung erschwert, die Fahrtkosten zu übernommen werden.

Begründung

Als Ehrenamtliche*r an einem Parteitag der SPD teilzunehmen, kann eine*r teuer kommen. Neben den Fahrtkosten kommen oftmals übersteuerte Verpflegungskosten in den schicksten Hotels und Kongresshallen der Bundesrepublik auf einen zu. Oftmals bekommt man weder Mittagessen noch das Grundlegende, Wasser, kostenlos oder kostengünstig zur Verfügung gestellt und dann darf man erleben, wie den Genoss*innen auf dem Podium und den Mandatsträger*innen all das und mehr frei zur Verfügung steht. Das kann eine*r schon mal aus Wut die Lust auf den nächsten austreiben. Dies sollte in einer Partei wie der SPD, die sich auf Gleichheit und Solidarität beruft, nicht passieren. Und auch sollten Genoss*innen nicht sich gar nicht erst als Delegierte*r zur Verfügung stellen, weil sie sich nicht leisten können. Denn die Teilhabe eine*r jede*n ist gleich wertvoll!

Unsere zentralen Forderungen an das Bundestagswahlprogramm der SPD 2017

Beschlusnummer 2016.INI7

Antragsteller*innen Bezirksbeirat

Weiterleitung an

1 Im nächsten Jahr sind die nächsten Bundestagswahlen – wir werden gemeinsam für eine starke sozial-
2 demokratische Bundestagsfraktion kämpfen. Das bedeutet für uns konkret: Wir müssen wieder mehr
3 Menschen mobilisieren die SPD zu wählen. Wir sind überzeugt davon, dass ein gutes, inhaltliches Profil
4 die Menschen von unseren Kandidierenden überzeugt. Ein gutes und starkes inhaltliches Profil sorgt
5 auch dafür, dass wir selber umso motivierter in den Wahlkampf einsteigen.

6 Folgende Forderungen sind aus unserer Sicht unerlässlich für ein starkes inhaltliches Profil unserer
7 Mutterpartei für die Bundestagswahl 2017:

8 **Gute Arbeit**

- 9 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zur guten Arbeit. Es darf aus jungsozialistischer Sicht nicht nur
10 darum gehen, Arbeitsplätze zu erhalten, sondern wir müssen weiterhin darum kämpfen, dass
11 die Menschen auch gute Arbeit haben. Dazu gehört ein gesetzlicher Mindestlohn ebenso wie ei-
12 ne starke Mitbestimmung. Das bedeutet auch, dass wir Ausnahmen beim Mindestlohn abbauen
13 müssen. Gerade ein größerer Einfluss der Arbeitnehmer*innen führt dazu, dass sich Unterneh-
14 men langfristig ausrichten und sich nicht an kurzfristigen Profiten orientieren. Deshalb müssen
15 wir die Gewerkschaften und ihre Forderungen stärken.
- 16 • Prekären Beschäftigungsverhältnissen müssen wir konsequent entgegenreten. Gerade im Sinne
17 junger Menschen müssen wir uns dafür einsetzen, dass Befristungen die Ausnahme und nicht die
18 Regel bei Arbeitsverträgen bleiben.

19 **Wirtschaft**

- 20 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zur einer demokratischen Wirtschaft. Die SPD muss der sozialen
21 Spaltung und der wachsenden sozialen Ungleichheit mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit
22 entgegenreten. Es reicht nicht aus, diese Forderungen ins Programm zu schreiben und damit
23 Wahlkampf zu betreiben. Sie müssen nach der Wahl auch im politischen Handeln und in politi-
24 schen Entscheidungen Niederschlag finden damit die SPD wieder glaubwürdig wird.

25 **Infrastruktur**

- 26 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zu Investitionen in Infrastruktur. Wir wollen einen verantwor-
27 tungsvollen Staat und stützen uns auf die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge als
28 eine der zentralen Aufgaben des Staates. Dazu gehören Bildung, Gesundheitsfürsorge, Pflege,

29 Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, öffentlicher Transport und Stadtwerke,
30 Kommunikation und Information, Wohnraum, Sparkassen, Umweltschutz, Sicherheit, Sport- und
31 Kultureinrichtungen. Wenn diese Bereiche dem Markt überlassen würden, könnten viele Men-
32 schen ihr Leben nicht würdig gestalten und wären von der Gesellschaft ausgegrenzt.

- 33 • Für diese Aufgaben sind vor allem die Kommunen zuständig, um dies zukünftig zu garantieren,
34 ist es vor allem notwendig, die Kommunen mit einer verlässlichen Finanzbasis auszustatten und
35 den Privatisierungsdruck von ihnen zu nehmen. Deswegen setzen wir uns vor Ort gegen den
36 Ausverkauf öffentlicher Güter z.B. durch PPP Modelle ein.

37 **Armutsbekämpfung**

- 38 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Armutsbekämpfung. Wir brauchen umfassende soziale In-
39 vestitionen. Wir müssen durch staatliche Investitionen, eine Reform der Sozialversicherung und
40 eine Umstellung der Arbeitsmarktpolitik zur Sicherung bestehender Arbeitsverhältnisse und Ak-
41 tivierung für geregelte Vollzeitarbeit konkrete Maßnahmen ergreifen um Armut zu bekämpfen.
- 42 • Auch gegen Kinderarmut müssen entschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Sozialer Aufstieg
43 darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, denn Kinder sind unsere Zukunft.

44 **Gesellschaft**

- 45 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Ehe für alle. Für uns gibt es keine Liebe zweiter Klasse.
46 Außerhalb der CDU versteht niemand, warum es für gleiche Menschen verschiedene Rechte ge-
47 ben soll. Ehe bedeutet, dass Menschen füreinander langfristig Verantwortung übernehmen. Das
48 gilt bei gleichgeschlechtlichen Paaren genauso. Deshalb muss Schluss sein mit dieser Form der
49 Diskriminierung. Wir stehen für die vollumfängliche Öffnung der Ehe sowie für ein volles gemein-
50 schaftliches Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.

51 **Gleichstellung**

- 52 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zur weiteren Gleichstellung von Frauen und Männern. Der
53 Grundsatz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist noch immer nicht eingelöst. Auch die Erwei-
54 terung des Elterngeldes trägt zur Gleichstellung bei, auch wenn der Grundsatz 50:50 noch nicht
55 annähernd eingelöst ist, trägt eine Erweiterung der Elternmonate um 2 Monate zu einer besseren
56 Verteilung von Familienarbeit bei.

57 **Umwelt**

- 58 • Wir fordern einen verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien und wollen den ökologischen
59 Umbau der Gesellschaft. Die Energiewende von links verlangt einen noch deutlicheren Ausbau
60 der Energieerzeugung durch erneuerbare Energieträger.

61 • Investitionen in erneuerbare Energien sind sowohl ökologisch als auch ökonomisch nötig. Sie bie-
62 ten nicht nur Chancen für neue Arbeitsplätze, sondern auch für dezentrale und demokratischere
63 Strukturen. Dafür ist es unerlässlich, dass die Energienetze modernisiert und in eine staatliche
64 Netzgesellschaft überführt werden. Auch wenn eine Übergangsphase ins solare Zeitalter notwen-
65 dig ist, bleibt es dabei – nur ohne Atomkraft!

66 **Steuern/Finanzen**

67 • Wir fordern ein gerechtes Steuersystem, das jeden Menschen nach seiner Leistungsfähigkeit in
68 Verantwortung nimmt und zu einer gerechteren Verteilung beiträgt. Arbeit darf nicht mehr be-
69 steuert werden als Kapitaleinkünfte. Die Entwicklung durch Steuerreformen gerade obere Ein-
70 kommen stärker zu entlasten, muss umgekehrt werden. Der Spitzensteuersatz muss erhöht wer-
71 den und wir fordern eine zügige Einführung einer Vermögenssteuer, die sich an der ausgesetzten
72 Vermögenssteuer orientiert. Auch die Unternehmen müssen wieder stärker in die Steuerpflicht
73 genommen werden. Pauschale Steuersenkungen lehnen wir ebenso ab.

74 **Europa**

75 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union. In Zeiten von wachsendem Populis-
76 mus innerhalb Europas und dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU ist dies dringend von
77 Nöten. Die Sozialdemokratie muss das soziale Europa zu einer zentralen Aufgabe erklären. Diese
78 Forderung geht auch mit einer Demokratisierung der Institutionen einher.

79 **Bildung**

80 Wir fordern die SPD weiterhin zur Abschaffung des Kooperationsverbotes im Bereich der Bildungspolitik
81 auf.

82 **Außenpolitik**

83 Wir wollen in einer friedlichen Welt gemeinsam leben, deswegen ist es notwendig endlich wieder ab-
84 zurüsten. Im Bereich der internationalen Politik ist für uns ein aktives Engagement für eine weltweite
85 Abrüstung zentral. Insbesondere Kleinwaffen richten tagtäglich unvorstellbares Grauen an und stehen
86 gerade in Krisenregionen scheinbar uneingeschränkt zur Verfügung. Deswegen stehen wir für einen
87 Stopp der Rüstungsexporte in Krisengebiete.

88 Die SPD soll sich außerdem gegen Kooperationen mit Nationen und deren Politik, die sich gegen unsere
89 Grundwerte richten, aussprechen. Menschenrechtsverletzungen müssen ohne Rücksicht auf Profite
90 geächtet werden.

S – Sonstiges

Krankheit darf nicht Armut heißen

Beschlusnummer 2016.S1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an Landeskongress, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

1 Wir, der Juso-Bezirk Hannover, fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf sich für die Recht von Bürger*innen mit Erkrankungen stark zu machen.
2

3 **Neue Regeln für den Bezug von Erwerbsminderungsrente**

4 Hierzu sollten die Rahmenbedingungen der Erwerbsminderungsrente derart überarbeitet werden,
5 dass der Verlust der Arbeitsfähigkeit durch eine Erkrankung oder Unfall nicht auch gleichzeitig den
6 Verfall des Lebensstandards bedeutet. Die so zusätzlichen finanziellen Nöte basierend auf signifikant
7 weniger Einkommen, aber gleichbleibenden Belastungen sind für viele Krankheitsbilder zusätzlich schädigend.
8 Krankheit ist nicht planbar! Das weitere Absinken der Rentenbezüge beim Eintritt in die Altersrente
9 ist abzuschaffen.

10 **(Wieder-)Einstieg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtern**

11 Für Menschen, die längere Zeit aus welchen Gründen auch immer weder gesetzlich noch privat versichert
12 waren, soll der (Wieder)Einstieg in die gesetzlichen Krankenkassen vereinfacht werden. Dies soll
13 auch Beamt*innen einschließen, die während ihrer Berufstätigkeit lediglich durch freie Heilfürsorge
14 oder Beihilfe abgesichert waren. So darf beim Wiedereintritt in eine Krankenversicherung nicht das Alter
15 der* Versicherten ausschlaggebend für die Höhe des Beitrags sein. Nach einer solchen Phase ohne
16 Versicherung darf die* Versicherte nicht gezwungen sein, rückwirkend alle für diese Phase angefallenen
17 Beiträge zahlen zu müssen. Ferner dürfen auch die Beiträge der privaten Versicherung im Krankheitsfall
18 oder im Alter nicht derart steigen, dass Menschen aus der Versicherung gedrängt werden, weil sie
19 die Beiträge nicht zahlen können.

20 **Zuzahlungen auf Gesundheitsleistungen und Vorauszahlungen eindämmen**

21 Die Zuzahlung auf Rezepte und Tagessätze für stationäre Aufenthalt der gesetzlichen Krankenversicherungen
22 müssen abgeschafft werden. Es kann nicht sein, dass Medikamente oder Behandlungen nicht
23 wahrgenommen werden können, weil es finanziell gerade eng ist. Zudem müssen private Versicherungen
24 ihren Versicherten eine Möglichkeit bieten, sich in begründeten Fällen von der Vorkasse und dem

25 Eigenanteil befreien zu lassen, und dann Rezept-, Arzt- und ähnliche Kosten direkt übernehmen. Beihil-
26 fesätze sollen von den Versicherungen direkt mit der zuständigen Beihilfekasse abgerechnet werden.
27 Zudem soll das Einreichen von Vorkasseleistungen bei der Beihilfekasse und Versicherung direkt nach
28 Zahlung durch die Versicherte*n möglich sein, nicht erst nach einem bestimmten Zeitraum oder nach
29 dem Sammeln eines Mindestbetrags. Darüber hinaus sollen alle Versicherungen verpflichtet werden,
30 fundierte alternativmedizinische Behandlungen ganz oder zu großen Teilen zu übernehmen.

31 **Studierendentarife nicht mehr begrenzen**

32 Schließlich darf die Möglichkeit einer Versicherung zum Studierendentarif nicht an das Alter oder die
33 Semesteranzahl der* Versicherten gebunden sein. Eine vorliegende Immatrikulation und das Einhalten
34 der bestehenden Arbeitszeitregelungen muss dafür ausreichen.

Begründung

Gesundheitliche Leiden sind schon schlimm genug. Dieses darf nicht noch durch finanzielle Nöte ver-
schärft werden. Der Zugang zum gesamten Spektrum medizinischer Versorgung muss jede*r offenste-
hen und darf nicht am Geldbeutel scheitern.

Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Beschlusnummer 2016.S2

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich im Zuge gesteigerter Gesundheitsausgaben für ei-
- 2 ne sofortige Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung stark zu
- 3 machen.

Begründung

Es ist einer der Grundsätze des deutschen Sozialsystems, die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungszweige. Umso unsolidarischer ist es, dass im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung der Arbeitnehmer*innenbeitrag in Rahmen gesteigerter Gesundheitsausgaben immer weiter steigt, während der Arbeitgeber*innenbeitrag bei 14,6 % eingefroren bleibt. Der über den 14,6 % liegende Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer liegt ab 2016 durchschnittlich bei 1,1 % und unterscheidet sich von gesetzlicher Krankenkasse zu Krankenkasse. Die Begründung dieser Maßnahme der unterschiedlichen Finanzierung, die überwiegend auf die Wettbewerbsentfaltung zielt, gerät auch bei denjenigen langsam zur Diskussion, die sie in schwarz-gelben Zeiten eingeführt haben. So fordert auch CDA-Chef Laumann mittlerweile die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung⁶. Dieses *window of opportunity* kurzer Einsicht bei Teilen unserer Koalitionspartner*in ist zu nutzen und daher in Rahmen der großen Koalition zeitnah umzusetzen.

⁶<http://www.tagesschau.de/inland/krankenkassenbeitraege-107.html>

Kommunale Grundversorgung sichern

Beschlusnummer 2016.S3

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

1 Wir Jusos unterstützen eine starke Selbstbestimmung der Kommunen über die Grundversorgung der
2 Gemeinschaft. Ziel muss es sein, den Kommunen das Betreiben von Stadtwerken und die entsprechen-
3 de Vergabe von Konzessionen zu erleichtern. Daher stellen wir uns entschieden dem Bestreben des
4 Bundeswirtschaftsministeriums entgegen, die Direktvergabe an kommunale Stadtwerke im Energiesek-
5 tor weiter zu erschweren. Einem Referent*innenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium zufol-
6 ge sollen Energiekonzessionen verpflichtend auszuschreiben sein. Eine Vergabe an Stadtwerke wäre
7 dann nur noch möglich, wenn sich diese gegenüber den großen Energiekonzernen als wirtschaftlich
8 günstiger erweisen. Demgegenüber sollen kommunale Kriterien nur nachrangig zu betrachten sein.

9 Die Durchsetzung von politischem Willen fängt in den Kommunen an. Deren Handlungsspielraum in der
10 Grundversorgung ist, auch durch eigenes Verschulden, stark begrenzt. Nachdem Jahre und Jahrzehnte
11 die Maxime, der Markt könne alles besser, gepredigt worden ist, findet dort aber langsam ein Umden-
12 ken statt. Mehr und mehr Kommunen sind bestrebt die Angebote der Grundversorgung wie Strom,
13 Wasser und Gas, wieder selbst in die Hand zu nehmen, ein Trend zur Neugründung von Stadtwerken
14 ist seit einigen wenigen Jahren erkennbar. Dies ist jedoch schon auf Grund der bestehenden Regelun-
15 gen nicht ganz einfach, in der Regel bestehen Verträge mit großen VersorgerInnen, welche Investitionen
16 getätigt haben. Diese Verträge sind in der Regel langfristig angelegt und die Position der Kommunen
17 gegenüber den Konzernen ist eher schlecht. Es kann aber nicht sein, dass die Konzerne sich so lang-
18 fristige Gewinne sichern, welche die eigenen Investitionen auch Jahre später bei weitem überschreiten.
19 Hier muss politischer Wille zur Gestaltung demonstriert und stärker das Selbstbestimmungsrecht der
20 Kommunen berücksichtigt werden als das Devisenpotential von Aktiengesellschaften. Dazu bedarf es
21 gerade gesetzlicher Neuregelungen, die es den Kommunen ermöglicht möglichst schnell aus den be-
22 stehenden Verträgen auszusteigen und Infrastruktur selbst in die Hand zu nehmen.

23 Wo Kommunen bisher versuchen, die Grundversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen und
24 Konzessionen an Stadtwerke vergeben, müssen sie mit dem Widerstand der Energieversorger*innen
25 rechnen, welche bisher ein gutes Geschäft damit machen. Gerade die Möglichkeit der In-House Ver-
26 gabe ist daher Voraussetzung, um den Städten und Gemeinden die Rekommunalisierung der Ener-
27 gieversorgung zu ermöglichen. Wenn kommunale Eigenbetriebe aber dem Preiswettbewerb mit den
28 Energieriesen ausgesetzt sind ohne Möglichkeit der Kommunen hier weitere Kriterien zur Steuerung
29 anzulegen befördert dies gerade die weitere Abhängigkeit von Energieversorger*innen.

30 Wir fordern daher die Neuregelung der Vergabekriterien zugunsten einer stärkeren Selbstbestimmung
31 der Kommunen und einer vereinfachten Vergabe an kommunale Stadtwerke. Die SPD ist dazu aufge-
32 fordert sich auf allen Ebenen gerade für die Schaffung von Stadtwerken und eine größere Autonomie
33 dieser einzusetzen. Der Bestandsschutz von Energieerzeuger*innen und anderen VersorgerInnen ist
34 dabei auf den Prüfstand zu stellen und dem Subsidiaritätsprinzips Einhaltung zu gebieten. Eine Verschär-
35 fung der Ausschreibungspflicht zugunsten eines stärkeren Wettbewerbs mit den privaten Versorgungs-
36 unternehmen lehnen wir entschieden ab.

Distanzierung von der Exzellenzinitiative

Beschlusnummer 2016.INI4

Antragsteller*innen UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

1 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte verfolgen wir Jungsozialist*innen in all unse-
2 rem Handeln. Mit jedem politischen Engagement kämpfen wir dafür den Sozialismus einen entschei-
3 denden Schritt nach vorne zu bringen um eines Tages in einer diskriminierungsfreien Welt zu leben, in
4 welcher es jedem gut gehen kann. Ein großer Bestandteil eines gerechten Lebens ist eine gerechte Bil-
5 dung. Von der frühkindlichen Bildung, über die Schule, bis hin zur Universität, oder aber der Ausbildung
6 muss sich jungsozialistische Politik im Sinne der Gerechtigkeit wiederfinden lassen.

7 Die universitäre Selektion ist durch die Trägerschaft des öffentlichen Rechts um einiges geringer, als
8 beispielsweise in England oder den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir müssen wahrlich keine Tau-
9 senden von Euro bezahlen um in den Genuss kommen zu können an einer staatlichen Hochschule
10 studieren zu können. Auch ist die Klassifikation in Hochschulen in Deutschland nicht annähernd in
11 dem Maße up-to-date, wie in den oben genannten Beispielländern.

12 Initiativen, wie beispielsweise die Exzellenzinitiative stellen jedoch genau das Gegenteil von dem dar,
13 was wir erreichen wollen. Neben der Selektion zwischen den Hochschulen findet dann innerhalb der
14 privilegierten Hochschulen die so oder so übliche Selektion in brauchbar und unbrauchbar statt. So
15 haben beispielsweise Geisteswissenschaftler*innen eine noch schlechtere Chance, wenn sie von einer
16 der knapp 260 nicht von der Initiative als Exzellente ausgezeichneten Hochschulen kommen. So sieht
17 keine gerechte Hochschulpolitik aus. Auch ein wiederholtes Beteuern der Wichtigkeit der Exzellenz-
18 initiative ist nicht gerecht gegenüber kleinen Hochschulen. Statt eine kleine Elite zu fördern, sollte die
19 Devise sein, nachhaltig alle Hochschulen auszufinanzieren.

20 Aus diesem Grund fordern wir von der SPD-Bundestagsfraktion, insbesondere dem wissenschaftspo-
21 litischen Flügel und dem AK Wissenschaft, sich klar von Ideen wie der Exzellenzinitiative und ähnlichen
22 unsolidarischen Paketen zu distanzieren und klar auf eine gerechte Hochschulpolitik hinzuarbeiten.

#NichtMeinGesetz – für wirkliche Inklusion!

Beschlusnummer 2016.INI5

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an Landeskongress, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Unter dem Slogan #NichtMeinGesetz protestieren aktuell viele behinderte und nichtbehinderte Men-
2 schen gegen den aktuellen Entwurf des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Anlass dafür ist, dass das
3 BTHG in Teilen die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention nicht erfüllt, als auch in be-
4 stimmten Bereichen, wie bspw. der Vermögensanrechnung, Verschlechterungen für behinderte Men-
5 schen mit sich bringt.

6 Wir möchten dies als Anlass nehmen uns einerseits der Forderung nach Ablehnung des Gesetzes anzu-
7 schließen, als andererseits auch die Chance nutzen um für uns wichtige Schritte hin zu einer inklusiven
8 Gesellschaft zu skizzieren.

9 **Unser Anspruch an eine gute Gesellschaft.**

10 Als Jungsozialist*innen haben wir eine ganz klare Motivation für unsere Arbeit und unseren Einsatz: Wir
11 wollen an der Schaffung einer gerechten und solidarischen Gesellschaft mitwirken und dafür sorgen,
12 dass alle Menschen die gleichen Möglichkeiten und Chancen zur Teilhabe am öffentlichen als auch am
13 privaten Leben haben.

14 Dafür gilt es, eine inklusive Gesellschaft zu schaffen. Inklusion denken wir dabei nicht nur in ihrer theore-
15 tischen Bedeutung, sondern wollen diese auch mit praktischen Forderungen und Inhalten füllen. Einen
16 Beitrag hierzu soll der vorliegende Antrag leisten.

17 Denn nur eine inklusive Gesellschaft kann unseren Ansprüchen an eine gute Gesellschaft genügen. Und
18 nur eine inklusive Gesellschaft kann für uns das Gesellschaftsmodell der Zukunft sein.

19 **Definitionen**

20 Um eine gute Grundlage für unser weiteres Handeln zu finden, gilt es eine gemeinsame Definition
21 sowohl des Begriffes Inklusion, als auch des Begriffes Barrierefreiheit zu finden.

22 Inklusion definieren wir daher für uns wie folgt: Als soziologischer Begriff beschreibt das Konzept der In-
23 klusion eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt
24 an dieser teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von Religionszugehörigkeit
25 oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen.

26 In der inklusiven Gesellschaft gibt es keine definierte Normalität, die jedes Mitglied dieser Gesellschaft
27 anzustreben oder zu erfüllen hat. Normal ist allein die Tatsache, dass Unterschiede vorhanden sind.

28 Diese Unterschiede werden als Bereicherung aufgefasst und haben keine Auswirkungen auf das selbst-
29 verständliche Recht der Individuen auf Teilhabe. Aufgabe der Gesellschaft ist es, in allen Lebensberei-
30 chen Strukturen zu schaffen, die es den Mitgliedern dieser Gesellschaft ermöglichen, sich barrierefrei
31 darin zu bewegen.

32 Wir sehen also, dass Inklusion an sich wesentlich breiter gefasst wird, als wir es mit diesem vorliegenden
33 Antrag leisten können. Unsere gemeinschaftliche Intention mit diesem Antrag ist es aber im Besonde-
34 ren auch langfristig eine real spürbare Verbesserung für Menschen mit Behinderung zu erreichen.

35 Barrierefreiheit wollen wir angelehnt an Paragraph 4, Bundesteilhabegesetz definieren: Barrierefrei sind
36 bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Infor-
37 mationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen
38 sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen
39 Weise, ohne zusätzliche Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe vollständig zugänglich und
40 nutzbar sind.

41 **Wohnen**

42 Die UN-Behindertenrechtskonvention betont in Artikel 28 (1), dass Menschen mit Behinderung ein An-
43 recht auf einen angemessenen Lebensstandard, auch im Bezug auf den Themenkomplex Wohnen,
44 haben.

45 Die Realität sieht momentan leider noch anders aus. Wie viele Wohnungen tatsächlich barrierefrei sind,
46 wird vom Statistischen Bundesamt nicht erfasst. Das muss sich ändern. Es gibt allerdings Zahlen, die
47 Rückschlüsse zulassen. So ergeben sich aus den Zahlen von Loeschke und Pourat (2011) etwa 196.000
48 barrierefreie Wohnungen 2011. Da jedoch nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle schwer-
49 behinderten Menschen im Rollstuhl - abzüglich der Heimplätze - in einer Mietwohnung wohnen, ist
50 die Anzahl der barrierefreien Wohneinheiten insgesamt von Interesse. Auch hier findet man Zahlen,
51 die jedoch ernüchternd sind. Nach Angaben der repräsentativen Studie "Wohnen im Alter" (2011) gab
52 es zu diesem Zeitpunkt nur "ca. 570.000 weitgehend barrierefreie(n) Wohneinheiten, die nicht mehr
53 als drei Stufen zum Haus- oder Wohnungseingang (oder technische Hilfen zur Überwindung dieser
54 Zugangsbarrieren) haben, die keine Stufen innerhalb der Wohnung (oder technische Hilfen, diese zu
55 überwinden) haben, die ausreichende Bewegungsflächen und Türbreiten im Sanitärbereich besitzen
56 sowie mit einer bodengleichen Dusche ausgestattet sind".

57 Zieht man diese barrierefreien Wohneinheiten (570.000) von den errechneten 1,09 Mio. schwerbehin-
58 derten Menschen im Rollstuhl ab, die auf eine barrierefreie Wohnung angewiesen sind, so ergibt sich
59 ein Bedarf von rund 517.000. Das bedeutet, dass der Hälfte dieser Menschen kein angemessener, bar-
60 rierefreier Wohnraum zur Verfügung steht.

61 Wir fordern daher, dass öffentlich betriebener Wohnungsbau barrierefrei wird, um allen Menschen
62 einen angemessenen Lebensstandard bieten zu können. Hierfür fordern wir, dass die verschiedensten
63 staatlichen Förderungen für barrierefreies Wohnen allen Wohnformen gleichermaßen zur Verfügung
64 stehen, ohne dass einige wenige, wie bspw. Wohnheime bevorzugt werden.

65 Denn das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung ist ein wichtiger Schritt in
66 eine inklusive Gesellschaft.

67 **Soziales**

68 Das Bild des behinderten Menschen als zu befürsorgenden Kostenfaktor ist aufzugeben. Die derzei-
69 tige Verquickung von Sozialleistungen und behinderungsbedingten Hilfsleistungen muss konsequent
70 zu einer getrennten Leistungserbringung weiterentwickelt werden. Dabei gilt es, die benötigten Hilfen
71 aufgrund der Behinderung als Nachteilsausgleich zu betrachten und damit unabhängig von anderen
72 Bedingungen als der Behinderung an sich zu gestalten. Maßgeblich ist für uns die Kritik und Empfeh-
73 lungen des UN-Fachausschusses zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

74 **Bildung**

75 Inklusion sollte so früh wie möglich umgesetzt werden, so auch in der Bildung.

76 Das Thema Inklusion in der Bildung ist unglaublich komplex. Im Folgenden soll der Fokus auf die
77 schulische Bildung gelegt werden.

78 Damit Bildung entscheidend zur Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft beitragen kann, ist es essenti-
79 ell, dass die Lehrpersonen unterstützt werden und Vielfalt im Klassenzimmer nicht als Problem, sondern
80 als Chance verstehen. So sollte Inklusion ein großer Bestandteil im Studium sein. Aber auch in der prak-
81 tischen Arbeit müssen die Lehrpersonen unterstützt werden. So beispielsweise durch mindestens eine
82 zweite qualifizierte Lehrkraft, die dem Unterricht beiwohnt und kleine Klassengrößen. Dadurch kann
83 der Lernerfolg für alle Kinder gewährleistet werden.

84 Perspektivisch fordern wir eine Schule für alle. Kinder mit Beeinträchtigung sollen nicht exkludiert, son-
85 dern integriert werden.

86 **Gesundheit**

87 Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt fest: "die Vertragsstaaten [bieten] diese Gesundheitsleis-
88 tungen so gemeindenah wie möglich an, auch in ländlichen Gebieten;"

89 Dieses Ziel ist heute nicht erfüllt. Noch immer müssen Gesundheitseinrichtungen nicht barrierefrei
90 gestalten sein. Gleiche Standards und Qualität können so nicht sichergestellt werden und auch die
91 Autonomie auf Wahl des Arztes wird erheblich erschwert. Darüber hinaus ist auch eine am Willen des
92 Betroffenen zentrierten Versorgung mit Hilfsmitteln immer noch kein Konsens.

93 **Mobilität**

94 Menschen benötigen eine Möglichkeit des Zugangs zu Orten, Gütern, Dienstleistungen als auch zu
95 anderen Menschen, damit sie ihre verschiedensten Bedürfnisse befriedigen können. Die Möglichkeit
96 beziehungsweise Fähigkeit der Menschen, diese von ihnen gewünschten Ziele erreichen zu können,
97 wird durch den Begriff „Mobilität“ beschrieben. Doch für Menschen mit einer Behinderung ist es oft
98 wesentlich schwieriger diese Ziele erreichen zu können.

99 Wir fordern daher eine Barrierefreiheit für alle Verkehrsmittel. Besonders beim Flugverkehr und auch
100 bei der Förderung von Umbauten an privaten PKWs ist bisher zu wenig passiert.

101 Gleichzeitig denken wir Mobilität auch in einem europäischen, sowie einem globalisierten Rahmen. In
102 einem ersten Schritt gilt es daher ebenfalls einen europaweiten Behindertenausweis einzuführen und
103 auch die Begleiter*innen-Reglung europaweit einzuführen.

104 **Demokratie**

105 Eine Behinderung kann schnell auch damit einhergehen, dass Betroffenen grundlegende demokrati-
106 sche Rechte aberkannt werden oder die Ausübung dieser besonders schwierig ist. Dies entspricht nicht
107 unserer Vorstellung einer gerechten Demokratie.

108 Für uns steht daher fest, dass das Wahlrecht für alle ohne Ausnahme gelten sollte, das Wahlen an sich
109 barrierefrei und auch Beteiligungsprozesse zumindest barrierearm sein sollten.

110 **Wirtschaft und Arbeitsmarkt**

111 Wirtschaftliche Sinnhaftigkeit darf nicht immer im Vordergrund stehen. Wir setzen uns daher dafür
112 ein, dass Dienstleistungen barrierefrei sein müssen. Auch die digitale Wirtschaft muss an dieser Stelle
113 einbezogen werden.

114 Zentral ist für uns an dieser Stelle auch die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes.

115 **Heute beginnen, aber nicht morgen enden**

116 Eine inklusive Gesellschaft entsteht nicht durch Beschlüsse und Reden, sie muss jeden Tag neu er-
117 kämpft werden, deshalb sehen wir diesen Beschluss nur als einen ersten Auftakt für die Debatte, der
118 wir uns als Verband, als Partei und als Gesellschaft stellen werden und müssen.

U – Umwelt und Verbraucher*innen-schutz

Besteuerung von Plastiktüten

Beschlusnummer	2016.U1
Antragsteller*innen	UB Region Hannover
Weiterleitung an	Landeskonferenz

- 1 Wir fordern eine Besteuerung von Plastiktüten in der Höhe von 30 Cent pro Tüte. Ziel soll es dabei sein
- 2 Plastikmüll langfristig zu reduzieren. Ausgenommen aus der Regelung sind Plastiktüten aus recycelten
- 3 Materialien.

Begründung

Seit 2015 ist in den Ländern der Europäischen Union die Besteuerung und sogar das Verbot von Plastiktüten erlaubt. Länder wie beispielsweise Irland sind mit einer Besteuerung von 60 Cent pro Tüte Vorreiter*in in diesem Gebiet.

Dieser Antrag soll unter anderem einen Beitrag dazu leisten die Weltmeere und ihre Meeresbiologie zu schützen. Alternativen wie Leinentüten oder recycelte Tüten werden durch die Angleichung des Verkaufspreises attraktiver. Insgesamt soll ein Umdenken in der Bevölkerung bewirkt werden.

Dienstwagen sinnvoll besteuern – Klimaschutz von allen einfordern

Beschlusnummer 2016.U2

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Der Juso Bezirk Hannover fordert eine CO2-basierte Dienstwagenbesteuerung gezielt den Erwerb spar-
- 2 samer PKW zu fördern. Dieses kann an das britische Modell zur Dienstwagenbesteuerung angelehnt
- 3 sein.

Begründung

Fast drei Millionen Fahrzeuge wurden im Jahr 2015 in Deutschland neu zugelassen, rund 60 Prozent davon von gewerblichen Haltern. Größte Gruppe innerhalb der gewerblichen Halter sind Firmenfuhrparks. Zahlreichen Angestellten wird ein Firmen- bzw. Dienstwagen als Gehaltsbestandteil oder Motivationsinstrument zur Verfügung gestellt. Den geldwerten Vorteil müssen sie versteuern. Die aktuelle Regelung zur Dienstwagenbesteuerung in Deutschland bietet starke finanzielle Anreize, hochmotorisierte Modelle als Dienstwagen zu nutzen. Solche Fahrzeuge verbrauchen überdurchschnittlich viel Kraftstoff und stoßen entsprechend große Mengen an Treibhausgasen aus. Daneben entgehen dem Staat durch diese Regelung laut einer aktuellen Studie im Auftrag des Bundesumweltministeriums jährlich bis zu 4,6 Milliarden Euro an Lohnsteuer und Sozialbeiträgen.

Die Haltedauer von Dienstwagen in einem Unternehmen liegt durchschnittlich bei drei bis vier Jahren, anschließend werden die Fahrzeuge auf dem Gebrauchtwagenmarkt weiterverkauft. Da die durchschnittliche Nutzungsdauer eines PKW etwa zwölf Jahre beträgt, bestimmen die hochmotorisierten Dienstwagen das Gebrauchtwagenangebot über einen langen Zeitraum. Daher ist es besonders wichtig, schon beim ersten Eingang der Fahrzeuge in den Markt steuernd einzugreifen und sparsame PKW zu fördern.

Der britische Staat steuert die Dienstwagenpolitik der Unternehmen über die Nachfrage der Angestellten. Die Zielgruppe dieses Ansatzes sind also Angestellte und Selbständige, die einen Dienstwagen nutzen. Das Prinzip: je geringer der CO2-Ausstoß des Dienstwagens, desto geringer die Steuern für den Autonutzer. Dadurch hat sich in Großbritannien die Nachfrage nach sparsameren Fahrzeugen deutlich erhöht und der CO2-Ausstoß der britischen Dienstwagenflotte verringert. Auch auf dem Gebrauchtwagenmarkt nahm die Nachfrage nach spritsparenden Modellen zu.

Eine CO2-basierte Dienstwagensteuer rechnet sich für Unternehmen und Angestellte gleichermaßen: neben dem geringeren Steuerbetrag profitieren sie von niedrigeren Spritkosten - außerdem werden so auch oftmals teurere Hybrid- oder Erdgasfahrzeuge attraktiv.

Verbraucher*innen-Schutz stärken – Schriftliche Benachrichtigung vor Ablauf von Kündigungsfristen

Beschlusnummer 2016.U3
Antragsteller*innen UB Region Hannover
Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

- 1 Der Juso-Bezirk Hannover fordert die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPE-Fraktion des EU-
2 Parlaments auf, nachfolgende gesetzliche Regelungen zu erlassen:
- 3 Es ist durch deutsches oder durch europäisches Recht sicherzustellen, dass bei bestimmten befris-
4 teten Dauerschuldverhältnissen, die zwischen Unternehmer*innen und Verbraucher*innen geschlos-
5 sen worden, die Verbraucher*in bis spätestens 4 Wochen vor Ablauf der vereinbarten Kündigungsfrist
6 durch die Unternehmer*in schriftlich benachrichtigt wird.
- 7 Die Benachrichtigung hat mindestens folgende Punkte zu umfassen:
- 8 • eine Erinnerung an das Ablaufdatum der Kündigungsfrist,
 - 9 • etwaige Formerfordernisse und die Adressat*in der Kündigungsnachricht,
 - 10 • eine Darstellung der Rechtsfolgen, sofern keine fristgerechte Kündigung erfolgt (z.B. Aufklärung
11 über eine automatische Vertragsverlängerung oder die Folgekonditionen).
- 12 Diese Vorschrift ist zumindest auf die folgenden Bereiche anzuwenden: Internet- und Telekommuni-
13 kation, Energieversorgung, Versicherung sowie Abonnement-Verträge. Zusätzlich ist zu prüfen, ob eine
14 Ausweitung auf weitere Bereiche zum Schutz der Verbraucher*innen geboten erscheint.

Begründung

Wahrscheinlich hat jeder und jede von uns bereits einmal im Leben eine Kündigungsfrist versäumt, sein es beim Handyvertrag, dem vergünstigten Zeitungsabo zum Student*innentarif oder dem Jahresvertrag beim Stromanbieter. Die Gründe dafür sind vielfältig, meist geht so etwas einfach im Alltag unter, da es bei der Vielzahl verschiedener Fristen schwierig ist, den Überblick zu behalten. Gleichzeitig findet sich quasi ständig Werbepost im Briefkasten, die jedoch oftmals nicht den Hinweis auf die auslaufende Kündigungsfrist enthält – gerade dann, wenn sich die Konditionen im automatischen Folgevertrag aus Verbraucher*innen-Sicht verschlechtern. Daher erscheint es nur allzu naheliegend, die Unternehmen gesetzlich dazu zu verpflichten, die Verbraucher*innen an die Kündigungsfrist zu erinnern, damit sie zu Verträgen mit verbesserten Konditionen wechseln können.

Bezirksvorstand

In den Bezirksvorstand 2015/16 der Jusos Bezirk Hannover wurden gewählt:

Philip Le Butt, Vorsitzender

Unterbezirk: Region Hannover

Tätigkeit: Student der Rechtswissenschaften

Persönliches: geboren am 6. Juli 1988 in Hannover, aufgewachsen in Hannover (List/Linden), Studium in Hannover

Zentrale politische Interessen: Innenpolitik, Internationales, Arbeit

Sonstige Mitgliedschaften: ver.di, AWO, SJD - Die Falken, New Democratic Party of Canada (NDP), Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG), Rote Hilfe e.V.

Kontakt: philip.lebutt@juso-bezirk-hannover.de oder auf Twitter @PhilipLeButt und Facebook philip.lebutt

Theresa Abend, stellv. Vorsitzende

Unterbezirk: Region Hannover

Tätigkeit: Doktorandin im öffentlichen Recht

Persönliches: geboren 22. September 1989 in Göttingen, wohnhaft in Hannover

Zentrale politische Interessen: Feminismus und Gleichstellung, Arbeits- und Familienpolitik

Politische Ämter: stellvertretende Vorsitzende der AsJ Bezirk Hannover, Sprecherin der Juso-AG Nordstadt, Mitglied des SPD Ortsvereinsvorstandes Nordstadt

Sonstige Mitgliedschaften: ver.di

Kontakt: theresa.abend@juso-bezirk-hannover.de

Marcus Biewener, stellv. Vorsitzender

Unterbezirk: Hameln-Pyrmont

Tätigkeit: Studium der Volkswirtschaftslehre

Persönliches: geboren am 18. März 1993 in Hameln, aufgewachsen ebendort, Studium in Göttingen

Zentrale politische Interessen: Kommunales, Bildung, Arbeit und Wirtschaft

Politische Ämter: Mitglied des SPD Unterbezirksvorstands Hameln-Pyrmont, kooptiertes Mitglied der SPD Kreistagsfraktion Hameln-Pyrmont

Sonstige Mitgliedschaften: AWO, IG BCE, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), Freiraum Hameln e.V.

Kontakt: marcus.biewener@juso-bezirk-hannover.de oder auf Twitter @marcus_bas oder Facebook biewener

Florian Faul, stellv. Vorsitzender

Unterbezirk: Celle

Tätigkeit: Angestellter im Öffentlichen Dienst

Persönliches: Vater einer Tochter und Helfer im THW. Londoner aus Leidenschaft ;)

Zentrale politische Interessen: Verkehr, Inneres, Verteidigung

Sonstige Mitgliedschaften: THW, ver.di

Kontakt: florian.faul@juso-bezirk-hannover.de

Larissa Freudenberger, stellv. Vorsitzende

Unterbezirk: Göttingen

Tätigkeit: Studentin (Politikwissenschaft / Jura)

Persönliches: geboren am 31. Juli 1995, Studium in Göttingen

Zentrale politische Interessen: Gleichstellung / Feminismus, Hochschul- und Bildungspolitik

Politische Ämter: Mitglied des Unterbezirksvorstands Göttingen, Sozialreferentin im AStA Uni Göttingen

Sonstige Mitgliedschaft: ver.di

Kontakt: larissa.freudenberger@juso-bezirk-hannover.de

Virginia Garrelts, stellv. Vorsitzende

Unterbezirk: Region Hannover

Tätigkeit: Medizinstudentin

Persönliches: geboren 22.01.1990 in Neustadt am Rübenberge, seit 2011 in Hannover

Zentrale politische Interessen: Feminismus und Gesundheitspolitik

Politische Ämter: Mitglied des Sprecher*innenkreises AG Vahrenwald-List

Kontakt: virginia.garrelts@juso-bezirk-hannover.de

Silke Hansmann, stellv. Vorsitzende

Unterbezirk: Göttingen

Tätigkeit: Studentin im Master Geschlechterforschung

Persönliches: geboren am 9. August 1988 in Celle, wohne und studiere in Göttingen

Zentrale politische Interessen: Feminismus & Gleichstellung, Antifaschismus, Hochschul- und Bildungspolitik

Politische Ämter: Vorsitzende des Juso-Unterbezirks Göttingen, AStA-Referentin für Gender und Diversity

Sonstige Mitgliedschaften: GEW, DL21, Deutsch-Israelische Gesellschaft

Kontakt: silke.hansmann@juso-bezirk-hannover.de oder auf Facebook silke.krassmann

Florian W. Kolb, stellv. Vorsitzender

Unterbezirk: Region Hannover

Tätigkeit: Student (Jura & IT-/IP-Recht)

Persönliches: geboren 1995, aufgewachsen im UB Rotenburg(Wümme) und jetzt wohnhaft in Hannover

Zentrale politische Interessen: Inneres, Recht, Netz- und Hochschulpolitik

Politische Ämter: Mitglied des Sprecher*innenkreises der Juso Hochschulgruppe Hannover, Präsident des Studentischen Rates der Uni Hannover

Sonstige Mitgliedschaften: ver.di, Forum DL 21, Refugee Law Clinic Hannover

Kontakt: florian.kolb@juso-bezirk-hannover.de oder auf Facebook floriank.fk

Anuschka Ruge, stellv. Vorsitzende

Unterbezirk: Northeim-Einbeck

Tätigkeit: Lehramtsstudentin für Realschule mit den Fächern Mathematik und Kunst

Persönliches: geboren am 18.02.1989 in Bad Gandersheim, Bachelorstudium in Vechta, z.Zt. Masterstudium in Osnabrück

Zentrale politische Interessen: Bildung, Inklusion und soziale Gleichberechtigung, Europa und Internationales

Politische Ämter: stellvertretende Vorsitzende Juso-Bezirk Hannover, Beisitzerin SPD-OV Bad Gandersheim, kommiss. Vorsitzende Juso-AG Einbeck/Bad Gandersheim, stellv. Vorsitzende Juso-UB Northeim/Einbeck

Sonstige Mitgliedschaften: GEW, Ehrenamt in der evangelische Stiftskirchengemeinde Bad Gandersheim

Kontakt: anuschka.ruge@juso-bezirk-hannover.de oder auf Facebook anuschka.ruge

Daniela Rump, stellv. Vorsitzende

Unterbezirk: Hildesheim

Persönliches: geboren am 13.01.1996 in Hannover

Zentrale politische Interessen: Bildung, Inklusion, Gleichstellung

Politische Ämter: stellvertretende Vorsitzende im Juso Unterbezirk Hildesheim, Vorstandsmitglied im SPD Unterbezirksvorstand Hildesheim, Ratsmitglied im Gemeinderat Nordstemmen, Hinzugewählte der Partei in der SPD Kreistagsfraktion Hildesheim

Sonstige Mitgliedschaft: Kinderkommission Niedersachsen, Jugendrat des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband Niedersachsen e.V.

Kontakt: daniela.rump@juso-bezirk-hannover.de

Fabian Schrum, stellv. Vorsitzender

Unterbezirk: Region Hannover

Tätigkeit: Student der Politikwissenschaft, Referent beim SoVD Niedersachsen

Persönliches: 24 Jahre, aufgewachsen in Dithmarschen, wohnhaft in Hannover

Zentrale politische Interessen: Politische Theorie, Feminismus, Antifaschismus

Mitgliedschaften: SoVD, DL21, ehemalig Lego und Tigerentenclub

Kontakt: fabian.schrum@juso-bezirk-hannover.de oder bei Twitter @fabi_schrum

Julia Weidemann, stellv. Vorsitzende

Unterbezirk: Region Hannover

Tätigkeit: Beratung und Vermittlung in Arbeit und Ausbildung

Persönliches: geboren 19. August 1984 in Hannover, wohnhaft in Hannover

Zentrale politische Interessen: Arbeitspolitik, Familienpolitik, Soziales, Umweltpolitik

Politische Ämter: Mitglied der Juso-AG Linden-Limmer, Mitglied des SPD Ortsvereinsvorstandes Linden-Limmer

Sonstige Mitgliedschaften: AWO, ver.di

Kontakt: julia.weidemann@juso-bezirk-hannover.de

Bundesausschuss

Als Vertreter*innen wurden gewählt:

- Larissa Freudenberger
- Anuschka Ruge

Als stellv. Vertreter*innen wurden gewählt:

- Rang 1⁷
 - Theresa Abend
 - Florian Faul
 - Silke Hansmann
 - Philip Le Butt
- Rang 2
 - Marcus Biewener
 - Virginia Garrelts
 - Florian W. Kolb
 - Daniela Rump
 - Fabian Schrum
 - Julia Weidemann

Weitere Wahlen

Delegierte zum SPD-Bezirksparteitag

Als Delegierte wurden gewählt:

- Larissa Freudenberger
- Florian W. Kolb

⁷Stimmgleichheit der gewählten Mitglieder; nach Nachname sortiert.

Delegierte zum Bundeskongress

Als Delegierte wurden gewählt:

- Silke Hansmann
- Anuschka Ruge
- Theresa Abend
- Adis A.
- Thomas J.
- Daniela Rump
- Lisa v.d.Z.
- Christoph B.
- Jakob B.
- Doris E.
- Larissa Freudenberger
- Florian Faul
- Alexander S.
- Jana T.
- Marcus Biewener

Als Nachrücker*innen wurden gewählt⁸:

1. Korbinian H.
2. Marlo K., Julian M., Fabian Schrum
3. Virginia Garrelts, Leonard K.
4. Katharina A., Annika G., Florian Kolb
5. Oliver v. G.
6. Matthias V.
7. Julia Weidemann
8. Henrik B.
9. Benjamin A., Wiebke B., Kimberly H., Philip Le Butt

⁸Bei Stimmgleichheit nach Nachname sortiert; Liste gekürzt.